

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: halbjährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelnnummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich: 1.10 Mark, für das übrige Ausland: 2 Mark, für das übrige Ausland: 2 Mark pro Monat.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgezeigte Zeilenzeile oder deren Raum 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.
 Sonnabend, den 27. Mai 1905.
 Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die vierte Form des Berggesetzes.

Wir stehen dieser ganzen Kompromißaktion bisher noch ziemlich skeptisch gegenüber und hegen die bestimmte Überzeugung, daß das Zentrum im Flemmen seinem Entwurfe zustimmen wird, welcher in irgend einem wesentlichen Punkte hinter dem Regierungsentwurfe zurückbleibt. Unseres Erachtens sollte man sich einem Weniger gegenüber unbedingt ablehnend verhalten, selbst auf die Gefahr hin, daß die Vorlage vollständig scheitern würde. Die Regierungsvorlage bedeutet nach unserer Meinung noch immer das Minimum dessen, was die Bergleute fordern können und müssen.

(Zentrums-Presse, 26. Mai 1905.)

Ueber der widerlichen Pöbse ist nun der Vorhang gefallen. Die sozialdemokratische Presse hat vorher das Textbuch veröffentlicht, und zum Schaden (Nabstich) hielt sich das hohe Haus der drei Klassen bis zum 1. Punkt an die indiskreten sozialdemokratischen Voraussetzungen. Selbst die bis zum Freitagmittag sorgsam geheimgehaltenen neuen Kompromißanträge zum Berggesetz konnte man in allen wesentlichen Einzelheiten schon am Freitagmorgen durch den „Vorwärts“ erfahren, als ob ihm ein Würstchenzug der geheimen Schacharbeit auf den Tisch geflogen wäre.

Es gehörte aber gar keine Prophetengabe dazu, um das Ende richtig vorauszusagen. Das Spiel des Zentrums war so unglaublich plump, daß eigentlich jeder es durchschauen mußte. Wie toll ritt man seit dem Beginn der Berggesetzaffäre in der Zentrums-Presse auf zwei Säulen. Die sich widersprechenden Artikel folgten oft in derselben Nummer hintereinander. Die Zentrums-Presse hat tatsächlich keine fähigen Führer mehr. Der eine Fürstbischof Ropp hat mehr Einfluß und mehr Gewalt als das ganze Zentrum in Landtag und Reichstag zusammen genommen. Die demokratisch sich gebende Demagogie des Zentrums kommt nur noch geistlich und ungeschickt in Artikel und Reden zur Geltung. Für die praktische Politik sind die geräuschlos arbeitenden Hofgeisteslichen bestimmend; die katholischen Seelforger der protestantischen Regierung und die Armut gelobenden Beichtväter der Zentrums-Missionäre sind die Herrscher der Zentrums-Politik. Die katholischen Grubenmagnaten in Oberschlesien, nicht die christlichen Arbeiter im Ruhrrevier haben triumphiert.

Wenn das Zentrum endlich die lästige proletarische Befolgschaft los werden wollte, die es zur sozialen Heuchelei und zur demokratischen Hindernisliste verpflichtet, um endlich ganz das auch zu scheinen, was es ist: eine erzealationäre katholische Junkerpartei — es könnte nicht anders verfahren, als es in der Aktion des Berggesetzes sich verhalten hat. Das Zentrum ist stets die Partei des Unfalls gewesen, aber so brutal und tölpelhaft hat es noch niemals diese infame Taktik gehandhabt.

Gewiß, das Zentrum hätte sich gern den Augus der Opposition gegen den sozialpolitischen Wechselhaug gestattet, wenn die Konservativen nur nicht so hochhaft gewesen wären, der regierenden Partei das Spiel zu durchkreuzen, indem sie ihrerseits in unerbittlicher Gegnerschaft verbarren. Hosianna geht aber beim Zentrum vor Volk und Welt. Und so entschloß es sich, zu segnen, was es bis gestern verflucht hat, und es vereinigte sich mit der Regierung, den Nationalliberalen und Freikonservativen, um in Preußen den Verrat an den Bergarbeitern zu vollenden.

Am Freitag kam diese „vierte Form“ des Berggesetzes zustande. Die erste Form war die Vettelstuppe der Regierungsvorlage, deren gänzliche Unzulänglichkeit nicht zum mindesten die christlichen Arbeiter energisch bekämpft hatten. In diese Brüche ließ dann die Kommission die Abwässer der offiziellen Gutsbezirke fließen: die andere Form. Unannehmbar! schrieb das Zentrum, flüsternd die Offiziösen der Regierung. Bei der zweiten Lesung der Vorlage versuchte sich dann zuerst das Kompromißkartell, indem es sich bemühte, den ablenkenden Versuch zu betreiben; bei dieser Bemühung fiel den Falschern die ganze Schüssel aus der Hand. Endlich bei der dritten Lesung kam das große Werk zustande: Der „Rühwert“ der Kommissionsstuppe blieb erhalten, nur entfernte man die dem Auge und der Nase allzu sehr mißfälligen Schönheitsfehler. An dieser vierten Form können nun die Bergarbeiter verhungern, kann das Zentrum erproben, ob seine christlichen Arbeiter ihre Not nur simulieren.

Der neue Kompromißantrag, der am Freitag die Mehrheit fand, brachte noch nicht einmal soviel Konzessionen, wie wir vermutet haben. Wir hielten es für möglich, daß dem Zentrum nicht nur die geheime Wahl, sondern auch der Verzicht auf das Recht der Suspension der Arbeiterausschüsse bewilligt würde. Man setzte aber die Suspensionsfrist lediglich von drei auf ein Jahr herab — eine ganz gleichgültige Scheinverbesserung. Die Arbeiterausschüsse können — nach den Beschlüssen der dritten Lesung — wenn sie Interessen der Arbeiter wahrnehmen, aufgelöst und im Wiederholungsfall auf ein Jahr suspendiert werden. Die Frage der Suspension führte zu einem Hammelstreich — die einzige zahlenmäßige Abstimmung in der dritten Lesung. Das Zentrum entschied sich ausdrücklich für dies Recht, nur die Freisinnigen und die alles ablehnenden Konservativen stimmten dagegen.

Mit dieser Zustimmung hat das Zentrum das Gesetz — die Zustimmung des Herrenhauses vorausgesetzt — der preussischen Regierung gereicht, und die Arbeiter verraten. Es hat angenommen, was es bisher für völlig unannehmbar erklärt hat und dadurch eine entsprechende Aktion im Reich vorbereitet.
 Am 18. Mai 1905 führte der Zentrumsredner Trimborn im Abgeordnetenhaus zur Einführung der Suspension aus:

„Dagegen möchte ich mich entschieden gegen die Bestimmung wenden, welche vorsieht, daß, wenn der Arbeiterschied als solcher seine Funktionen überschreitet, er suspendiert werden soll für eine längere Zeit. Meine Herren, das ist in der Gesetzgebung wirklich eine Anomalie. Wenn wir hier die Arbeiterschiede einführen, dann führen wir sie doch deshalb ein, weil wir sagen: dieses organische Glied ist notwendig, ist heilsam. Nun kann man aber doch nicht eine solche organische Einrichtung, wenn sie für notwendig erachtet wird, wenn sie auf der Gesetzgebung beruht, einfach außer Kurs setzen. Das ist doch ein Widerspruch. Das kommt mir gerade so vor, als wenn man sagen würde: wenn ein Gemeinderat seine Funktionen überschreitet, dann kann die Gemeinde für eine Reihe von Jahren genötigt werden, ohne Gemeinderat zu existieren. Das geht doch nicht. Eine derartige Bestimmung könnten Sie auch für andere Versammlungen festlegen. Ich will ja nicht von dem hohen Hause reden, aber für andere Versammlungen, die ihre Befugnisse überschreiten. Notwendige Glieder im staatlichen Organismus spaltet man doch nicht einfach aus. Man mag den Ausschuss auflösen und eine Neuwahl anordnen, aber ein organisches Glied von der Bildfläche einfach verschwinden lassen, das, meine Herren, ist eine Anomalie, eine Ungeheuerlichkeit — das ist wohl noch parlamentarisch im Ausdruck? — weiter darf ich allerdings nicht gehen; ich möchte ja noch weiter gehen, aber ich bezähme mich.“

Nicht Tage später schloß das Zentrum diese Anomalie, diese Ungeheuerlichkeit, nachdem nicht Herr Trimborn, sondern Herr Spahn mittels seines zauberkräftigen Zylinderhutes die Revision der Anbahnung „begründet“ hatte. Trimborn hatte sich gegen die Heraussetzung des Alters für das aktive und passive Wahlrecht zu den Ausschüssen gewandt, gegen die Einführung der Beschäftigungsdauer. Jetzt hat das Zentrum darin eingewilligt, daß das aktive Wahlrecht zu den Ausschüssen an einjährige, das passive gar an dreijährige Beschäftigungsdauer geknüpft ist. In der zweiten Lesung hatte Trimborn die Einführung des Verwaltungsstreitverfahrens abgelehnt, weil die Regirungsausschüsse in dieser Materie „nicht die Garantie völliger Unbefangtheit bieten“. In der dritten Lesung hat das Zentrum auch das geschickt.

Auf diese Weise ist die vierte Form des Berggesetzes am Freitag zustande gekommen. Für die Spottgeburt stimmte in der Schlussabstimmung auch die freisinnige Volkspartei, die wenigstens noch so viel Schamgefühl besaß, das Suspensionsrecht abzulehnen. Nur die Konservativen blieben unerschrocken!

In die Vorarbeiten des Verrates teilte sich das Zentrum mit der Regierung, welche alle wesentlichen Reformen ihrer Vorlage preisgegeben und das Unannehmbar plötzlich annehmbar gefunden hat. Hätte die Regierung ihre den Arbeitern gegebenen Versprechen einfach gebrochen, so wäre das immer noch zehnmal anständiger als diese Abpeisung mit einer elenden Täuschung. Der Verrat ist schimpflicher als der Wortbruch.

Am Beginn der Sitzung erschien Graf Bülow als Prologus der Pöbse. Er hatte die übliche Operninszenierung in den Logen bewerkstelligt: die Uniformen und die hellen Gewänder auf den bevorzugten Tribünen verschwanden wieder, sobald er geendet. Die herbeigeklepten Herrschaften sind aber schwerlich auf ihre Kosten gekommen. Bülow spielte schlecht und zitierte bloß J. St. Mill und das summe cuiusque, um seine Abneigung gegen das geheime Wahlrecht und das Krankenlastengesetz zu schmücken.

Interessant war Graf Limburg-Sturum-Obers, der konservative Frontdeur, der einen tödlichen Stoß der Monarchie versetzte, indem er das denkwürdige Wort aussprach: Die Geschichte wird zeigen, daß neben dem geheimen Wahlrecht die Monarchie nicht bestehen kann. Es scheint, als ob selbst der konservative Führer bei dem öffentlichen Zwang gegen seine geheimen Gedanken über die Monarchie Scham suchen muß.

Das Schicksal des Berggesetzes aber hat noch mehr bewiesen: daß auch mit einer ernsthaften Sozialpolitik die Monarchie unvereinbar ist, eine Monarchie nämlich, die von den Junkern, dem Großkapital und der Kirche lebt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Mai.

Der Fall Oppermann.

Der Fall Oppermann hat den Fall Sklaroff abgelöst. Ist der Wüsten-Prozess nach der Behinderung des Vorsitzenden der vierten Strafammer schon längst kein Verfahren mehr zur Aufklärung über den Strafvollzug, so scheint er nunmehr nur zu einem Kampf gegen das auffallende Verhalten des Vorsitzenden zu werden. Der kleinste Teil der Verhandlung konnte sich am Freitag mit dem Fall Sklaroff befassen. Herr Oppermann hat seine bisher geübte Gepflogenheit, die Fragen der Verteidiger an Zeugen zu unterbrechen und ihnen selbst arrangierte Fragen zu stellen, bevor ihre Antwort auf die Fragen der Verteidigung erfolgt ist, zu einem System erhoben, dessen rücksichtslose Handhabung das Ende aller Rechtschaffenheit ist. Herr R. A. Dr. Löwenstein befand sich wieder in der Situation, daß eine seiner Fragen unbeantwortet blieb, weil der Herr Vorsitzende das gekennzeichnete System zur Anwendung brachte. Sein in ruhiger und bestimmtester Form vorgetragener Hinweis, daß durch dieses Verhalten des Vorsitzenden das Fragerecht der Verteidigung illusorisch gemacht wird, blieb eindrucklos und wirkungslos. Der Anwalt beantragte von neuem einen Gerichtsbeschluss, ob es zulässig sei, daß der Vorsitzende durch Zwischenfragen die Verantwortung einer Frage unmöglich mache und aushebe. Der Vorsitzende lehnte einen Gerichtsbeschluss ab, weil ein dahingehender Beschluss des Gerichtshofes bereits gefaßt sei. Die drei anderen Verteidiger schlossen sich unter Begegnung dem Protest des Herrn Dr. Löwenstein an. Dr. Liebnecht führte aus, daß dieser willkürliche Beschluss nicht generell gefaßt sein könne. Die Bezeichnung willkürlich verbat sich der Vorsitzende als ungehörig,

worauf Liebnecht erklärte, daß diese Willkür nur im prozessualischen Sinne gemeint sei. Das Recht der Fragestellung sei das Fundament der Verteidigung, das durch den Beschluss des Gerichtshofes beseitigt wird. Es müsse das die Folge haben, daß die Anarchie in den Gerichtssaal einzöge.

Herr Staatsanwalt Schönian, dem Herr Oppermann bisher wenig Beachtung geschenkt hat, erklärte das Verhalten des Vorsitzenden nicht nur für berechtigt, sondern beantragte gegen Dr. Liebnecht wegen der Vorwürfe der Willkür und der Anarchie, die nur erhoben würden, um den Gerichtshof in der Öffentlichkeit herabzusetzen, eine Angehörigenstrafe von 100 M.

Der sonst gegen Ausführungen der Verteidigung und der Anklage so außerordentlich empfindsame Herr Oppermann ließ diese Inquisition gegenüber dem Rechtsanwalt Liebnecht ungehindert passieren. Als aber Liebnecht erwiderte, daß der Staatsanwalt sich erlaubt habe, ihm beleidigende Unterstellungen zu machen, fand der Herr Vorsitzende seine nervöse Impulsivität wieder, um dieses „erlaubt“ mit Schärfe als ungehörig zurückzuweisen.

Nach halbständiger Beratung verhängte der Gerichtshof über Liebnecht die beantragte Strafe und verurteilte als seine Meinung, daß der Vorsitzende in jedem Augenblick gegen Sprechenden unterbrechen kann und in jedem Augenblick Zwischenfragen stellen kann. Die Öffentlichkeit wird sich allerdings ihr eigenes Urteil über jene Verhandlungsführung bilden.

Der Kampf ums Recht, den die Angeklagten führen müssen und führen werden, erschöpft sich jetzt nicht nur in der Aufklärung des Strafvollzugs, sondern wird auch ein Kampf zur Erhaltung der notwendigen Rechtsgarantien und zur Erhaltung einer normalen Gerichtspraxis.

Der Kölner Kongress.

Köln, 26. Mai 1905. (Privatbesuche des „Vorwärts“.)

Der Kongress kam heute zuerst nach dem Schlußworte von Umbreit und Que zur Abstimmung über die Frage Arbeiterkammern oder Arbeiterämtern. Er entschied sich für letztere mit einer Majorität von vier Fünfteln. Die Metallarbeiter stimmten geschlossen für die Arbeiterkammern, die Holzarbeiter geschlossen dagegen, ebenso die Bauarbeiter und Transportarbeiter. Die Maurer und Zimmerer stimmten in ihrer Mehrheit für die Arbeiterkammern. Dann kam man zur Stellungnahme gegenüber dem Generalstreik. Bismarck referierte und plädierte für die schon mitgeteilte Resolution, die den politischen Massenstreik verurteilt, weil sich die Arbeiterschaft nicht eine bestimmte Taktik vorschreiben lassen könne. In der Diskussion traten Klott und v. Elm für die Erörterung der Generalstreikfrage ein. Geschäftlich sei diese Propaganda den Gewerkschaften nur, wenn dabei der Generalstreik als einziges Kampfmittel bezeichnet wird. v. Elm ging dann auf den Hamburger Wahlrechtsstreik ein. Er habe auch die Ueberzeugung, daß ein Generalstreik zurzeit in Hamburg nicht von großer Wirkung gewesen wäre. Mit erhöhter Stimme: „Bei diesen Menschen ist die Scham zu den Hundent entflohen!“ Aber er halte es doch nicht für ausgeschlossen, daß bei dem Abstimmungsverhältnis der Streik eine Wirkung gehabt hätte. Die Erziehung des Proletariats dürfe sich natürlich nicht auf diese Frage allein erstrecken. Den Eltern liege es ob, ihren Kindern gegenüber über den Forderungen von anderer Seite zu lehren: Mein Sohn, schreie nicht auf Vater und Mutter, du schreie nicht allein auf sie, du schreie auch auf die Freiheit! (Lebhafte Weisung.) In seinem Schlußwort bemerkte Bismarck noch, er habe die Frage nach allen Seiten erwoogen und sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Resolution die richtige Fassung habe. Die von Bismarck vorgeschlagene Resolution wurde dann in den entscheidenden Punkten gegen zirka 80 Stimmen angenommen. Der Faßuß, der sich gegen die Anarchisten wendet, sowie die Stelle, in welcher Entschließungsfreiheit für die Taktik gefordert wird, fand einstimmige Annahme. Dann kam der Kongress zur Erörterung der Meisterei.

Der Saal des Gürzenich steht dem Kongress zur Verfügung unter der Bedingung, daß von einer demonstrativen Ausschmückung desselben Abstand genommen werde. Man sieht deshalb auf der Bühne nur ein geschmackvolles Arrangement von Tulpen und anderen Blümpchen. Heute bei der Erörterung der Meisterei schloß sich dennoch etwas Neues ins Haus. Als die Delegierten nach der Mittagspause den Saal wieder betraten, standen auf den Tischen überall prächtige Bouquets aus roten Blumen. Den Präsidenten zierte u. u. ein besonders schöner Strauß mit roten Rosen. Robert Schmidt forderte in sachlicher Rede eine Veränderung in der Form der Meisterei: die Befreiung der Arbeiterruhe. „Wir wollen für die Zukunft eine Marschroute haben“, führte er aus, „um eventuell auf dem nächsten internationalen Kongress Ansprüche zu stellen. Wir wollen den idealen Gedanken der Meisterei durchaus aufrecht erhalten, aber es ist nicht notwendig, das wir uns deswegen übermäßige Opfer auferlegen. In der Massenhaftigkeit der Demonstration liegt ihre Bedeutung, nicht in der Arbeiterruhe. Der Referent hatte die entscheidenden Wendungen seiner Rede schriftlich fixiert und las sie ab. Als er geendet hatte, herrschte Totenstille im Saal, die Ruhe vor dem Sturm.“

Der erste Diskussionsredner war Gluck, der ausführte, daß keine Ursache vorliege, die Form der Meisterei anders zu gestalten. Auch Timm-Windgen, der nach ihm das Wort nahm, vertrat denselben Standpunkt. Er habe den Bericht der General-Kommission geprüft auf die Aussagen, welche die Waiusperrung notwendig machte, und folgendes festgestellt: 1901 wurden in zwei Fällen 11 Personen ausgesperrt, 1902 in 12 Fällen 1027 und 1903 in 4 Fällen 627 Personen. Schallendes Gelächter unterbrach hier den Redner, der darauf antwortete: „Das sind nicht meine An-

haben, sondern die aus dem Bericht der Generalkommission! Entweder die Kaiserfeier hat keine Bedeutung, dann soll man sie aufheben, oder sie hat Bedeutung, dann darf man den deutschen Arbeitern wohl die Energie zumuten, daß sie an ihrer Durchführung tätig sind.

Es folgen dann in hundert Reihen Redner für und gegen die Arbeiterruhe am 1. Mai. Brückmann (Zimmerer) sprach sich als erster unter den Diskussionsrednern gegen die Arbeiterruhe am 1. Mai aus. Die Kaiserfeier habe in den Gewerkschaften die Wirkung, die ein Fremdkörper in einem menschlichen Körper hervorruft. Die Arbeiterruhe am 1. Mai durchkreuzt vollständig jede vernünftige gewerkschaftliche Taktik. Müller hält es für notwendig, auch einmal ein deutsches Wort über die Zusammenfassung und den Abstimmungsmodus bei den internationalen Kongressen zu reden. Gegenüber den Behauptungen, daß es sich bei der Abmahlung gegen die Arbeiterruhe am 1. Mai nur um die Meinung einiger Gewerkschaftsführer handelt, stellte er fest, daß die von Robert Schmidt und ihm gestellte Resolution für Aufhebung der Arbeiterruhe in der Versammlung der Zentralvorstände mit Ausnahme von zwei Vorständen allseitig angenommen wurde.

Schiene am Anfang Gegner und Anhänger der Arbeiterruhe auf dem Kongress gleich stark, so schienen, nach den Zwischenrufen zu urteilen, die Gegner derselben sich entweder zu mehrern, oder doch durch den Verlauf der Debatte an Mut zu gewinnen. Die Art, wie man den auf Aufhebung der Arbeiterruhe gerichteten Forderungen zustimmte, veranlaßte den Genossen Volk-Gottha zu der Ausrufung, daß Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen beiden Teilen der Arbeiterbewegung sei bei einer Anzahl der im Saale anwesenden Vertreter der Gewerkschaften nicht mehr vorhanden. Als die Gewerkschaften noch klein waren, hätten sie gegen den Willen der Partei die Arbeiterruhe propagiert. Jetzt, wo sie mächtig geworden seien, fangen sie an, ängstlich zu werden und den ersten Mut auf Abbruch zu verlaufen. Hier wurde der Redner von der einen Seite der Versammlung stürmisch unterbrochen, erhielt jedoch von der anderen Seite dafür um so größeren Beifall, als er ausrief: „Wenn Sie, statt abzubremfen, mitgegangen wären, dann wäre die Kaiserfeier dies Jahr noch imposanter gewesen, als sie es schon war.“ Welche Stimmung einen Teil der Gewerkschaftler gegen die Kaiserfeier erfüllt, mag der Ausspruch von Leimpeters erweisen, der da ausrief: „Ich sehe nicht ein, daß wir diesen lendenlastigen Gant vor unseren Agitationsstarren spannen sollen.“ Zur Abstimmung kam es noch nicht. Es liegt außer der Resolution Schmidt noch eine solche von Glode im Sinne der Parteiteilungsbeschlüsse vor. Vor brachte in später Stunde noch den Antrag ein, daß sich die Generalkommission mit dem Parteivorstande in Verbindung setzen möge, um dem nächsten Parteitag gemeinsame Vorschläge zur Stellungnahme zu unterbreiten.

Der Flottenverein im Strahle der Hofgunst.

Aus Stuttgart wird offiziell gemeldet: Im königlichen Schloß fand am Donnerstagabend Hofstafel statt, zu welcher geladen waren die Mitglieder der königlichen Familie, die Hofstaaten der königlichen Prinzen, der preussische und bayerische Gesandte, die Mitglieder des Staatsministeriums, der kommandierende General des 13. Armee-Korps, der Kommandant von Stuttgart, die Mitglieder des Präsidiums des deutschen Flottenvereins sowie der geschäftsführende Ausschuss des Württembergischen Landesverbandes des deutschen Flottenvereins. Während der Tafel brachte der König einen Trinkspruch aus, in welchem er seiner Freude Ausdruck gab, die Vertreter des deutschen Flottenvereins begrüßen zu können. Wie in verschiedenen deutschen Städten, so würde der Flottenverein auch eine warmherzige Aufnahme im Schwabenlande finden. Er an der Spitze heiße daher die Herren von Herzen willkommen. Der König führte des Weiteren aus: „Bin ich doch so lebhaft wie einer überzeugt, daß eine starke Flotte zur See eine unausbleibliche Notwendigkeit für unser Vaterland ist. Wie sehr Seine Majestät der Kaiser von denselben Anschauungen durchdrungen ist, von dem festen Bewußtsein, daß ohne eine tatkräftige Flotte es undenkbar ist, unsere Stellung im Kreise der Mächte zu behaupten, deutschen überseeischen Unternehmungsgeist zu schützen und den Weltfrieden zu bewahren, wissen wir alle. Seine Marine ist dem Kaiser besonders ans Herz gewachsen. Der König schloß mit einem Hoch auf Seine Majestät den Kaiser.“ Der Präsident des Flottenvereins, Fürst zu Salm-Horstmar, dankte namens des Präsidiums des Flottenvereins und brachte ein Hoch auf den König aus.

Ueber die morgige Tagung des Flottenvereins wird ferner gemeldet: In den Verhandlungen des Flottenvereins werden zunächst die geschäftlichen Angelegenheiten erledigt, sodann der Antrag auf Gründung eines Südwester-Afrika-Fonds beraten und vom Geheimen Admiralitätsrat Felisch-Berlin über den China-Fonds berichtet. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildet am Sonntag der Vortrag über das Ergebnis der bisherigen Agitation, Richtung und Ziel der Agitation für die nächste Zukunft. Bericht erstattet hierüber ist Graf Edbrecht v. Dürheim. Der König, Prinz Heinrich, der morgen früh in Begleitung des Korvettenkapitäns Schmidt v. Schwind hier eintrifft, und alle Prinzen des königlichen Hauses werden morgen abend dem großen allgemeinen Feste in der Liederhalle beiwohnen.

Ueber den Gesundheitszustand Eugen Richters teilte Abg. Müller-Sagan in einer Versammlung zu Gagen i. B. mit, daß zurzeit allerdings ein hartnäckiges Augenleiden den Abg. Richter hindere, selbst zu lesen und zu schreiben. Aber es sei unrichtig, daß er an Querkrantheit, einem Nervenleiden oder einem anderen konstitutionellen Uebel erkrankt ist, wie in verschiedenen Zeitungen mitgeteilt war. Es bestehe die Hoffnung, daß Herr Richter sich im Herbst wieder an den Verhandlungen von Reichstag und Landtag in alter Weise beteiligen wird.

Ein Opfer krankhafter Reizung.

Ueber die Verhandlung gegen den Husaren-Offizier Joachim Hans v. Winterberg vor dem Kriegsgericht der achten Division, worüber wir gestern schon telegraphisch berichteten, wird uns noch aus Halle geschrieben: Im Grunde genommen handelte es sich um Ausschweifungen nach § 175, wie sie seiner Zeit auch Graf Büdler, der von erster Instanz sehr hart bestraft, vom Magdeburger Oberkriegsgericht aber freigesprochen wurde, zur Last gelegt wurden. Bemerkenswert ist, daß derartige Abnormitäten in höheren Militärkreisen nicht selten auftreten. Die Verhandlung dauerte über sieben Stunden und fand, wie das nicht anders zu erwarten war, hinter verschlossenen Türen statt. Auch die Urteilsbegrenzung war wegen Gefährdung der Sitten und der militärdienstlichen Interessen geheim. Zur Beweisaufnahme waren Offiziersjuristen, Offiziere und einige Damen geladen. Der Angeklagte wurde per Drohke zur Verhandlung gebracht und auch in derselben Weise von einem Oberleutnant abgeholt. Er nahm nicht, wie andere Sterbliche, auf der Anklagebank, sondern auf einem Stuhl vor der Anklagebank Platz. Nach der Tat hatte sich der Angeklagte in die Schweiz begeben, weshalb auch eine Anklage wegen Fahnenflucht nebenher lief. Das Urteil lautete, wie bereits berichtet, auf 3 1/2 Monate Gefängnis. 15 Tage Strafe wurden auf Haft in Abrechnung gebracht.

Haber, 25. Mai. Hier soll am Montag die Wahlentscheidung von der „Bürgerchaft“ fertig gemacht werden. Die außerordentliche Lage, sagt der Senatsantrag, rechtfertigt besondere Maßregeln. Nach den von Senatsseite gemachten Aufzeichnungen sollte in der Lübecker Verfassung die „Verfassungsreform“ eingehend erörtert werden. Das ist auch geschehen, und zwar mit dem Erfolge, daß sich nur ein ganz verächtliches kleiner Kreis der Einwohnerhaft mit derselben einverstanden erklärt hat; die weit überwiegende Mehrheit hat sich jedoch dagegen ausgesprochen. Anstatt nun den Wünschen der Majorität der Bevölkerung auch nur teilweise Rechnung zu tragen, behandelt Senat und Bürgerchaft die Desfinitivität — deren Stimme sie doch angeblich hören wollten — einfach als Luft. Bei diesen beiden Körperchaften war also der Rechtsraub in der vorliegenden Form schon beschlossen, bevor die Vorlage beraten war.

Uegen Beleidigung des Königs von Sachsen wurde der Redakteur der „Freien Presse“ in Stralburg, Genosse Peixotes, zu vier Monaten Festungshaft verurteilt. Die Beleidigung wurde in einem Artikel des Blattes über Angelegenheiten der ehemaligen Kronprinzessin von Sachsen gefunden.

Die neue Wahlkreiseinteilung in Bayern soll nach Mitteilung des „V. Z.“ von der Regierung in der Weise vorgenommen werden, daß insgesamt 18 größere Wahlkreise, in denen bisher je 4 oder 8 Abgeordnete gewählt wurden, verkleinert werden. Es werden geteilt die viermännigen Wahlkreise: Speyer-Ludwigshafen drei plus eins, abgezweigt Speyer-Stadt; Neustadt-Büdingen zwei plus zwei; Bayreuth drei plus eins; Hof drei plus eins, abgezweigt Kronach-Lichtenfels; Kulmbach zwei plus zwei; Regensburg drei plus eins, abgezweigt Immenstadt-Southofen; Eichstätt-Weihenstephan zwei plus zwei; Würzburg-Land zwei plus zwei. Ferner die dreimännigen Wahlkreise: Rosenheim zwei plus eins; Graftenau zwei plus eins; Zweibrücken-Virmasens zwei plus eins, abgezweigt St. Ingbert; Ansbach zwei plus eins; Neustadt an der Aisch zwei plus eins.

Die Einteilung soll dem Zentrum recht günstig sein, für das der Ministerpräsident v. Bodewils gesorgt hat. Die bevorstehend erscheinende Definition des Ministers des Innern v. Jellisch, der bei der Einteilungsfrage die liberalen Wünsche befürwortete, ist nur eben vermieden worden.

Ein konservativer Gründer. Wegen einer ganzen Reihe von Verbrechen und Vergehen der verdächtig und vollendeten Urkundenfälschung und Betrugs hatte sich vor der Strafkammer in Nürnberg der ehemalige Buchdruckereibesitzer Ludwig Friedrich Geberl zu verantworten. Er hatte im Jahre 1899 eine Buchdruckerei gegründet, in der das von seinem Vater herausgegebene konservative Tagesblatt für Franken u. a. „Süddeutsche Landpost“, gedruckt wurde. 1903 übernahm er auch den Verlag des Blattes und gründete eine Genossenschaft unter dem Titel „Süddeutsche Zeitungsverlag“. Als es bald darauf rückwärts ging, suchte sich Geberl durch die Gründung von Spar- und Darlehnskassen Geld zu verschaffen. Seine erste Gründung war die Spar- und Darlehnskasse Nürnberg, die Genosse der Mittelfränkischen Darlehnskasse in Ansbach war. Er war deren Rechner und erhob, indem er die Unterschriften der Vorstandsmitglieder fälschte, nach und nach Beträge, die nahezu 39 000 M. ausmachten und die er zum größten Teil für sein Geschäft verwendete. Dann gründete er eine Sparkasse, wobei er an die Ansbacher Kasse Zeugnisse über die Kreditwürdigkeit der Vorstandsmitglieder senden mußte. Diesen Leuten dichtete er Vermögen an, die sie zu ihrem eigenen Bedauern nicht besitzen, und die Darlehnskasse ließ sich täuschen. Ein Schreinermeister war mit 200 000 M. eingetragener! Eine eigentliche Gründung war gar nicht erfolgt, das Protokoll über die Gründungsversammlung war einfach fingiert. Auf Grund dieser falschen Mitteilungen erhielt er 35 000 M. von der Kreisdarlehnskasse. Viele kleine Leute legten ihre Ersparnisse bei der gar nicht bestehenden Kasse an und haben nun das Nachsehen. Als es schief ging, machte sich Geberl aus dem Staube. Zuerst meidete er sich nach Amerika, dann kehrte er zurück nach Antwerpen und ging von da nach Griechenland, später kam er wieder nach Nürnberg und stellte sich dem Gericht. Er wurde zu 4 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Kein Schutz für die Färme.

Am 5. April wurde im Hererogebiet die Frau des Farmers Schenkel von einer unehrlichen Hererobande, die die Farm ausplünderte, ermordet. In einem Brief an die „Köln. Ztg.“ schildert jetzt Schenkel die näheren Umstände des Vorfalls. Zunächst führt er bittere Klage darüber, daß man ihm nicht den notwendigen Schutz für die Farm gewährt habe. Anfangs zwar habe man ihm für seinen im Oktober vorigen Jahres erworbenen Besitz eine militärische Besatzung von sieben Mann gewährt, doch sei diese ihm nach zwei Monaten unter einem lächerlichen Vorwand entzogen worden. Der kommandierende Offizier in Oshandja habe ihm erklärt, die Soldaten seien zurückgezogen worden, weil er, Schenkel, sich eines Bestechungsversuches gegenüber einem Beamten der Schutztruppe schuldig gemacht habe. Dieser „Bestechungsversuch“ habe sich dann als eine „ganz harmlose Geschichte“ entpuppt.

Am 5. April nun, als er sich auf einen halben Tag von der Farm in Geschäften entfernt hatte, sei der Ueberfall erfolgt. Als er auf die Nachricht hin mit einer rasch requirierten Strafwache auf der Farm angekommen sei, sei das Unheil bereits geschehen gewesen.

Ein entsetzlicher Anblick bot sich da unseren Augen. Das Farmhaus war zum zweiten Male vollständig ausgebrannt und das Feuer brannte noch unter der Asche. Ansonst rief ich den Namen meiner geliebten Gattin. Da fanden wir an der hinteren Ausgangstür das drei Monate alte Kind auf dem Steinhoden liegen, nur mit einem Hemdchen bekleidet. Es war Gott sei Dank nicht tot, es strampelte mit den Beinen, es weinte nicht mehr, es hatte sich jedenfalls schon milde gewohnt, aber es lebte noch. Da brachte man auch schon meine arme Frau herbei. Die grauigen Eindrücke vermag keine Feder zu schildern; ich wundere mich heute noch, wie ein Mensch soviel Schmerz ertragen kann. Meine Frau war leblos, farr, vollständig entkleidet. Eine tiefe Wunde im Genick hatte wohl ihrem Leben ein Ende gemacht. Der Körper zeigte mancherlei Spuren von Mißhandlung. Glauben Sie mir, ich war auch einer von denen, die den Kaiser mit Güte als Menschen behandelten, ich bin aber gründlich anderer Meinung geworden. Denn kein wildes Tier kann so grausam sein wie ein Kaffer (Herero). Einen bewaffneten Mann mit Uebermacht anzugreifen, dazu sind die Leute zu feige, aber in einem unbewachten Augenblick eine hilflose Frau hinzumorden, das ist Kaffernart. Es rede mir noch einmal einer von Milde mit den Kaffern.“

Es ist in der Tat unglücklich, daß man einer Lappalie willen die Saugwache von der Farm zurückgezogen hatte. Dazu sind denn die unglückseligen Soldaten in der Südwester-Africanischen Sandwüste, wenn sie nicht einmal bedrohten Anstößen Schutz gewähren. Und die nötigen Mannschaften waren in diesem Falle vorhanden, sie wurden nur eines blöden Bureaualtrismus wegen nicht verwendet!

Was freilich Schenkels Auslassungen über die Hereros anlangt, so zeugen sie zwar von dem begreiflichen Schmerz über den Verlust der Gattin, aber auch von maßloser Ungerechtigkeit. Sind es denn die von ihm mit Güte behandelten Kaffern gewesen, die seine Farm überfallen haben? Nein, es waren versprengte Flüchtlinge, die durch die Traktatlose Ausrottungsstrategie zu verwilderten Desperados gemacht worden waren! Unzählige ihrer Stammesgenossen, wahrscheinlich auch Familienangehörige waren erbarmungslos wie wilde Tiere niedergehakt und dem Tode des Verhängnisses preisgegeben worden. So rächten sie nur durch die Wutttat einen winzigen Teil des ihnen widerfahrenen Schicksals. Und haben denn nicht auch nach den unüberprüften geschriebenen Meldungen deutsche Soldaten wehrlose Hererosfrauen hingerichtet? Ran hat die Hereros, statt ihnen ein Vorbild christlicher, zivilisierter Kriegsführung zu geben, wie wilde Tiere behandelt — man spare sich also die Moge, daß sie sich gelegentlich auch als solche gebärden!

Ausland.

Solidaritätskundgebung des italienischen und österreichischen Proletariats.

Eine gemeinsame Konferenz der österreichischen und italienischen Sozialdemokratie fand am 22. Mai in Triest statt. Zweck derselben war, gegenüber den Hegeorien des bürgerlichen Tridentismus die Gemeinsamkeit der politischen Interessen des Proletariats der in den Grenzbezirken wohnenden Nationen festzustellen. Nach einer eingehenden Debatte, an der sich u. a. die Genossen Adler, Ferri und Bissolati beteiligten und in der völlige Einmütigkeit der Auffassungen zutage trat, fand folgende Erklärung einstimmige Annahme:

„Die italienischen Sozialdemokraten der adriatischen Länder und des Trentines erklären, in der parlamentarischen Gruppe der Sozialdemokratie Oesterreichs und nur in dieser stets die kräftigste Verteidigung des Rechtes des italienischen Volkes und der Freiheit vor den Uebergriffen der Regierung, der österreichischen Kammer gegen die Bedrückungen durch die Polizei gefunden zu haben; die italienischen Sozialdemokraten in Oesterreich verdanken es den Genossen Abgeordneten der übrigen Nationen und insbesondere dem Genossen Dr. Ellenbogen, wenn sie den Behörden einen gewissen Respekt vor der Presse, Reden, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit abgerungen haben; die italienischen Arbeiter in Oesterreich verdanken der Unterstützung der Genossen der übrigen Nationen einen großen Teil ihrer Erfolge in der politischen Organisation und im gewerkschaftlichen Kampfe.“

Ferner wurde in der gemeinsamen Sitzung der Exekutiven, an der teilnahmen für die italienische Parteileitung Giovanni Perda und Guido Marangoni; für die österreichische Parteileitung Dr. Viktor Adler, Anton Remeč, Edwin Kristan, Giuseppe Lazzarini, Giovanni Diba, Valentino Pittoni und Dr. Antonio Biscel; für die ungarische Parteileitung Desider Bokanyi, Emanuel Buchinger und Dr. Adolf Goldner; für die italienische Fraktion Rinaldo Rigola, Dino Rondani, Curico Ferri und Leonida Bissolati; für die österreichische Fraktion Engelbert Bernerstorfer und Dr. Wilhelm Ellenbogen, einstimmig folgende Resolution beschlossen:

„Im Einverständnis mit dem Referat des Genossen Pittoni erklärt die Konferenz, daß es nach wie vor die Aufgabe des Proletariats der beiden Staaten Oesterreich-Ungarn Italien ist, gegen alle Forderungen des Militarismus und gegen alle Formen der militärischen Expansionsbestrebungen einen unermüdbaren Kampf zu führen.“

Da das Bestreben der österreichischen Sozialdemokratie darauf gerichtet ist, allen Völkern die volle Freiheit der Entwicklung zu sichern, so erkennt sie, konform dem Programm, das die nationale Autonomie als die Voraussetzung dieser Entwicklung ansieht, die auf die Herstellung der Autonomie des Trentino gerichteten Bestrebungen als berechtigt an.

Ebenso wird sie im Sinne dieses selben Programms wie bisher und wie insbesondere der Abgeordnete Ellenbogen in der parlamentarischen Debatte über die italienische Umverteilung im Rahmen der Partei erklärt hat, die berechtigten und notwendigen Kulturforderungen der Italiener sowie allen anderen Nationen unterstützen.

Die sozialdemokratische Partei in beiden Staaten hält es für ihre Pflicht, dem Mißbrauch nationaler Interessen als Deckmantel für militärische Hegeorien und kriegerische Expansionspolitik im Parlament und in der Presse mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und wird ihm, ohne sich durch chauvinistische Augenblickspolitik irre führen zu lassen, die einzig wahre nationale Politik des Proletariats, die in der Förderung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung aller Nationen besteht, entgegenzusetzen.

Schließlich fordern die versammelten Exekutiven das italienische Proletariat diesseits und jenseits der Grenzen auf, seine organisatorische Arbeit, die es mit dem Proletariat aller Länder verknüpft, im Sinne des Klassenkampfes unbeirrt fortzusetzen.

Den diplomatischen Intriguen und dynastischen Ambitionen auf beiden Seiten legt die Sozialdemokratie die Solidarität des Proletariats von Italien mit dem aller in Oesterreich-Ungarn lebenden Nationen entgegen.

Oesterreich-Ungarn.

Antisemitische Avancen.

Aus Wien wird uns am 25. Mai geschrieben: Der Tod des Vizebürgermeisters Strobach hat den Wiener christlich-sozialen Sumpf mächtig aufgewühlt. Im kumulierten von Kautern war nämlich Herr Strobach ein wahrer Meister. Er war Gemeinderat, Landtags- und Reichsratsabgeordneter, Vizebürgermeister und Oberkurator der Landes-Hypothekensankasse (was die vom Landtag verliehene, für Lebenszeit geltende gut dotierte Einkünfte) und Landmarschall-Stellvertreter, bezog also aus den Mitteln der Gemeinde und des Landes ein jährliches Einkommen von mehr als 20 000 Kronen — was über die den Wiener Christlich-Sozialen in die Augen stehenden Gehälter der Sozialdemokraten aus „Arbeitergroßen“ beträchtlich hinausgeht. Die Verteilung dieses stattlichen Erbes hat nun die erbärmlichen Strebergeheile der Partei von Strebem zur Leidenschaft angefaßt. Um dem Andrang der „Bewerbter“ halbwegs zu genügen, mußte, wie schon gemeldet, Herr Zueger die Zahl der Wiener Bürgermeister auf vier erhöhen. Für Herrn Strobach war ursprünglich der bisherige Landesauschuss (so heißen die vom Landtag gewählten Vertreter des Landes) Steiner in Aussicht genommen — unter allen christlich-sozialen Politikern der weitans anständigste, der sich auch als Referent der Sanitätsanstalten insbesondere mit dem Baue zweier Landesirrenanstalten unerschütterliche Verdienste erworben hat. Zu dem Zwecke mußte er auf sein Landesauschussmandat verzichten, wo ihm als Nachfolger jener Herr Bielowitz gegeben wurde, dessen Verhättnis sich auf den sabelhaften Ausspruch stützt: „Wenn ich von einem Buch höre, habe ich schon genug“. Dieser Mann ist nun der Vertreter des Landes in den Spitälern, Gebärungsanstalten, in gewisser Hinsicht ein Vorgesetzter der Professoren an der medizinischen Fakultät! Herr Steiner ist übrigens nicht Vizebürgermeister geworden: Herr Zueger konnte es nämlich nicht aushalten, wenn ihm jemand zur Seite gesetzt wird, von dem es heißt, daß er befähigt und aufersehen sei, ihn zu erregen. Er erhielt nur jene Einkünfte in der Landesbank. Zum Vizebürgermeister wurde ein kirchlicher schwärzester Art gewählt: der Advokat Forger, von dem die Sage geht, daß er, wie man im antisemitischen Jargon sagt, ein „Judenstamm“ ist. Jedenfalls zeigt das Rennen um die Stellen und Diäten, wie es im Innern der Partei beschaffen ist. Die Autorität Zuegers und die von ihm geübte eiserne Disziplin hält die Horde zwar noch außen framm zusammen, aber wenn einmal der Häuptling die Augen schließt, wird diese unnatürlichste aller Parteien rasch zerfallen.

Dänemark.

Eine neue radikale Linkspartei ist am Sonntag auf einer Landbesprechung in Odense gegründet worden, an der über 500 Delegierte aus allen Teilen des Landes teilnahmen, unter ihnen mehrere hervorragende Politiker, Vertreter der Presse, Wissenschaftsmänner, Schriftsteller und Künstler. Die neue Partei führt den Namen „Det radikale Venstre“ („Die radikale Linke“). Es wurde ein Manifest und ein Parteiprogramm angenommen, das dem Programm der sozialdemokratischen Partei sehr nahe kommt, sowohl in Versäufungsfragen als auch hinsichtlich des Militarismus sowie der Sozialgesetzgebung. Die neue Partei ist ohne Mitwirkung der

Radikalen Kollektivmänner, die beim letzten Ministerwechsel aus der Reformpartei austraten und die „Kollektivmänner“ bildeten, entstanden; doch sind diese 13 der neuen Partei beigetreten. Die radikale Linie wird jedenfalls in manchen Fragen mit der Sozialdemokratie zusammenwirken. Auf dem Bankett, das sich an die Landesversammlung angeschlossen, sprach der Professor Levison für ein gutes Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie. Das ganze Programm samt dem Manifest bilden übrigens gewissermaßen eine Anerkennung der Kritik, die unsere Parteigenossen nun seit Jahren an der Politik der Reformpartei und ihrer Regierung geübt haben.

Norwegen.

Das Konfliktgesetz ist am Dienstag vom Landtag ebenfalls einstimmig angenommen worden. Das Gesetz würde, was von vornherein selbstverständlich, Gallen doch alle politischen Parteien und das ganze norwegische Volk einmütig zusammen, um diese Konzeption zur nationalen Selbstständigkeit nun den Schweden endlich abzutrotzen.

Parlamentarisches.

Die Kommission für die Maß- und Gewichts-Ordnung setzte am Donnerstag die Anberaundersetzung über den § 10, Erhaltung und Erneuerungen der städtischen Eiskämmer, fort. Bergmann (fr. Bg.) tritt für den Antrag Bahn auf Beibehaltung und Vermehrung der städtischen Eiskämmer ein; auch sei es nur billig, bei der Verstaatlichung den Gemeinden eine Entschädigung zu geben. Raab (Antif.) ist für Verstaatlichung der Eiskämmer; Engelen und Hüg gegen die Verstaatlichung; sie ersuchen, falls der Antrag Bahn abgelehnt werden sollte, folgendem Antrag ihre Zustimmung zu geben: „Der Landesgesetzgebung bleibt die Bestimmung vorbehalten, ob die Eiskämmer staatliche Behörden oder Gemeindeanstalten sein sollen.“ Abg. Jubel: Wenn wir auch unter Umständen für die Beibehaltung der bestehenden städtischen Eiskämmer, soweit es der Wunsch der betreffenden Kommunen ist, stimmen werden, so können wir aber niemals unsere Zustimmung dazu geben, neue städtische Eiskämmer einzurichten. Auch können wir uns mit dem Antrag Engelen und Genossen nicht befassen, der Landesgesetzgebung die Organisation zu überlassen, es muß dies Sache des Reiches sein. Von einer Entschädigungspflicht könne keine Rede sein; sollte dieselbe trotzdem beliebt werden, so werden wir vor der zweiten Lesung einen Antrag einbringen, der die Entschädigungspflicht der Arbeiter und Beamten regelt. Staatssekretär v. Posadowski wendet sich scharf gegen die Entschädigung; würde dieses Prinzip durchgeführt, so müßte die Gesetzgebung verfeinern und jeder Fortschritt würde ausgeschlossen sein; in seinen weiteren Ausführungen wendet er sich gegen die Beibehaltung der städtischen Eiskämmer und bittet um Annahme der Regierungsvorlage. Nachdem auch Regierungsvertreter aus Süddeutschland gegen die Beibehaltung gesprochen, wurde die Beratung vertagt.

Eine neue Auflage von Waku!

Aus der Stadt Kaschischewan in dem transkaukasischen Gouvernement Cars meldet die offiziöse Petersburger Telegraphenagentur:

Seit dem 23. Mai finden fortwährend blutige Zusammenstöße zwischen Armeniern und Mohammedanern statt, die gestern einen besonders heftigen Charakter annahmen. Seit dem frühen Morgen ist in den Straßen geschossen worden. Die Bevölkerung versagt jeden Gehorsam; ganze Reihen von Buden stehen in Flammen. Aus Griwan sind Truppen herbeigerufen worden.

Petersburg, 26. Mai. Aus Kaschischewan in der Provinz Erivan wird ein heftiger Aufruhr gemeldet. Fast sämtliche Geschäftsläden wurden zerstört und in Brand gesetzt. Zwei Armenier, bei denen Bomben gefunden wurden, wurden verhaftet.

Zur Ermordung des Fürsten Raschidze. An demselben Tage, an welchem der Gouverneur von Waku, Fürst Raschidze, ermordet wurde, brachte das Petersburger Blatt „Russ“ folgende Notiz: „Die Untersuchung der Ursache der Mordthat in Waku durch den Senator Kusminski hat Material zulage gefördert, das der Untersuchungskommission Grund gegeben hat, eine Anklage gegen die Gouvernementsverwaltung zu erheben. Da jedoch diese Beamten vorläufig noch im Dienst stehen, soll sich die armenische Bevölkerung aus leicht ersichtlichen Gründen fürchten, ihre Zeugnisaussagen abzugeben. Bis zur Stunde ist noch in keinem einzigen Fall festgestellt worden, daß die Mordthaten aus religiösen oder nationalen Gründen erfolgt sind. Einige Armenier haben gegen den Gouverneur von Waku eine Klage anhängig gemacht und von ihm einen Schadenersatz von 50 000 Rubel verlangt.“

Vom See-Kriegsschauplatz.

Petersburg, 25. Mai. (Laffan-Meldung.) Auf der Admiralität hatte man heute Abend noch keine Nachricht von einem angeblichen Seesieg der Russen südlich von Romscha. Frau Roschdestwenski, die auf der Admiralität keine Auskunft erhalten konnte, begab sich noch gestern Abend zur französischen Botschaft, konnte aber auch dort nichts erfahren.

London, 26. Mai. „Daily Mail“ meldet aus Shanghai: Sieben Kreuzer der freiwilligen Flotte haben außerhalb Wusung nach Dunkelwerden geankert, ohne die üblichen Signale zu geben. Die Ankunft der Schiffe hat beträchtliche Ueberwachen hervorgerufen, obgleich sehr große Vorräte für die russische Flotte schon seit langer Zeit hier lagern.

Petersburg, 25. Mai. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) Admiral Birlew ist heute Abend mit seinem Stabe nach dem fernen Osten abgereist.

Japanische Minister über die Lage.

Tokio, 26. Mai. (Meldung des „Reuterschen Bureau“.) Baron Komura, der Minister des Auswärtigen, und der Finanzminister Baron Sone sprachen heute in der Generalkonferenz des Abrechnungshauses. Komura sagte, die finanzielle Leistungsfähigkeit Japans habe die Welt vollkommen überrascht. Er sei erfreut, daß Japan außer seiner Stärke auf dem Schlachtfeld solche Finanz- und Produktivfähigkeit gezeigt habe. Der Krieg werde lange dauern und er vertraue sehr auf die Geschäftswelt, daß sie es Japan ermöglichen werde, seine Vorräte durchzuführen. Nach dem Kriege, so sich größere Aussichten für das Land eröffneten, erwarte er, daß die Handelsinteressenten ihr Möglichstes tun würden, um den Handel weiter zu entwickeln und auszuweiten; er rechne auf das Zurückströmen fremden Kapitals nach dem Kriege und empfehle der Versammlung, daselbst zu erleichtern, indem sie sich bemühte, Vertrauen zum Lande zu erwecken. Sone dankte den Finanz- und Handels-Interessierten für ihren großen Beistand bei der Beschaffung der Geldmittel für den Krieg.

Das Strafgefängnis Plögensee vor Gericht.

(Eigener Bericht des „Vorwärts“.)

Reuener Verhandlungstag.

Die Sitzung wird kurz vor 10 Uhr mit dem Zeugenaufruf begonnen. Es sind eine Reihe von der Verteidigung geladener Zeugen zur Stelle.

Staatsanwalt Schönian beantragt deren Vernehmung auszufragen, bis er Erfindungen über sie habe einziehen können.

Der Vorsitzende bittet die Verteidiger, die Vernehmung neuer Zeugen dem Gerichtshof doch früher anzugehen.

R. A. Liebknecht bemerkt, daß die meisten der Zeugen bereits schriftlich dem Gericht angegeben seien; die Ladung der anderen sei notwendig geworden, weil die Vernehmung am Mittwoch eine Richtung genommen habe, die nicht vorauszusehen war. Daher war es nicht möglich, bei einigen Zeugen das Gericht zeitig genug zu benachrichtigen.

R. A. Löwenstein beantragt Ladung eines Zeugen, der beklunden will, daß Dr. Pfleger ihm als Protokollführer Protokolle über Sektionen diktiert habe, die er gar nicht vorgelesen habe. Natürlich übernahm der Rechtsanwalt dafür keine Gewähr, es liege ihm lediglich an der Aufrichtigkeit der Sache.

Staatsanw. Schönian widerspricht dem Antrage, da das hier nicht Gegenstand der Anklage sei.

Der erste heute vernommene Zeuge ist der Rabbiner Lebn, der seit 1885 Seelsorger in Plögensee ist. Die in Arrest befindlichen Gefangenen wurden von ihm — sei es, weil es so vor schrift, sei es, daß es Übung war — nicht besucht. Er hat daher Sklaroff, der viel und lange im Arrest war, nur selten gesehen. Dabei hat Sklaroff den Eindruck eines Menschen, der verächtlich und schwachmüdig

ist, auf ihn gemacht, dem er nicht klar machen konnte, daß er durch die Arbeitsverweigerung sein Loos nur erschwere. Hätte er geglaubt, daß Sklaroff geisteskrank sei, so würde er wohl einem Aufseher oder der Direktion Mitteilung gemacht haben. Als er später hörte, Sklaroff sei in Geisteskrankheit verfallen, vermutete er wohl, Sklaroff sei schon damals krank gewesen, als er mit ihm gesprochen, aber eben erst nachträglich. Sklaroffs Gedankengang war, daß er glaube, unschuldig verurteilt zu sein und nun glaube, sich an der Gefängnisverwaltung rächen zu müssen, indem er die Arbeit verweigerte.

Die Häufigkeit und Schwere der Bestrafungen des Sklaroff ist dem Zeugen, wie er auf eine Frage der Verteidigung bemerkt, seinerzeit nicht aufgefallen.

Der nächste Zeuge ist der frühere Strafgefangene R. — R. A. Liebknecht bittet, die Fragen nach den Vorstrafen, die naturgemäß vielen Zeugen peinlich sein müssen, nicht zu stellen. — Der Vorsitzende sichert dies so weit als möglich zu, nur müßten die Zeugen dann rechtzeitig benannt werden. — Der Zeuge war in Plögensee etwa 2 1/2 Jahre Lazarettkalefektor. Sklaroff, den er im Lazarett kennen lernte, hat auf ihn einen ganz stupiden Eindruck gemacht. Er glaubt, daß Sklaroff bei seiner ersten Einlieferung ins Lazarett als Simulant angesehen wurde; bestimmte Tatsachen kann man dafür nicht anführen, das empfindet man durch die ganze Behandlungsweise. Nach seiner Ueberzeugung sind Personen als Simulanten behandelt worden, bei denen sich später herausstellte, daß sie ernstlich krank waren, wenn er — er ist im November 1900 aus dem Gefängnis entlassen worden — bestimmte einzelne Fälle naturgemäß auch jetzt nicht anführen kann. Er selbst kam zunächst mit einer Operation ins Lazarett, die Dr. Pfleger gesehen hatte; aber er hatte die Empfindung, daß er von den Aufsehern für einen Simulanten gehalten wurde; so sagte der Aufseher Heine zu ihm: Na, Sie werden wir schon kriegen.

Angell. Schneider: War die Stellung des Aufsehers Heine eine solche, daß er

die Kranken schikanieren

konnte? Vors.: Diese Frage lehne ich ab; sie steht in keinem Zusammenhang mit dem Fall Sklaroff.

Angell. Schneider: Ich verlange Gerichtsbeschlüsse über die Zulässigkeit meiner Frage. Ich bin nicht nur wegen des Falles Sklaroff angestellt, sondern weil ich allgemeine Mißstände aus Plögensee zur Sprache gebracht habe.

Vors.: Jetzt aber verhandeln wir allein den Fall Sklaroff.

R. A. Liebknecht: Eine Trennung der Verhandlung nach den einzelnen Gegenständen ist gewiß notwendig. Aber es wird nicht zu vermeiden sein, auch Fragen allgemeiner Art zu stellen. Durch alle Artikel zieht sich wie ein roter Faden, daß allgemeine Mißstände in der Einrichtung der Anstalten u. zur Sprache gebracht werden sollen. Also müssen entsprechende Fragen auch bei den einzelnen Artikeln gestellt und behandelt werden. Im Anfang ist das auch bereits verhandelt worden und wenn uns das jetzt abgeschnitten wird, wird uns unser Beweismaterial genommen.

Vors.: Es kommt ja noch ein Artikel, in welchem die allgemeinen Behauptungen stehen, dabei werden wir Gelegenheit haben, die allgemeinen Angelegenheiten zu erörtern.

R. A. Liebknecht: Wir werden auch eine ausgiebige Verhandlung dieser Fragen vermeiden. Aber den Ärzten und anderen Zeugen sind schon eine Reihe solcher Fragen vom Vorsitzenden gestellt worden; daher müssen auch wir in der Lage sein, wenn wir uns auch in gewissen Grenzen halten werden.

Angell. Schneider: Wir sollen naturgemäß die Fragen ein, wenn der Zeuge hier steht, und vielfach werde ich zu meinen Fragen erst durch die des Vorsitzenden angeregt. Nach Wochen und Monaten kann ich mich natürlich an die Fragen, die ich stellen will, nicht mehr erinnern, da ich mir stenographische Notizen nicht mache.

Angell. Kaliski: Bei dem Fall Broffe hat der Vorsitzende in unmotivierter Weise die Ernährungsverhältnisse in Plögensee behandelt.

Vors.: Ich weise das Wort „unmotiviert“ als ungehörig zurück.

Angell. Kaliski: Der Vorsitzende hat weitgehende Fragen in dieser Richtung an die Zeugen gestellt, und ich muß dieses Recht auch für mich in Anspruch nehmen.

R. A. Löwenstein: Das Recht der Zeugenbefragung besteht für uns in weitestem Maße. Wir werden uns beschränken und uns an die Fragestellung des Vorsitzenden anschließen; uns aber das Recht, allgemeine Fragen zu stellen, abschneiden zu wollen, halte ich mit Rücksicht darauf, daß wir es mit einer einheitlichen Verhandlung zu tun haben, nicht für angängig.

Staatsanwalt Schönian widerspricht dem Antrage als unerheblich. Daß ein Angeklagter sich später der zu stellenden Fragen nicht mehr entsinnt, kann kein Grund für ihre Zulässigkeit im jetzigen Augenblicke sein.

Das Gericht beschließt die Ablehnung der Frage, weil sie nicht zu dem augenblicklichen Gegenstand der Verhandlung gehört.

Auch ein Antrag des Angeklagten Schneider auf genaue Protokollierung und Vertiefung des Vorganges wird abgelehnt, da der Angeklagte die Frage ja später stellen kann.

Zeuge Gebde, der von 1898—1903 Gefangenenaufseher in Plögensee war, weiß zum Falle Sklaroff nichts zu bekunden.

Hebungsprotokolle.

Staatsanw. Schönian beantragt, den vom R. A. Löwenstein benannten Zeugen zu laden, um Dr. Pfleger Gelegenheit zu geben, die schwere gegen ihn erhobene Beschuldigung zu entkräften.

Dr. Pfleger schließt sich diesem Antrage an. Das Gericht gibt dem Antrage statt. Der Zeuge ist im Zuhörerraum anwesend, was der Vorsitzende als höchst ungehörig bezeichnet. Die Verteidiger verwahren sich dagegen, irgend etwas davon gewußt zu haben. Bei dem entstehenden Durcheinandersprechen bittet der Vorsitzende die Verteidiger, ihn doch bei der Leitung der Verhandlung zu unterstützen, „ich bin allein gegen Sie da!“

R. A. Halpert ruft: Gegen?!

R. A. Liebknecht: Wir sind gegen fünf.

Vor der Zeuge St. vernommen wird, ergreift das Wort R. A. Liebknecht: Es ist den Verteidigern sehr peinlich, auf diesen Punkt einzugehen. Wir haben es aber für nötig gehalten, den Punkt zur Sprache zu bringen, um Herrn Dr. Pfleger Gelegenheit zu geben, sich über das in Plögensee verbreitete Gerücht zu äußern und es zu zerstreuen.

Zeuge St. bekundet folgendes: Ich bin mehrere Male verurteilt, einmal wegen Urkundenfälschung mit sechs Monaten, ein zweites Mal wegen Betruges mit vier Monaten Gefängnis, ferner wegen Vergehen gegen das Krankenversicherungsgesetz mit 100 M.

Geldstrafe. Die erste Strafe habe ich am 26. Oktober 1890, die zweite am 8. Mai 1896 in Plögensee verbüßt. Anlässlich der sechsmonatlichen Strafe wurde ich im Gefängnis als Lazarettreiber beschäftigt. Ich habe hier einen meiner Meinungen nach unzulässigen Vorfälle beobachtet. Am 5. oder 7. Mai 1890 wurde ein an Tuberkulose verstorbenen Gefangener in einem besonderen Raum durch den Medizinalrat Pfleger obduziert. Ich hatte vordem schon eine Sezierung mitgemacht und wußte, daß die einzelnen Leichenteile nach einander geöffnet wurden, zuletzt wurde der Kopf mittels einer Säge geöffnet. Bei jener Obduktion öffnete Medizinalrat Pfleger nur die Brust und Bauchhöhle und befahl mir dann, mit dem Protokollbuch in sein Amtszimmer zu folgen. Hier diktierte mir Dr. Pfleger ein ausführliches Protokoll, u. a. auch, was er bei Öffnung des Kopfes für Beobachtungen gemacht habe, obgleich dieser gar nicht geöffnet worden war. Ich war sehr erstaunt, daß etwas Derartiges in ein amtliches Protokoll aufgenommen wird. Herr Dr. Pfleger setzte dann seinen Namen darunter und sandte das Protokoll wahrscheinlich an seine vorgeordnete Behörde. — Vors.: Weshalb haben Sie denn etwas anderes niedergeschrieben als Sie tatsächlich gesehen haben? — Zeuge: Herr Vorsitzender, wenn Sie in die Lage kämen, in Plögensee unfreiwillig zu sein, so würden Sie auch kein Wort dazu sagen. (Heiterkeit und Bravo! im Publikum. Der Vorsitzende droht, den Zuhörerraum räumen zu lassen.) — Vors.: Sie würden also als Gefangener jede Schandtat tun, die man von Ihnen verlangen würde? — R. A. Dr. Halpert: Ich beanstande diese Frage, weil sie geeignet ist, den Zeugen einzuschüchtern und verlange darüber Gerichtsbeschlüsse. — Vors.: Es ist beschlossen, die Frage zuzulassen. — Zeuge: Ich würde ich das nicht tun; damals war ich das erste Mal in Plögensee, gewissermaßen Laie und glaubte, ich müßte alles tun, was man von mir verlangt, und hätte als Gefangener überhaupt nichts zu sagen.

Medizinalrat Dr. Pfleger: Ich habe hierauf zu erklären, daß mir von dem ganzen Vorfalle, den der Zeuge hier bekundet hat, absolut nichts bekannt ist. Es werden Obduktionsprotokolle bei uns überhaupt nicht diktiert. Als ich das Obduktionsprotokoll machte, mag es vielleicht vorgekommen sein, daß ich Obduktionsprotokolle diktiert habe, natürlich nur zu meiner Uebung, zu meiner ganz persönlichen Uebung. Von den Vorgängen, die der Zeuge hier geschildert hat, ist mir absolut nichts erinnerlich. Ich bin im Jahre 1889 auch Kreis-Wundarzt geworden und da habe ich fingierte Protokolle auch diktiert, aber nie zu offiziellen, dienstlichen Zwecken, sondern zu meiner Uebung.

Die Rechtsanwälte Dr. Liebknecht und Dr. Löwenstein erklären, daß dieser Punkt von ihnen nur mit Widerstreben berührt worden sei, und zwar erst, nachdem der Zeuge St. ihnen mitgeteilt, daß er das Gefühl, als Zeuge vernommen zu werden, auch an den Vorsitzenden gerichtet habe, darauf aber nichts erfolgt sei. Nachdem die Vorgänge nun aber einmal erörtert worden, sei es im Interesse der Ärzte dringend zu wünschen, daß volle Aufklärung geschaffen werde. — Der Vorsitzende erklärt, daß ihm der Zeuge allerdings auch ein Schreiben zugestellt, daß er aber keine Veranlassung habe, auf Privatbriefen zu reagieren, namentlich da ja der Schreiber mitteilte, daß er auch der Verteidigung die betreffenden Daten unterbreite habe.

Geh. Medizinalrat Dr. Baer: Nachdem der R. A. Dr. Löwenstein beiden Ärzten diese Unterstellung... (R. A. Dr. Löwenstein bittet den Vorsitzenden energisch um Schutz gegen die Bemerkung. Der Vorsitzende erwidert, den Zeugen antworten zu lassen und dieser fährt fort): Ich wiederhole, daß mit der Unterstellung, daß in Plögensee falsche Protokolle diktiert werden, auch mir ein Vorwurf gemacht wird, da ich die Aufsicht draußen hatte. Ich muß dagegen auf das energischste protestieren, denn es liegt darin eine ungemaine Ehrenkränkung für einen Arzt und besonders einen beamteten Arzt. Wir haben draußen nicht die volle Verpflegung, Obduktionen zu machen. Es handelt sich auch nie um amtliche Protokolle, sondern es ist lediglich eine Kontrolle, wie es mit dem Kranken geworden und was ihm gefehlt hat. Diese kleinen Notizen sind von Dr. Pfleger gemacht und eigenhändig ins Totenbuch eingetragen worden. Es waren kurze Notizen, die keinen amtlichen Charakter haben.

Festiger Zusammenstoß zwischen Vorsitzendem und Verteidigung.

R. A. Löwenstein will eine weitere Frage stellen.

Der Vorsitzende läßt das nicht zu.

R. A. Löwenstein: Ich will einen Antrag stellen.

Vorsitzender: Dazu bekommen Sie nicht das Wort.

R. A. Löwenstein: Ich habe einen Antrag in bezug auf ihre Fragestellung zu stellen.

Vorsitzender: Bitte.

R. A. Löwenstein: Nachdem ich eine Frage gestellt und formuliert habe, bitte ich um eine Antwort, bevor der Vorsitzende seinerseits eine Frage stellt und bitte um einen Gerichtsbeschlusse darüber.

Vors.: Dieser Punkt ist bereits durch Gerichtsbeschlusse erledigt. Ich werde das Gericht lediglich darüber befragen, ob meine Frage zulässig ist.

R. A. Liebknecht: Der Gerichtshof kann nicht ein für allemal einen generellen Beschluß fassen; daher stelle ich den Antrag, es hinsichtlich für unzulässig zu erklären, daß, bevor eine Frage der Verteidigung beantwortet wird, der Vorsitzende Zwischenfragen stellt. Nach der Strafprozessordnung hat die Verteidigung das Recht der Fragestellung. Eine Frage stellen heißt im Sinne des allgemeinen Sprachgebrauchs und auch der Strafprozessordnung eine Frage richten und ihre Beantwortung abwarten. Wenn wir dieses Recht nicht haben, haben wir überhaupt kein Fragerecht. Das Fragerecht ist das Fundament der Verteidigung und dieses Fundament wird uns durch diesen willkürlichen Beschluß entzogen.

Vors.: (unterbrechend): Ich muß das Wort „willkürlich“ zurückweisen.

R. A. Liebknecht: Willkürlich natürlich in strafprozessuallichem Sinne, d. h. nicht gestützt auf eine gesetzliche Bestimmung. Wenn uns dieses Recht der Fragestellung genommen wird, wird die ganze Prozessführung unendlich und unmöglich, und die Anarchie wird in diesen Gerichtssaal einzziehen.

Vors.: Ich muß auch den Ausdruck „Anarchie“ als ungehörig zurückweisen.

R. A. Löwenstein: Das Fragerecht der Verteidigung wird illusorisch, weil der Vorsitzende wiederholt Fragen, die er gestellt hat, seitens der Verteidigung nicht zugelassen hat.

R. A. Halpert: Nach § 239 hat der Vorsitzende die Verpflichtung, den Angeklagten und Verteidigern Fragen zu gestatten und darf sie lediglich dann inhibieren, wenn sie nicht zur Sache gehören. Dagegen hat der Vorsitzende nach § 239 und 240 der Strafprozessordnung keinerlei Eingriffsbefugnisse in das Fragerecht der Verteidigung, und ich begreife in der Tat nicht, wie das hohe Kollegium sich auf den Standpunkt des Vorsitzenden hat stellen können. Es war nicht in der Lage, eine Aenderung in der Gesetzgebung herbeizuführen durch Einnahme eines entgegengesetzten Standpunktes.

Staatsanwalt Schönian: Sachlich stelle ich mich auf den Standpunkt des Gerichts. Weiter beantrage ich, gegen R. A. Liebknecht eine Ordnungsstrafe von 100 M. wegen grober Ungehörligkeit, er dem Gericht einen „willkürlichen“ Beschluß vorgeworfen hat. Ferner hat er gesagt, die „Anarchie“ würde in den Gerichtssaal einzziehen. Diese Ausführungen hat er nur gemacht, um das Ansehen des Gerichts in der Öffentlichkeit herabzusetzen. Leider ist 100 M. die höchste zulässige Strafe.

R. A. Liebknecht: Ich habe bereits erklärt, in welchem Sinne ich das Wort „willkürlich“ gemeint habe... Ich habe gesagt, daß ich gegenüber der Gesetzeslage den Standpunkt des Gerichts als „willkürlich“ bezeichne. Weiter habe ich gesagt, die Anarchie würde einzziehen in diesen Saal, wenn der Standpunkt des Gerichts bestehen bleibt. Ich habe nicht gesagt, die Anarchie wird bezwungen, sondern sie ist eine notwendige Folge des Beschlusses. Eine solche turbulente Verhandlung wie hier, wo die Prozessbestimmungen sich so wenig friedlich verständigen können, ist mir noch nicht vorgekommen, und ich bin der Meinung, Schuld daran ist der Beschluß, der von uns beanstandet ist. In diesem Sinne habe ich die Bemerkung gemacht mit dem Wunsche, daß möglichst bald die

Anarchie hier verfahrenen, die ja zum Teil hier schon herrscht. Im übrigen bemerke ich, daß der Staatsanwalt Schönian sich erlaubt hat.

Vors. (unterbrechend): Erlaubt?

R. A. Liebknecht: Jawohl, er hat sich erlaubt.

Vors. (unterbrechend): Ich weise diese Äußerung als ungebührlich zurück.

R. A. Liebknecht: Also er hat sich gestattet zu sagen, daß ich die Äußerung gebraucht habe, um auf diese Weise in der Öffentlichkeit Stimmung zu machen und den Gerichtshof herabzusetzen. Nichts liegt mir fern als das. Einzigher allein daran lag mir, auf das dringendste und energischste zum Ausdruck zu bringen, wie peinlich die Lage der Verteidigung ist; wie es uns vom ersten Tage an unmöglich gemacht ist, sachlich zu verhandeln, und wir dadurch geradezu in eine verzweifelte Lage gebracht sind. Ich weise es zurück, daß irgend andere Rücksichten als die auf meine Klienten mich geleitet haben.

Der Gerichtshof zieht sich zurück. Es tritt eine halbstündige Pause ein.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung erklärt der Vorsitzende: Das Gericht hat beschlossen, weil der Rechtsanwalt Liebknecht dem Gericht willkürliche Handhabung und Mißachtung des Gesetzes vorgeworfen hat, eine Ordnungsstrafe von 100 M. gegen ihn festzusetzen. Weiter hat das Gericht das Recht des Vorsitzenden, zu jeder Zeit in die Verhandlung einzugreifen, anerkannt, und das Verfahren des Vorsitzenden auch Zwischenfragen zu stellen, nach § 237 der Strafprozessordnung für begründet und gerechtfertigt anerkannt.

Heute Sanitätsrat Dr. Baer betont, daß es sich nicht um amtliche Protokolle handelte, die der Dr. Pfleger allein mit einem Schreiber ja auch nicht aufnehmen könne.

R. A. Löwenstein: Dr. Baer leitete keine Aussage damit ein, daß ich ihm und Dr. Pfleger den Vorwurf der Protokollfälschung gemacht habe. Ich betone, wie schon eingangs gesagt ist, daß die Verteidigung lediglich Aufklärung zu schaffen wünschte, und die Behauptung keineswegs als erwiesen annahm. Die Verteidigung hat diesen Vorwurf keineswegs erhoben.

Als der nächste Zeuge aufgerufen wird, beantragt

R. A. Heine mann, über sämtliche Weisungsanträge murrende Beschluß zu fassen. Das Gericht hat eine Reihe von Weisungsanträgen zurückgestellt, ohne zu sagen, wann sie erledigt werden sollen. Das entspricht nicht den Bestimmungen der Strafprozessordnung sowie den Entscheidungen des Reichsgerichts, Band 1, Seite 34 und 170. Das Reichsgericht spricht dort davon, daß der Beschluß alsbald erfolgen muß und nur, wenn der Verteidigung dadurch nicht das Recht genommen wird, weitere Anträge zu stellen, kann der Beschluß bis zum Schluß der Weisungsaufnahme ausgesetzt werden. So liegt aber die Sache hier. Wir können nicht nur neue Zeugen nicht benennen, wenn wir nicht wissen wie das Gericht über die Weisungsanträge beschloß, sondern wir wissen vorher auch nicht, was wir die Sachverständigen fragen sollen. Das Reichsgericht lehnt prinzipiell ab, die Beschlußfassung zu verschieben und demgemäß beantrage ich, daß über die Anträge alsbald entschieden wird.

St. A. Schönian bittet, den Antrag abzulehnen. Nach kurzer Beratung verhandelt der Vorsitzende, das Gericht hat keine Veranlassung, von seinem früheren Beschluß abzugehen und jetzt Beschluß über sämtliche Weisungsanträge zu fassen. Nach der Strafprozessordnung ist, wie auch das Reichsgericht anerkannt hat, dem Gericht keine andere Grenze gezogen, innerhalb deren die Weisungsanträge erledigt sein müssen, als der Schluß der Weisungsaufnahme. Das Gericht hat um so weniger Veranlassung, hiervon abzugehen, als es beabsichtigt, diese Weisungsanträge bei der Verhandlung der einzelnen Fälle, auf die sie sich beziehen, zu erledigen. Das Gericht hält es für zweckmäßig, die Weisungsanträge zurückzustellen, weil es hofft, daß, wenn wir die Sachverständigen gehört haben, dann der eine oder der andere Weisungsantrag sich erledigen wird.

Zeuge St. will eine Erklärung abgeben, wird aber vom Vorsitzenden mit lauter Stimme aufgefordert, sich zu setzen.

Das Zeugnis früherer Gefangener.

Auf Antrag des R. A. Liebknecht wird als nächster Zeuge der Kaufmann S. vernommen. Derselbe bekundet: Ich war im Jahre 1901 bis 1902 in Wölgensee. Anfang Oktober erhielt ich einmal fünf Tage strengen Arrest, weil ich angeblich dem Gefangenenaufsichtsrat Nichter den Gehorsam verweigert haben sollte. Ich fühlte mich unfähig, die Arreststrafe anzutreten, da durch einen früheren Sturz eine periodische Schwellung meiner Füße eintrat. Ich meldete mich bei dem Bezirksrat Pfleger krank, mußte aber trotzdem die Arreststrafe antreten. In der Arrestzelle wurde mir des Morgens auf kurze Zeit beigeigt. Die übrige Zeit des Tages war eine richtige kalte Kellerluft in der Zelle, daß ich wiederholt sagte: „Spui Deibel, ist das kalt.“ Auch in den benachbarten Zellen hörte ich die Inzassien über die Kälte klagen und versuchen, sich warm zu laufen. Ich froz mitunter schrecklich und stellte mich vielfach, wenn der Zementfußboden zu eiskalt wurde, auf meine Füße. Ich hatte nur einen leichten Drillichanzug an und bekam nur eine Decke. Erst als Herr Polizei-Inspektor Malhan am 3. Tage in meine Zelle kam, zeigte ich ihm meinen geschwollenen Fuß und erhielt nunmehr noch zwei Decken. Die Decken in den Arrestzellen sind die schlechtesten von allen, und mitunter auch ziemlich schmutzig.

R. A. Löwenstein: Kann der Zeuge St. ein Wort zur Ergänzung seiner Aussage machen?

Vors.: Wollen Sie wirklich diese Angelegenheit nicht erledigt sein lassen?

Zeuge St.: Ich will meine Aussage ergänzen.

Vors. (sehr laut): Sie haben nicht das Wort.

Zeuge Oberaufseher G. a. t., der seit 1876 in Wölgensee, seit 1893 Oberaufseher im Lazarett ist, weiß sich auf keine Einzelheit bezüglich des Sklaroff mehr zu besinnen; nur das eine sagt er aus, daß Sklaroff nicht sehr heruntergekommen ausah, sondern „so mittelmächtig“.

Zeuge R., ein wiederholt vorbestrafter Mann, hat Sklaroff im Lazarett kennen gelernt und ihn auch einmal mit einem andern in der Zelle gesehen. Dieser andere hat ihm gesagt, Sklaroff spreche gar nichts mehr weiter als „Essen, Essen“. Sklaroff sah so heruntergekommen aus, daß er wie Haut und Knochen war. Der Zeuge, der mehrmals Arreststrafen gehabt hat, schildert die Arrestzellen als naß und kalt; beigeigt wurden sie zwar, aber des Nachts laufen die Arrestanten, denen das Bettlager entzogen war, in der Zelle auf und ab, um sich zu erwärmen. Gatten die Arrestanten ein Bettlager, so war es erträglicher, aber die Decken, die sie erhielten, waren die schlechtesten und verbrauchtesten, schon so dünn wie Papier. Naß war es sogar in den gewöhnlichen Isolierzellen, in der feinsten war die Wand so naß, daß sogar seine Spinne aus dem Leim ging. Auf Befragen des R. A. Dr. Liebknecht erklärt der Zeuge, daß er während seines Arrestes im März im blauen Drillichanzug direkt von der Arbeit in die Arrestzelle gehen mußte. Wenn Nachtlager nicht entzogen war, bestand es nur aus Matratze, einem Kissen und einer Decke, die in einem Wäschebezug steckte. Die Decke wurde ihm und wieder ausgetrocknet, eine gewöhnliche hat Zeuge nie bekommen. Der Bezug wurde alle vier Wochen gewaschen. Natürlich froz man bei Arrest mit Nachtlager nicht so, wie ohne dasselbe, aber man froz auch ganz gehörig.

Baer kontra Baer.

R. A. Liebknecht (zu Dr. Baer): Welchen Zweck hat die Entziehung des Bettlagers im Arrest? Soll dadurch Wärme entzogen werden?

Dr. Baer: Der Gefangene soll hart liegen; Entziehung der Wärme ist nicht der Zweck, aber sie ist damit notwendig verbunden, gerade so, wie mit der Entziehung des Mittagbrotes.

R. A. Liebknecht: Wie urteilen Sie über die Zementböden? Halten Sie diese kalten Fußböden, da unter der Arrestzelle doch kein Keller mehr liegt, für einen Mißstand?

Dr. Baer: Nein.

R. A. Liebknecht: In Ihrem Buch: „Hygiene des Gefängniswesens“ brüden Sie sich anders aus. Dort heißt es im Kapitel „Fenster, Türen und Fußböden“ auf Seite 76: „Fußböden aus Steinfliesen, Zement, Tonplatten haben sich nicht bewährt, weil sie zu kalt sind und durch Ablösung von feinen Staubteilchen die Luftorgane unangenehm befeuchten.“

Vors.: Bezieht sich das auch auf die Arrestzellen oder nur auf die gewöhnlichen Zellen?

Dr. Baer: Es bezieht sich nur auf die gewöhnlichen Zellen, in denen ein Gefangener Tag und Nacht vielleicht monatelang bleiben soll.

R. A. Liebknecht: In dem Buche ist ganz generell die Rede von Mängelheiten zur Aufnahme der Gefangenen, nirgends handeln Sie speziell von der Hygiene der Arrestzellen. Hier ist also zweifellos auch von den Arrestzellen mit gesprochen. Auch im Kapitel über die Disziplinstrafen ist nirgends eine Bemerkung, daß durch die bloße Beschaffenheit des Raumes schon eine unangenehme Einwirkung auf den Gefangenen ausgeübt werden soll. Sie sprechen da nur von der Entziehung des Bettlagers und der Kost.

Dr. Baer: Ich spreche nur von denjenigen Zellen, die den Gefangenen zum Wohnen und Schlafen angeordnet sind.

Vors.: Heißt das, was Sie sagen, nicht: Ich finde hinsichtlich der Arrestzellen hygienisch nichts zu beanstanden?

Dr. Baer: Ja wohl.

Vors.: Die Sache hat übrigens mit dem Fall Sklaroff nichts zu tun; wir kommen ja noch dahin.

R. A. Liebknecht: Sie meinen, eine Gesundheitschädigung könne durch die Beschaffenheit der Arrestzellen herbeigeführt werden, das schade aber nichts, indem die Gesundheitschädigung in dem Wesen der Strafe liege? Sie führen in Ihrem Buche aus, daß längere Arreststrafen zu dauernden Gesundheitschädigungen führen.

Dr. Baer: Das muß behauptet werden.

Vors.: Haben Sie nicht bei längeren Arreststrafen die Leute sich öfter wieder vorführen lassen?

Dr. Baer: Stets. Uebrigens bringt jede längere Gefängnisstrafe einen nachteiligen Einfluß auf die Gesundheit hervor. Wer sich eine längere Gefängnisstrafe zuzieht, begeht einen chronischen Selbstmord.

R. A. Liebknecht fragt den Zeugen Sch., ob in dem Arrestlokal eine besondere Zelle vorhanden sei, welche unter den Gefangenen „Löwenkäfig“ oder „Bärenzwinger“ genannt wird. Zeuge Sch. erklärt, daß in dem Keller eine ganz kleine Zelle vorhanden sei. Die Pritsche sei nach der Tür und dem Fenster zu von einer Art Käfig umgeben, so daß nur sehr wenig Raum zur Bewegung vorhanden sei. Erster Staatsanwalt Schönian teilt mit, daß diese Zelle nur für ganz gewalttätige Strafgefangene eingerichtet sei. Das Gitter sei nur deshalb vorhanden, damit der Gefangene nicht auf den eintretenden Aufseher eindringen oder das Fenster demolieren könne. Gefängnisdirektor Sauer bestätigt dies.

Die Frage, ob er immer Wasser bekommen konnte, verneint Zeuge.

Vors.: Das hat mit dem Fall Sklaroff nichts zu tun.

R. A. Liebknecht: Doch; denn Sklaroff hat in dieser Situation 60 Tage zugebracht.

Der Transport ins Lazarett.

Zeuge A., der vom Februar bis August 1903 Strafgefangener war, sah, daß ein Kranker 3 Stunden auf Abfertigung durch den Arzt warten mußte; er fiel vor Schwäche hin und wurde von dem Zeugen mit Hilfe anderer ins Lazarett getragen.

Frage nach näheren Einzelheiten werden vom Vorsitzenden und Gerichtshof abgelehnt; ebenso der Antrag des Rechtsanwalts Heine mann auf vollständige Niederschreibung und Verlesung des Vorganges, der sich soeben abgespielt hat.

Der nächste Zeuge Sch. hat in der Zeit von 1878 bis 1901 insgesamt 13 Jahre in Wölgensee zugebracht. Er bekundet einige Fälle der Unterjochung von Gefangenen im Lazarett, in welchem diese von einem Manne auf den Boden genommen und unter Aufsicht eines oder mehrerer anderer ins Lazarett getragen wurden. In einem solchen Falle hat der Zeuge selbst tragen geholfen, und der Verletzte, ein alter Mann, hat sich für die humane Art des Transportes noch bedankt. In anderen Fällen sei der Kranke seiner Meinung nach in unzulässiger Weise angepackt worden, sogar geschlagen. Auf eine Frage der Verteidigung erklärt der Zeuge, daß er auch im Arrest war und einmal drei Wochen strengen Arrest durchzumachen hatte. Nach Verbüßung dieser Strafe sei er so schwach gewesen, daß er, als er seine Arbeit an der Drehbank wieder aufnahm, zusammenbrach und unter der Drehbank liegen blieb. Er bat den Aufseher, ihn doch etwas zu essen zu bringen, da er zu schwach sei, und habe schließlich noch kräftigere Nachkost zugeschrieben bekommen. Zwei bis drei Monate lang nach dem Arrest sei er noch so schwach gewesen. Ein Eingehen auf die Ernährungsverhältnisse will der Vorsitzende nicht zulassen.

R. A. Liebknecht weist darauf hin, daß Dr. Baer und Dr. Pfleger eingehend hierüber vom Vorsitzenden befragt sind.

R. A. Heine mann betont, daß es für ihn wichtig sei, den Grund der Unfähigkeit des Zeugen nach der Arreststrafe festzustellen, um sich ein Urteil darüber zu bilden, wie der Arrest auf die Geisteskrankheit des Sklaroff eingewirkt habe.

Das Gericht lehnt die Stellung der diesbezüglichen Fragen ab.

R. A. Liebknecht: Ist es auch vorgekommen, daß ein Kranker nach in die Zelle gesperrt wurde.

Zeuge Ja.

Vors.: Weiteres Eingehen hierauf lehne ich ab.

Dann tritt Zeuge St. nochmals vor: er machte darauf aufmerksam, daß es sich bei den Protokollen über Obduktionen nach seiner Meinung doch um amtliche Schriftstücke handelte, denn Dr. Pfleger habe ihn, wenn er beim Schreiben nach dem Diktat nicht die richtigen Abfälle machte, gehörig „angeknautzt“. Auf eine von ihm an den Oberaufseher gerichtete Frage, was denn aus diesen Protokollen werde, habe dieser gesagt, sie gehen von Dr. Pfleger zu Dr. Baer, würden von diesem unterzeichnet und dann an die Behörde gesandt. Danach habe er annehmen müssen, daß es sich um amtliche Protokolle handele.

Angell. Schneidt: Ich habe eine Erklärung abzugeben in bezug auf eine Beleidigung, die mir im Gerichtssaale durch einen Richter zugesagt ist. — Vors.: Ich kann Ihnen dazu das Wort nicht geben. Ich habe keine Beleidigung gehört. — Angell. Schneidt: Dann beantrage ich, daß ich in Schutz genommen werde gegen eine Beleidigung, die mir, wenn ich sie gegen einen preussischen Richter ausspreche, jedes Monat Gefängnis eintragen würde. Der vierte Herr Pfleger hat sich geäußert, daß ich fortwährend nach einem Zeugen hinüber plaudere und gestuliere. Das ist eine verächtliche Ehrenkränkung, die sich ein preussischer Richter wahrscheinlich nicht gefallen lassen würde.

Vors.: Ich kann Ihnen dazu das Wort nicht mehr geben.

Die Sitzung wird hierauf um 3 1/2 Uhr geschlossen.

Fortsetzung der Verhandlung: Sonnabend 9 1/2 Uhr.

Hus der Frauenbewegung.

Schöneberg. Der Frauen- und Mädchenverein Schönebergs und Umgegend veranstaltet am Himmelfahrtstage, wie schon mal bekannt gegeben wurde, eine Damenpartie nach Gieskamp. Der Treffpunkt ist an der Wopfel Paulus-Kirche, jedoch nicht um 7 Uhr, sondern um 9 Uhr. Für Nachzügler mittags im Lokal. Um recht rege Beteiligung bittet Der Vorstand.

Hus Industrie und Handel.

Der Staatenstand in Deutschland laun nach den soeben vom Statistischen Amt veröffentlichten Schätzungsziffern als ein recht günstiger gelten; nur der Winterroggen und Ales steht etwas schlechter als im vorigen Jahre. Die Ziffern für Mitte Mai lauten:

(Nr. 1 = sehr gute, Nr. 2 = gute, Nr. 3 = mittlere, Nr. 4 = geringere Ernteausichten.)

	Winter Roggen	Sommer Roggen	Winter Roggen	Sommer Roggen	Sommer Getreide	Hafer
Deutsches Reich						
Mai 1905	24	24	26	23	23	24
Dagegen im						
April 1905	24	—	24	—	—	—
Mai 1904	23	23	24	23	23	24
1903	29	24	28	23	23	24
1902	24	27	27	26	27	28
1901	35	25	30	23	24	25

Anfang Mai trat an Stelle der Kälte anhaltende Trockenheit mit scharfen, meist östlichen Winden, während die Temperatur, von einzelnen warmen Tagen abgesehen, auch weiterhin kühl blieb. Dester traten Nachtfröste ein. Nur in der zweiten Maiwoche fielen in manchen Gegenden stärkere Niederschläge, die stellenweise durch wolkenbruchartigen Regen oder Hagelschlag an Felder und Früchten nicht merkblichen Schaden anrichteten. Durch das nachfolgende Wetter im April wurde die Frühjahrbestellung verzögert und die frühe Maiwitterung wirkte stark hemmend auf das Wachstum der Saaten und Futtergewächse. Die wegen Auswinterung usw. vorgenommenen Unspähungen halten sich meist in verhältnismäßig engen Grenzen. Winterweizen und Spelz haben unter der unglücklichen Frühjahrwitterung verhältnismäßig wenig gelitten und konnten ihren vormaligen Stand meist behaupten, zum Teil auch etwas verbessern. Dagegen sind die Winterroggen saaten vielfach im Wachstum zurückgefallen worden und haben sich stellenweise dünn gestellt. Durchgehend guten Stand zeigt die Winterung in Süddeutschland. Die Sommer saaten sind infolge später Bestellung erst zum Teil aufgelaufen und meist noch wenig entwidelt.

Konkurs der Deutschen Gas-Selbstzünder-Aktiengesellschaft. Die durch die eigenartige Wirtschaft ihrer früheren Verwaltung in einen traurigen Zustand geratene Gas-Selbstzünder-Gesellschaft sieht vor ihrem Ende. Nachdem gestern in der Generalversammlung der neuzuwählenden Vorstände erklärt hatte, daß die jetzige, seit der Generalversammlung vom 3. November 1904 im Amte befindliche Verwaltung im Laufe ihrer Tätigkeit zu der Ueberzeugung gelangt sei, die Gesellschaft befinde sich auf vollständig abwärtsgerader Bahn, beantragte ein Aktionär die sofortige Konkursanmeldung. Die Versammlung stimmte diesem Antrage zu.

Deutsch-Asiatische Bank. In der gestern stattgehabten Sitzung des Geschäftsausschusses der Deutsch-Asiatischen Bank wurde beschlossen, für das verfloßene Jahr 1904 für die vollzahlbaren Aktien einer Dividende von 250 M. und für die mit 25 Proz. eingezahlten neuen Aktien, welche zur Hälfte an dem Jahresergebnis teilzunehmen, eine solche von 31,25 M. in Vorschlag zu bringen, was gemäß der Umrechnung der Taels an hiesiger Börse einer Dividende von zehn Prozent entspricht.

Der Grundstücksbesitzwechsel in Berlin war schon im Jahre 1904 nicht mehr ganz so lebhaft wie im Jahre 1903, so daß die Aufwärtsbewegung, die 1901 begonnen und drei Jahre hindurch angebauer hatte, wieder zum Stillstand kam. In den fünf Jahren 1900—04 wurden hier 1519, 1855, 1975, 2276, 2246 Grundstücke (bebaut und unbebaut) freiwillig veräußert. Im Jahre 1905 ist nun, wenn man nach dem ersten Vierteljahr urteilen darf, sogar wieder eine starke Abwärtsbewegung eingetreten. Während im vorigen Jahre die Monate Januar bis März noch 707 freiwillige Grundstücksübertragungen gebracht hatten, sind in denselben drei Monaten des laufenden Jahres, wie die monatlichen Veröffentlichungen des Berliner Statistischen Amtes ergeben, nur noch 536 Grundstücke durch freiwilligen Verkauf in andere Hände übergegangen. In diesen Zahlen waren im vorigen bezw. in diesem Jahre beteiligt: die unbebauten Grundstücke mit 225 bezw. jetzt mit 209, die bebauten mit 482 bezw. jetzt mit nur noch 327.

Amerikanischer Weizen-Corner. In dem für den amerikanischen Getreidehandel maßgebenden Markt, dem Chicagoer, hat sich wieder mal ein Getreide-Corner gebildet, und zwar diesmal ein Weizen-Corner. Schon seit längerer Zeit zogen die Preise an, aber erst in den letzten Tagen traten die Macher offen hervor. Wie eine Kabelmeldung der „Frankf. Ztg.“ erlernen läßt, handelt es sich um Engagements von etwa 2 Millionen Bushels. Als Aktionäre erschienen ganz neue Namen: Bartlett, Prozier und Patten. Die Weizennotiz stieg am 24. d. Mts. in Chicago von 57 1/2 auf 60 1/2 Cent pro Bushel in die Höhe, also um fast 5 Cent. Wie seit Beginn dieses Monats die Preisbewegung verlaufen ist, zeigt nachstehender Uebersicht:

Chicago:	Mai	Juli	Septbr.	Cent pro Bushel
Mai 1.	47	46 1/2	46 1/2	
8.	48 1/2	47 1/2	47	
15.	50 1/2	48 1/2	47 1/2	
20.	52 1/2	47 1/2	47 1/2	
22.	56 1/2	48 1/2	47 1/2	
23.	57 1/2	48 1/2	47 1/2	
24.	66 1/2	49 1/2	48 1/2	

In Chicago ist danach der Mai-Preis seit Vormonatsergebnis um 19 1/2 Cent oder rund 41 Proz. gestiegen, dagegen per Juli-Termin nur um 3 1/2 Cent, September-Termin mit 1 1/2 Cent. Ob die eingegangenen Baiffiers in der Lage sein werden, der Umklammerung zu entgehen und durch Herbeischaffung genügender Mengen effektiver Ware ihrer Pufferungsverpflichtungen sich zu entledigen, bleibt fraglich. Zustatten kommt dem Hauffelomfortium die Anaptheit an greifbarer Ware sowie die weniger freundliche Witterung, die das Angebot zurückgehalten hat.

Eingegangene Druckschriften.

Zeit- und Lebensfragen. Vom Standpunkte einer natürlichen Lebensauffassung aus besprochen von Dr. Georg Mayer, Direktor des kantonalen Irrenanstalt Wädlingen. Bern. Verlag von H. Franke, Bern. Preis für das vollständige Werk von vier Lieferungen Nr. 450, komplett geb. R. 6.—

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Rassen-Ausperrung.

München, den 26. Mai. (Privat-Telegramm.) Der Verband der Industriellen kündigt durch Anschlag in sämtlichen Münchener Maschinenfabriken an, daß wenn bis zum 2. Juni der Streik bei den Firmen Maffei und Maßberger nicht beendet ist, eine allgemeine Aussperrung der Arbeiter in den Münchener Maschinenbetrieben vorgenommen wird. Sollten auch dann die Arbeiter nicht zu Kreuze kriechen, solle die Aussperrung nötigenfalls auf ganz Bayern ausgedehnt werden.

Paris, 26. Mai. (W. T. B.) Der Senat nahm einstimmig einen Gesetzentwurf betr. einen Kredit von 17 000 Frank an zur Teilnahme des Unterrichtsministeriums an der internationalen Ausstellung in München.

London, 26. Mai. (W. T. B.) Oberheraus. Der Unterstaatssekretär des Kolonialamts Herzog von Marlborough erklärte, die Regierung habe sich an die ausländischen Regierungen gewandt, um ein endgültiges Einvernehmen hinsichtlich der Beschränkung der Beförderung von Dampfschiffen durch Schiffe herbeizuführen. Die fremden Mächte, welche daran beteiligt seien, unterzogen gegenwärtig die bezüglichen Vorschläge der britischen Regierung einer Erwägung. Sankar (Senegambien), 26. Mai. (W. T. B.) Laut Telegramm aus Bobo wurde der französische Regierungskommissar für Mauritanien, Coppolani, am 12. Mai in Tidjita von einer Schaar rebellischer Mauren ermordet; die Mauren wurden verfolgt und verloren vier Mann.

Abgeordnetenhaus.

189. Sitzung vom Freitag, den 26. Mai, vormittags 11 Uhr.

Gaus und Tribünen sind sehr gut besetzt. Am Ministertische: Graf von Söllow, Müller, von Bethmann-Hollweg, von Podbielski, Freiherr von Rheinbaben, Schönstedt, von Budde u. a.

Präsident von Kröcher erbittet und erhält die Ermächtigung anzufordern, wann der König und die Königin die Glückwünsche des Hauses zur Vermählungsfeier entgegenzunehmen wollen.

Zunächst wird die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt für 1901 in einmaliger Beratung ohne Debatte genehmigt.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Abänderung des Allgemeinen Vergesetzes (Arbeiterverhältnisse).

Ministerpräsident Graf Söllow: Wenn ich die dritte Lesung der Vergarbeitsnovelle mit einigen Worten einleiten möchte, so ist es nicht meine Absicht, nochmals auf alle Kontroversen einzugehen, die in der ersten und zweiten Beratung eingehend behandelt worden sind.

Man hat das Vorgehen der Regierung im Allgemeinen, man hat im besonderen den Zeitpunkt getabelt, in welchem eine Reform der Vergesetzgebung für Preußen in Aussicht gestellt und sodann der Landesvertretung vorgeschlagen wurde.

Die praktische Arbeit dieses Hauses in der Kommission und im Plenum hat diese Bedenken und Vorwürfe mehr und mehr zurücktreten lassen, und ich will nicht weiter auf dieselben zurückkommen. Aber das darf ich doch wohl sagen, daß man der Regierung nicht den Vorwurf machen kann, sie habe in der Sache selbst nicht Wagh gehalten, sie sei zu einseitig, zu extrem gewesen in dem Streben, Gerechtigkeit zu üben und dem öffentlichen Frieden zu dienen.

Gewiß, meine Herren, handelt es sich in dieser wirtschaftlich und politisch gleich schwierigen Materie des Ausgleiches von Unternehmer- und Arbeiterinteressen, von Großkapital und Lohnarbeit im einzelnen um manche Zweednähigkeitsfragen, hinsichtlich deren man verschiedener Meinung sein über die man streiten kann.

Die Autoren der Vergesetznovelle konnten sich nicht einbilden und haben sich nicht eingebildet, daß ihre Vorschläge nicht verbesserungsfähig wären. Einige der von der Kommission und dem Hause vorgenommenen Änderungen erscheinen als Verbesserungen, mit anderen kann man sich abfinden, wenn auch hier die Regierung an und für sich der Regierungsvorlage den Vorschlag geben würde.

In einem der wichtigsten Punkte, bei den Arbeiteraussschüssen, ist aber die Vorlage in der zweiten Lesung ein Larso geblieben, während sie durch die Beschlüsse der Kommission in einer Weise abgeändert worden ist, welche den verfassungsmäßigen, reformatorischen Zweck des Gesetzentwurfes in Frage stellt und mindestens in zwei Richtungen für die Regierung nicht annehmbar ist.

Ich halte es für nötig, meine Herren, ich halte es für nötig, in dieser Beziehung keinen Zweifel zu lassen, und ich will in meiner Offenheit noch weiter gehen. Bei der ersten Lesung der Vorlage habe ich dem lebhaftesten Ausdruck gegeben, diesen Gesetzentwurf auch mit Hilfe der konservativen Partei zustande zu bringen.

Seitdem ich zu meinem verantwortungsvollen Amte in Preußen und dem Reich berufen worden bin, habe ich bei verschiedenen Gelegenheiten keinen Zweifel darüber gelassen, wie sehr ich ein Zusammenwirken mit der konservativen Partei wünsche. Der Grund für diese meine Haltung liegt nicht in einer mir hier und da vorgeworfenen Uneinigkeit zur konservativen Partei, sondern er liegt in der Ueberzeugung, daß die Grundanschauung, welche zwischen uns besteht, in der Kardinalfrage unserer inneren Politik, der Bekämpfung der verfassungswidrigen, revolutionären und staatsfeindlichen Utopien der Sozialdemokratie, umso mehr auch hier liegen, dieses Haus davon zu überzeugen, daß das Vorgehen der Regierung berechtigt war und daß eine der Erfüllung berechtigter Wünsche dienende Verschärfung im Interesse aller Teile, im Interesse des Landes erzielt werden muß.

Sie wissen, daß die Regierung die einschlägigen hergebrachten Fragen, so viel an ihr liegt, der preussischen Landesgesetzgebung erhalten sehen möchte; dazu ist aber erforderlich, daß der preussische Landtag seine Unterstützung bei Lösung einer so wichtigen sozialpolitischen Frage nicht verweigert, und ich halte noch immer an der Hoffnung fest, daß wir nicht umsonst an dieses Haus appelliert haben.

Rum handelt es sich allerdings in dem am meisten umstrittenen Punkte, in den Arbeiteraussschüssen um die Frage: Wird durch diese Maßnahme dem gesunden Sozialismus, zu dem sich auch Herr Bismarck bekannte, oder der Sozialdemokratie gedient? Die Arbeiteraussschüsse sollen außer der Mitwirkung bei der Uebertragung, bei der Prüfung der Forderungsgesetze, Anträge und Wünsche der Vergesetzten zur Kenntnis der Grubenbesitzer bringen und über dieselben sich gutachtlich äußern.

Die Arbeiteraussschüsse sollen also nicht eine beschließende, sondern lediglich eine vermittelnde und gutachtliche Tätigkeit ausüben. Darin bezug auf einen Mißgriff nicht zu erblicken, im Gegenteil, alle Erfahrungen, die wir bisher in Staatsbetrieben — nicht nur im Bergbau, sondern auch im Eisenbahnbetriebe — mit den Arbeiteraussschüssen gemacht haben, bestätigen die Erfahrung, daß solche Ausschüsse nicht dem Kriege, nicht dem Kampfe, sondern dem Frieden dienen.

Herr v. Heidebrand hat während der zweiten Lesung im Namen der konservativen Partei erklärt, er könne es von seinem Standpunkt aus nicht länger mit ansehen, daß sozialpolitische Einrichtungen, welche geschaffen werden zum Zwecke der Versöhnung und des Friedens ausgebeutet würden im Interesse der staatsfeindlichen Sozialdemokratie. Ich verstehe dies vollkommen, und ich gebe Herrn v. Heidebrand zu, daß die Sozialdemokratie es leider verstanden hat, schon bestehende sozialpolitische Organisationen, so besonders die Krankenkassen (Sehr wahr! rechts) zum Schaden ihrer sozialen Bedeutung lediglich für Parteizwecke auszunutzen. (Sehr wahr! rechts.)

Zu verhindern, daß das nicht auch bei den Arbeiteraussschüssen geschieht, ist die Regierung durchaus bereit. Sie glaubt aber hierfür genügende Garantien geschaffen, wenn die Aufgaben des Arbeiteraussschusses genau bestimmt werden, insbesondere wenn der Arbeiteraussschuss auf die Fortsetzung der Verhältnisse seines Vergewerks beschränkt wird und ihm die Erhaltung der Ordnung und des Einvernehmens zwischen den Vergarbeitsen und den Arbeitgebern zur Pflicht gemacht wird und für den Fall der Zuwiderhandlung mit Auflösung bedroht wird.

Rum, meine Herren, die geheime Wahl der Ausschüsse. Man hat diese Frage zu einer politischen Frage gestempelt, und Herr v. Heidebrand hat die Gründe dargelegt, welche ihn und seine Freunde in dieser Beziehung leiten. Ich verstehe vollkommen, daß man grundsätzlich ein Gegner des geheimen Wahlrechts sein kann. Ein großer Weis, der der linken Seite näher stand als der rechten, Stuart Mill, war ein entschiedener Gegner der geheimen Abstimmung; er hat darüber ein interessantes Buch geschrieben. Auch Windthorst hat 1867 für die öffentliche Abstimmung plädiert. Ein Dogma ist das geheime Wahlrecht nicht, an Dogmen glaube ich in der Politik überhaupt nicht. Wohl aber glaube ich, daß niemand seinen Grundsatzen etwas vergißt, wenn er in diesem speziellen Fall der obligatorischen Arbeiteraussschüsse der geheimen Abstimmung zustimmt, zumal sie doch für die faktualischen Arbeiteraussschüsse seit langem besteht. Hier haben wir nicht über die Grundfrage für die Einführung eines neuen politischen Wahlrechts zu verhandeln, sondern müssen uns an die Tatsache halten, daß bei den Arbeiteraussschüssen im Bergbetriebe die geheime Wahl bestehendes Recht ist. Wenn nach meiner Ansicht die Wahrscheinlichkeit dafür spreche, daß die Arbeiteraussschüsse der Sozialdemokratie förderlich wären, so würde ich niemals die Hand zu ihrer Einführung bieten. Nach meiner Ueberzeugung wird aber diese Einrichtung vielfach nützlich, aber keinesfalls schädlich wirken; sie bedeuten auch an und für sich keineswegs die Anerkennung des Massenprinzips, das die Sozialdemokratie vertritt, sondern ein natürliches Bindeglied zum Ausgleich der großen Entfernung,

die sich mehr und mehr zwischen den Grubenbesitzern und Betriebsleitern auf der einen und den Massen der Vergesetzten auf der anderen Seite vollzogen hat. Seit Jahrzehnten verlangen die Vergarbeiter nach größerem gesetzlichen Schutz. Diese Wünsche sind während des letzten Streiks ausgeprochen worden, unter dem Ausdruck der Hoffnung und des Vertrauens zur Staatsregierung, und es ist damit eine Abkehr von den sozialdemokratischen Behauptungen zum Ausdruck gebracht worden. Dieses Vertrauen, diese Hoffnung zu tauschen wäre nach meiner Ansicht unpolitisch und unrichtig. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Das würde ein großer Triumph für die Sozialdemokratie sein, wenn sie den Vergarbeitsen mit Recht sagen könnte: Seht, was sind Hoffnungen, was sind Entwürfe? Die Regierung hat auch leere Versprechungen gemacht. Und dann hätte die Sozialdemokratie recht. In Preußen ist seit langer Zeit Fürsorge für die Schwachen und Armen getroffen worden, und zweifellos sind seitens der Staatsregierung vor dem Ende des Streiks bestimmte gesetzliche Maßnahmen den Vergarbeitsen in Aussicht gestellt, und die Autorität des Staates ist dadurch engagiert worden. Als leitender Minister kann und darf ich nicht über die Linie hinausgehen, wo die Autorität der Staatsregierung in einer Weise geschädigt werden würde, wie es in einem monarchischen Staate nicht annehmbar ist.

Ich finde in den mir vorliegenden Anträgen Hize, Dr. Friedberg und Stengel, die mir erst in dem Augenblick zugingen, wo ich den Saal betrat, wenn auch nicht der Form, so doch dem Inhalt nach die Wiedergabe dessen, was mit ihrer Vorlage die Staatsregierung bezweckt. Ich wende mich an alle diejenigen, die den sozialen Frieden in unseren Verhältnissen, die Aufrechterhaltung des Vertrauens in unsere bestehenden Zustände wollen und anstreben; mögen Sie durch Zustimmung zu diesen Anträgen in dieser so ernstlichen Frage die Hand zur Verständigung bieten. Ich schließe mit dem Wunsch und der Hoffnung, daß die Mehrheit dieses hohen Hauses der Verantwortung für das Scheitern dieser Novelle nicht übernehmen wird. (Beifall.)

Inzwischen sind die zum Entwurf eingelaufenen Anträge verteilt worden. Der in zweiter Lesung angenommene § 80 enthält in Absatz 2 das Verbot des Wegnehmens und bestimmt, daß die Arbeiter auf ihre Kosten das Recht haben, durch einen Vertrauensmann das Verfahren bei Feststellung der ungenügenden oder vorrichtswidrigen Beladung und des bei der Lohnberechnung anzurechnenden Teiles der Beladung überwachen zu lassen.

Hierzu beantragen die Abgg. Dr. Hize (B.) und Genossen zu bestimmen, daß der Vergewerksbesitzer verpflichtet sein soll, den Lohn des Vertrauensmannes auf Antrag des ständigen Arbeiteraussschusses oder der Mehrzahl der beteiligten Arbeiter vorschauweise zu zahlen und berechtigt ist, den vorschauweise gezahlten Lohn den beteiligten Arbeitern bei der Lohnzahlung in Abzug zu bringen.

Den § 80 L, welcher von Arbeiteraussschüssen handelt, hat das Abgeordnetenhaus in zweiter Lesung, sowohl in der Kommissions- wie auch in der Regierungsfassung gestrichen.

Die Abgg. Dr. Friedberg (natl.) und Schiffer (natl.) beantragen, einen neuen § 80 L, welcher die Arbeiteraussschüsse wieder in das Gesetz einführt und von der Kommissionsfassung in den wesentlichen Punkten abweicht, daß 1. von der politischen Betätigung der Arbeiteraussschüsse nicht gesprochen wird, sondern daß es nur heißt: „Ein Arbeiteraussschuss, der seine Zuständigkeit überschreitet, kann nach fruchtloser Verwarnung aufgelöst werden“; 2. statt der öffentlichen Wahl zu den Arbeiteraussschüssen, wie sie die Kommissionsfassung enthält, die geheime Wahl einführt; 3. das aktive Wahlrecht von einer einjährigen (statt zweijährigen) Arbeitszeit und das passive Wahlrecht von einer mindestens dreijährigen (statt vierjährigen) Arbeitszeit auf dem betreffenden Vergewerke abhängig macht. Für das aktive Wahlrecht ist die Volljährigkeit des betreffenden Arbeiters, für das passive Wahlrecht ein Alter von mindestens 30 Jahren erforderlich.

Die Abgg. v. Vodelberg (L.) und Genossen beantragen dagegen, den § 80 L in der Fassung der Kommission anzunehmen. Ferner beantragen die Abgg. Friedberg und Schiffer zu § 80 L a), daß die Genehmigung des Oberbergamtes betreffs der in Arbeitsordnungen oder in besonderen Satzungen enthaltenen Bestimmungen über Verwendungen der Strafgeelder nur dann verweigert werden darf, wenn diese Bestimmungen gegen die Gesetze verstößen.

Die Abgg. Stengel (L.) und Frhr. v. Jedlich (L.) beantragen zu § 80 b), daß bestimmt, daß die regelmäßige Arbeitszeit durch die Ein- und Ausfahrt nicht um mehr als eine halbe Stunde verlängert werden darf, folgenden Zusatz: „Eine Verlängerung der Arbeitszeit, welche zur Umgehung der vorstehenden Bestimmungen führt, ist unzulässig“.

Die Abgg. Dr. Friedberg und Schiffer beantragen des Weiteren, dem § 102 a), welcher das Verwaltungsverfahren gegen die Entschädigungen des Oberbergamtes in Fragen der Arbeiteraussschüsse usw. einführt, eine andere Fassung zu geben, die das Verwaltungsverfahren genau regelt. Zunächst soll gegen die Entschädigungen des Oberbergamtes in Sachen der Arbeiteraussschüsse innerhalb zwei Wochen die Vernehmung beim Bezirksaussschuss zulässig sein. Gegen die Entschädigungen in sanitären Angelegenheiten soll innerhalb derselben Frist die Vernehmung bei einem neu zu bildenden Vergewerksaussschuss erfolgen können. Gegen die Entschädigungen des Bezirks- resp. Vergewerksaussschusses ist die Revision beim Verwaltungsgericht zulässig. Ueber die Zusammensetzung des Vergewerksaussschusses enthält der von demselben Abgeordneten beantragte neue § 104 a) bestimmte Vorschriften, von denen die wesentlichste ist, daß der Vergewerksaussschuss aus Abteilungen besteht, deren jede aus dem Vergewerksaussschuss resp. dessen Stellvertreter aus Vorstehenden und aus sechs Mitgliedern besteht, von denen zwei ernannt werden und zwar aus den Mitgliedern des Oberbergamtes durch den Handelsminister, während die vier anderen Mitglieder aus den Einwohnern der betreffenden Provinz durch den Provinzialaussschuss gewählt werden. Eines dieser Mitglieder muß einem Oberlandesgericht angehören.

Artikel 4 des Gesetzes enthält außer den Befugnissen des Gesundheitsrates auch noch sanitäre Vorschriften. Nach dem Beschluß der zweiten Lesung sind die Oberbergämter verpflichtet, zu prüfen, ob für die Gesundheit der Arbeiter beeinflussenden Betriebsverhältnisse Maßnahmen, insbesondere eine Feststellung der Dauer, des Beginnes und Endes der täglichen Arbeitszeit geboten ist.

Die Abgg. Stengel und Frhr. v. Jedlich (L.) beantragen, hier die Worte „Maßnahmen, insbesondere . . .“ zu streichen.

Abg. Graf Vinburg-Stirum (L.): Die beste Antwort auf die Vorlage wäre es eigentlich gewesen, sie als Limbo abzulehnen. Meine politischen Freunde haben die Vorlage von Anfang an als eine Belohnung für den Streik angesehen. (Sehr richtig! rechts.) Die Autorität der Staatsregierung hat durch die Einbringung der Vorlage Schaden gelitten, und es wird in dieser Beziehung der Schaden nicht verschlimmert, wenn die Vorlage angenommen oder abgelehnt wird. (Sehr richtig! rechts.) Es entspricht den Traditionen unserer Partei, daß sie alle Vorlagen zum Schutze der Arbeiter zu prüfen und nach Möglichkeit zu fördern hat, insofern nicht die nationale Arbeit geschädigt wird und nicht Organe geschaffen werden, welche es der Sozialdemokratie ermöglichen, ihre Ziele zu fördern. (Sehr richtig! rechts.)

Die Vorlage teilt sich in zwei prinzipielle Teile, in diejenigen Bestimmungen, die dazu bestimmt sind, den Arbeitern direkt zu helfen — dazu gehören die Bestimmungen über das Kuller, die Dauer der Seilfahrt und die Dauer der Arbeitszeit; der leitende Punkt aber betrifft die Frage der Arbeiteraussschüsse. Wenn auch der Ministerpräsident gemeint hat, die obligatorische Einführung der Arbeiteraussschüsse würde sich auf den Verban der Schranken, so kann ich doch das Bedenken nicht unterdrücken, daß die Macht der Tatsachen und das Andrängen der Sozialdemokratie

es dahin bringen wird, die Einrichtung der obligatorischen Arbeiteraussschüsse allgemein zu machen. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind der Meinung, daß die Arbeiteraussschüsse den sozialen Frieden zu fördern geeignet sind, und daß sie der Sozialdemokratie die Möglichkeit geben, sie für ihre Bestrebungen zu benutzen. In keinem Lande der Welt hat die Sozialdemokratie ihre Ziele so energisch verfolgt, wie bei uns. (Sehr richtig! rechts.) Das wesentlichste Bedenken haben wir aber gegen das geheime Wahlrecht zu den Arbeiteraussschüssen. Das geheime Wahlrecht besteht bei uns seit etwa 80 Jahren, und die Geschichte wird entscheiden, ob die Monarchie in Preußen und Deutschland dabei wird bestehen können. (Sehr richtig! rechts.) Das Wahlrecht ist ein Teil des öffentlichen Rechtes, aber wir protestieren dagegen, daß das geheime Wahlrecht ein so allgemeines Recht geworden ist, daß man es überall einführen dürfte. (Sehr richtig! rechts.)

Ich resumiere mich dahin, daß wir für die Fassung der zweiten Lesung stimmen werden, und daß, wenn das Gesetz durch Anträge verwickelt werden sollte, wir nicht in der Lage sein würden, für das Gesetz zu stimmen.

Abg. Freiherr v. Jedlich (L.): Es ist wohl nicht notwendig, hier nochmals auf die Vergangenheit zurückzukommen. Nur das, was wir jetzt tun wollen, interessiert. Der Redner meinte, die Vorlage erschüttere die Autorität der Regierung. Er hätte sich lieber überlegen sollen, ob seine Haltung und die seiner Freunde gerade sonderlich geeignet ist, die Autorität der Staatsregierung, die Autorität des Staates zu stärken. (Lebhafte Unruhe bei den Konservativen, särmische Ohren.) Jeder, der es mit dem Staate ergangen hält, hat die Pflicht dafür zu sorgen, daß eine parlamentarische Aktion wie diese nicht zum Nachteil des Vaterlandes ausläuft. Unter keinen Umständen dürfen wir es zulassen, daß die preussische Gesetzgebung hier verlagert. Das liegt auch im Interesse des Reiches. Wir müssen alles tun, um das Zustandekommen der Vorlage hier in Preußen zu ermöglichen. Und da bietet sich jetzt ein Weg. Die Anträge Friedberg-Hize sind geeignet, eine Mehrheit auf sich zu vereinigen und die Vorlage in einer Gestalt zustande zu bringen, welche sowohl der Regierung annehmbar ist, als auch mit den sachlichen Interessen, die wir vertreten, sich sehr wohl noch vereinigen läßt. Freilich, wenn ich jetzt für die geheime Wahl stimme, so bitte ich daraus gar keine Schlussfolgerungen auf meine allgemeine Stellung zur Frage des geheimen Wahlrechts ziehen zu wollen. Auch ich bin ein Freund der öffentlichen Wahl. Aber im vorliegenden Falle hat die Sache nicht das Maß von praktischer Bedeutung, daß wir daran die ganze Aktion scheitern lassen wollten. Sollte die Frage der geheimen Wahl auch einmal politisch praktisch werden, so werden Sie schon sehen, wie auch ich für die öffentliche Wahl eintrete. (Lachen.) Jetzt aber bitte ich Sie: lassen Sie das Gesetz nicht an dieser Frage scheitern. Sie hat diese Bedeutung wirklich hier nicht! (Beifall bei den Freikonservativen.)

Abg. Dr. Spahn (B.): Auch wir würden nur schweren Herzens zustimmen, aber aus anderen Gründen als der Redner. In dem, wenn die genannten Anträge angenommen werden, werden wir uns dazu verstehen. Und wird die Zustimmung schwer, nicht wegen des geheimen Wahlrechts, sondern im Gegenteil, weil unsere weitergehenden Forderungen gefallen sind: namentlich in der Frage des Maximal-Arbeitstages. Das Zustandekommen der Vorlage liegt in erster Linie im Interesse der gesetzgebenden Kammern Preußens. Denn, wenn Preußen verlagert, so ist das Reich verpflichtet, die Sache selber in die Hand zu nehmen. Handelt es sich doch um eine Frage, die nicht bloß Preußen, sondern das ganze Reich interessiert! Also auch die, die mit der Tendenz der gestellten Abänderungsanträge nicht einverstanden sind, müssen aus allgemein preussischem Interesse dafür stimmen. (Nebens wird, wie gewöhnlich, zunehmend unverständlich, so daß auf eine Wiedergabe seiner weiteren Ausführungen zunächst verzichtet werden muß.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Wenn das Gesetz zustande kommt, dann kann es nur auf Grund der Kompromißanträge zustande kommen. Es besteht ein großes Drängen, das Gesetz nicht hier, sondern im Reichstage zur Verabschiedung zu bringen. Meine Freunde sind bereit, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, daß das Gesetz in diesem Hause verabschiedet wird. Wir können nicht zugeben, daß das Abgeordnetenhaus ausgefaltet wird, schon darum nicht, weil das Gesetz hier in der gründlichsten Weise nach allen Richtungen hin geprüft worden ist. Wir werden jetzt in der Ueberwiegenden Mehrheit für die vorliegenden Anträge stimmen, es gereicht uns nicht zur Unruhe, wenn ich sage, daß einige von uns dies nur aus großer Ueberwindung getan haben. Die Art und Weise, wie die Rechte hier über das geheime Wahlrecht urteilt, war nicht so, wie man über ein Wahlrecht urteilen sollte, das die Grundlage des Deutschen Reiches bildet. Ich gebe indes die Hoffnung noch nicht auf, daß auch die Rechte sich noch eines Besseren bestimmen wird. (Widerspruch und Lachen rechts.) Ein Teil meiner Freunde haben sich der Bedenken nicht entschlagen können, die sie gegen das geheime Wahlrecht hegen. Ich hoffe, daß das Gesetz hier zustande kommt, denn käme nichts zustande, so würde die Erregung im Lande bis ins ungenühere steigen. Eine soziale Revolution kann nur dann erfolgen, wenn die Regierung sich von unverständlichen reaktionären Maßgebern leiten läßt. (Lachen rechts.) In dieser Ansicht kann mich Ihr Lachen nicht irre machen. Ich bitte Sie, das Gesetz nach den Kompromißanträgen anzunehmen. (Beifall.)

Abg. Dr. Wemer (L.): Wir brauchen kaum noch zu erklären, daß die Beschlüsse in der zweiten Lesung uns in keiner Weise befriedigen und daß unser Votum bei der Endabstimmung kein lautes wird, wenn nicht eine gründliche Änderung in der dritten Lesung erfolgt. Wir haben wiederholt bestimmt erklärt, daß wir bereit sind, die Regierungsvorlage anzunehmen, dies aber als das Mindestmaß der zu erfüllenden Forderungen ansehen.

Die Verhandlungen waren in dieser Beziehung sehr interessant. Sowohl was im Plenum geäußert ist, mehr aber, was hinter den Kulissen vorgegangen ist. Für parlamentarische Feinsinnigkeit war diese ganze Aktion von seltenem Reiz. (Sehr gut! links.) Aber schade nur, daß wenigstens der bisherige Verlauf im Widerspruche steht mit dem sozialpolitischen Geiste der Zeit. Wir gehören nicht zu den sozialpolitischen Heißspornen, sind nicht mit allem einverstanden gewesen und sind es noch heute nicht, was unter der Flagge der Sozialreform segelt. Wir sind durchaus abgeneigt sozialpolitischen Utopien und phantastischen Reformideen, die von falschen Voraussetzungen ausgehen und den Boden gesunder Realpolitik verlassen. Aber wir verschließen uns andererseits in keiner Weise den berechtigten Forderungen der Zeit, nicht dem Gedanken, daß Arbeiter-Anspruch auf Gleichberechtigung haben und daß sie geschützt werden müssen gegen mißbräuchliche Anforderungen an ihre Arbeitskraft und daß der Staat da einzugreifen hat, wo es das Allgemeinwohl erfordert und die Abhilfe auf anderem Wege nicht erreichbar ist. (Zustimmung links.)

Das Streben nach Verkürzung der Arbeitszeit ist keineswegs identisch mit dem Mangel an Arbeitslust, im Gegenteil lehrt die Erfahrung, daß bei längerer Arbeitszeit die Leistungen keineswegs zurückbleiben, eher gewinnen (Zustimmung links) und am wenigsten kann meines Erachtens den schwer unter Tage arbeitenden Vergleuten verdrankt werden, wenn sie nach einer Verkürzung der Arbeitszeit streben, wenn sie etwas mehr Tageslicht und Sonnenstunden genießen wollen. Aber selbst, wenn man anderer Meinung ist, so steht doch jetzt die Frage einfach so: Soll das Versprechen, das die Regierung den streikenden Vergarbeitsen gegeben hat, eingelöst werden oder nicht? Wir sind bereit, an der Einlösung des von der Regierung gegebenen Versprechens unbeschadet unserer sonstigen Haltung mitzuwirken und glauben, damit im Interesse des Staates handeln zu handeln. Aber eigenartig ist, daß gerade die Konservativen, die eben erst dank der Haltung der Regierung außerordentliche sozialpolitische Vorteile eingekassiert haben, derselben Regierung in der jetzigen Situation die Unterstützung versagen. (Sehr gut! links.)

Daß im einzelnen die Beschlüsse zweiter Lesung nicht befriedigen können, bedarf keiner langen Auseinandersetzung. Der Schwerpunkt liegt in den Arbeiterausschüssen. Herr v. Hennebrand hat gemeint, die Einrichtung der Arbeiterausschüsse sei eine behördliche Organisation der Arbeiterschaft gegenüber dem Arbeitgeber, sie sei die Erfüllung eines großen Teiles des sozialdemokratischen Programms. Dieser Auffassung muß ich durchaus widersprechen. Die Ausschüsse sind allerdings eine Organisation der Arbeiter, aber nicht gegen den Arbeitgeber, sie sollen dem Frieden und der Verständigung dienen. Sie sind der Ausdruck des Gedankens, daß der Arbeiter ein gleichberechtigter Faktor der Produktion ist und Anspruch darauf hat, mit seinen Wünschen gehört zu werden. (Zustimmung links.) Sie sind keineswegs die Erfüllung eines großen Teiles des sozialdemokratischen Programms. Wäre das zutreffend, so würden wir alle unsere ganze Stellung zur Sozialdemokratie revidieren müssen. Ich glaube überhaupt, daß die offizielle Sozialdemokratie diesen Ausschüssen sehr kühl gegenübersteht. Das ist natürlich, denn jede selbständige Organisation, die praktisch arbeitet, ist der offiziellen Sozialdemokratie mindestens ein unbehaglicher Konkurrent. Ich verweise auf die Gegensätze zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie.

Der Arbeiterausschüsse will, muß auch die geheime Wahl wollen, sonst soll man die Hand überhaupt davon lassen. Daß die Konservativen für die öffentliche Wahl sind, wundert mich nicht. Es hat mich aber befremdet, daß Abg. Schmieding, doch einer der Führer der Nationalliberalen, sich für die öffentliche Wahl und sogar gegen das Reichstagswahlrecht ausgesprochen hat. Er hat, wie auch heute der Herr Ministerpräsident, Stuart Mill als Schwurzeugen angeführt gegen die geheime Wahl. Aber dieser sagt in seinen Betrachtungen über die Repräsentativ-Verfassung, daß, wenn ein Wähler durch die Öffentlichkeit für seine Abstimmung verantwortlich gemacht würde, er in Wirklichkeit irgend einer mächtigen Person verantwortlich gemacht würde, deren Vorteil dem allgemeinen Vorteil entgegen sei. (Hört, hört! links.) Wenn das in einem hohen Grade bei der Mehrzahl der Wähler der Fall ist, dann kann die geheime Wahl das kleinere Übel sein. (Hört, hört! links.) Abg. Graf Limburg-Sturum hat das öffentliche Wahlrecht als erzieherisch gerühmt. Gewiß, jeder Wähler wird gern seine Stimme öffentlich abgeben, wenn es keine Arbeitergasse gäbe, die Arbeiter wegen ihrer Abstimmung hrolos machen, keine Vorgesetzten, die Untergebene wegen der Wahl maßregeln, wenn die politische Unbedachtsamkeit aus der Welt verschwunden wäre. (Lebhafte Zustimmung links.) Gerade diejenigen haben am wenigsten ein Recht, für die ideale Forderung der öffentlichen Wahl einzutreten, auf deren Konto Wahlbeeinflussungen aller Art zu setzen sind. (Sehr gut! links.)

Was die Funktion der Ausschüsse anlangt, so werden wir die Wiederherstellung der Regierungsvorlage beantragen. Es kann sein, daß durch die noch nicht bekannten Kompromißanträge Bedenken gemildert werden, die wir vorher geltend gemacht haben; das wird zu prüfen sein. Jedenfalls sind wir grundsätzlich gegen die Einführung der Suspendierung; wenn wir diese gesetzgeberische Erfindung hier zugehen, können wir zu kaum übersehbaren Konsequenzen kommen. (Zustimmung links.)

Unzulänglich sind auch die Beschlüsse betreffend den sanitären Maximalarbeitstag. Wir glauben, daß das, was die Regierungsvorlage enthält, auch von denen zugestanden werden könnte, die sonst gegen die Einführung eines allgemeinen Maximalarbeitstages Bedenken haben. Wir werden abwarten, was in dieser Beziehung der Kompromißantrag bringt und werden danach Entscheidung treffen.

Unsere Parole ist entschlossene Bekämpfung der Sozialdemokratie, ihrer Massenkampftheorie, ihrer terroristischen Agitation, aber ebenso entschlossene Mitarbeit zum Schutze der Arbeiter, zur Anerkennung und Durchführung ihrer Gleichberechtigung und zur Beseitigung sozialer Mißstände, die auf dem Boden der wirtschaftlichen Produktion erwachsen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Korsantj (Pole): Bei der vorliegenden Gesetzesnovelle handelt es sich darum, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, tatsächlich aber wird damit eine Proletarisierung des Volkes und insbesondere des polnischen Volkes erreicht.

Präsident v. Kröcher: Herr Abgeordneter, wir sind im Zweifel, was Sie gesagt haben. Wenn Sie gesagt haben, die Regierung gehe darauf aus, das polnische Volk zu brutalisieren — (Luruf: proletarisieren!)

Abg. Korsantj (fortfahrend): Sie sehen, ich überschreite nie das, was in diesem Hause erlaubt ist. (Weiterkeit.) Wir sind der Meinung, daß von der Mehrheit die Interessen der Arbeiter

mit den Interessen der Sozialdemokratie im allgemeinen identifiziert werden. Das ist aber grundverkehrt. Wenn hier betont worden ist, das Vorgehen der Regierung bedeute einen Eingriff in den freien Arbeitsvertrag, so ist dies Märchen heute schon längst abgetan, damit hat sich die Arbeiterschaft längst abgefunden. Tatsächlich hat lediglich der Arbeitgeber die Macht und die Möglichkeit, seinen Willen durchzusetzen und bedauerlich ist es, daß die Regierung bei jeder Gelegenheit gerade die Hebermacht der Arbeitgeber stärkt, während andererseits das gleiche Recht der Arbeiter immer mehr illusorisch gemacht wird. Was die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer anlangt, so sind doch diejenigen der Arbeitgeber die ungleich mächtigeren; denn während diesen alle Freiheit gelassen wird, läßt man die Versammlungen der Arbeiter mit allen möglichen Mitteln zu hintertreiben, dafür sorgen schon die Polizeibehörden. Die Arbeitgeber aber können es sich getrost erlauben, an der Autorität des Staates zu rütteln und die Regierung öffentlich zu verhöhnen. Die Lage der Vergarbeiter ist also eine höchst traurige, von einer Freiheit des Arbeitsvertrages ist den Arbeitern nichts übrig geblieben, sie sind den Arbeitgebern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, von ihnen verlangt man, daß sie die Ordnung parieren. Schon die Ausnahmebestimmung, daß die Mitglieder der Arbeiterausschüsse die deutsche Sprache beherrschen sollen, macht für uns die Zustimmung zu den Kompromißanträgen unmöglich. (Weifall bei den Polen.)

Wolff-Billa (fr. Sp.): Wir haben bei der zweiten Beratung erklärt, daß wir die Forderungen der Regierungsvorlage als das mindeste dessen ansehen, was bewilligt werden muß, wir werden aber nun, damit die Vorlage nicht ganz abgelehnt wird, dem Kompromißantrag zustimmen. (Weifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Es folgt die Spezialberatung.

§ 80c enthält das Verbot des Wagenmüllens.

Abg. v. Brandenstein (L.): Wir haben auf Einladung des Handelsministers Gruben in Westfalen besucht, wir haben uns aber vergeblich bemüht, die Mißstände dort zu finden, über die von Seiten der Vergarbeiter fortwährend geklagt wird. Es ist uns das Wagenmüllen von mehreren Seiten als eine humane Einrichtung bezeichnet worden; wir haben aus den Äußerungen der Vergarbeiter die Ueberzeugung gewonnen, daß das Verbot des Wagenmüllens den Vergarbeitern von den Agitatoren als ein rotes Tuch vorgehalten worden ist. Wir sind nicht gewillt, dem Unverstand ein Opfer zu bringen, namentlich wenn der Unbestand herkommt von der Sozialdemokratie und von der Regierung. (Stürmische Weiterkeit) — adoptiert wird.

Handelsminister Müller: Die Vorlage bedeutet nicht, wie es der Redner dargestellt hat, eine Kapitulation vor der Sozialdemokratie. Sie ist eine naturgemäße Konsequenz der ganzen Entwicklung. (Widerspruch rechts.) Wir haben unserer Vorlage nicht nur die Uebelstände auf einzelnen Gruben zugrunde gelegt, sondern haben auch die Versprechungen geprüft, die bereits 1889 den Vergarbeitern gemacht, aber nicht erfüllt worden sind. Das Wagenmüllen ist einer der gefährlichsten Agitationsstoffe unter den Vergarbeitern gewesen, den wir mit dem Verbot des Wagenmüllens beseitigen.

§ 80d wird mit dem Zentrumsantrag angenommen.

§ 80f enthält die Bestimmungen über die Arbeiterausschüsse. Außer den oben erwähnten Anträgen liegt dazu ein Antrag Fischbeil (fr. Sp.) und Genossen auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage vor, die sich von dem nationalliberalen Antrage im wesentlichen dadurch unterscheiden, daß schon bei 50 Arbeitern ein Ausschuss gebildet werden soll, und daß sie keine Bestimmung über die Auflösung der Ausschüsse enthält.

Abg. Defer (Hosp. Sp.): Wir bleiben auf dem Standpunkt stehen, den wir in der zweiten Lesung eingenommen haben. Es scheint ja die Stimmung des Hauses zu sein, den Antrag Friedberg zur Grundlage des ganzen Gesetzes zu machen. Bedauerlich ist der Wechsel in der Stellungnahme der Nationalliberalen. Insbesondere sind wir nicht in der Lage, dem Absage des Friedbergischen Antrages zuzustimmen, der die Suspendierung des Ausschusses nach wiederholter Auflösung auf die Dauer eines Jahres vorsieht. Außerdem müssen wir mit aller Entschiedenheit für das geheime Wahlrecht eintreten. Auch hier bestehen ja trotzdem arge Zustände, wie der Prozeß im Saarrevier lehrt und wie wir es hier im Hause bei Wahlprüfungen aus den Vergarbeitern hinlänglich erfahren haben. (Sehr richtig! links.) Wenn es sich bei den Wahlbeeinflussungen angeht, nur um Verleumdung und das „Pincelputzen des Sonnenlichtes“ handelt, so glaube ich kaum, daß die Natur des Lichtes die der Sonne, sondern vielmehr die einer Blendlaterne ist. (Sehr gut! links.) Ohne auf weitere Einzelheiten einzugehen (Druck! rechts, Weiterkeit), bitte ich Sie, die Konsequenzen dieses Antrages zu beachten und diesen mit uns abzulehnen. (Weifall links.)

Handelsminister Müller meint, daß die vom Abg. Defer befürchtete Gefahr im Antrag garnicht vorhanden sei, er hoffe, daß auch der Abg. Defer aus einem Saulus ein Paulus werde.

Abg. Schiffer (natl.): Der erste Teil unseres Antrages wird zu unserer allgemeinen Freude sowohl von der Staatsregierung wie auch von den Freisinnigen als eine Verbesserung angesehen. Es handelt sich hier um eine Organisation des Friedens, von der politische Momente fernzuhalten sind. Redner begründet nochmals seinen Antrag, der keinerlei Spitzen gegen die Arbeiterorganisation enthält.

Abg. v. Kardorff (H.): Ich habe früher stets auf dem Standpunkt gestanden, daß die Einrichtung von obligatorischen Arbeiterausschüssen ein nicht unbedenklicher Eingriff in die Freiheit des Arbeitsvertrages ist, eine Bevormundung des Staates, die allenfalls noch in den eigentümlichen Verhältnissen des Bergwerkes ihre Berechtigung findet. Dieser Standpunkt, den ich mit dem Freiherrn v. Stumm stets vertreten habe, war früher der allgemeine und namentlich auch der liberale. (Sehr richtig!) Heute ist er von allen Parteien verlassen. Wie man sich auch nun zur Sache stellt, das eine steht fest: die Mehrheit will das Gesetz. Die Konservativen haben kein Recht, hier Vorwürfe zu machen.

Noch einen Wunsch muß ich hier aussprechen. Die Regierung ist Gott sei Dank zur Einsicht gekommen, daß die nachbismarckische Wirtschaftspolitik eine verkehrte war. Wir sind dem Grafen v. Helldorf sehr dankbar, daß er mit so großer Energie das Gedeihen der Landwirtschaft in den Handelsverträgen gefördert hat. Hoffen wir, daß es nun auch gelingen wird, die verkehrte Politik, die seit dem Abgange des Fürsten Biemarck der Sozialdemokratie gegenüber beobachtet wurde, auf irgend eine Art gründlich zu beseitigen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Meine ganze Fraktion würde es freudig begrüßen, wenn die Regierung damit einen Anfang machen wollte, daß sie der Herrschaft der Sozialdemokratie in den Krankenkassen durch Änderung des Krankentagegeldes ein Ende macht. (Hört! hört! und lebhaft Zustimmung rechts.)

Auch ich würde in der öffentlichen Wahl eine größere Garantie dafür sehen, daß diese Ausschüsse nicht zu Kampforganen werden, aber überläßigen soll man das öffentliche Wahlrecht auch nicht. Ich meine eine große Anzahl von Fabrikanten, welche die geheime Wahl freiwillig vorsehen. Uebrigens ist durch die Skatellen, die in diesen Paragraphen hineingesetzt sind, durch das Wahlalter, durch die Beschäftigungszeit, die der Ausübung des Wahlrechts vorausgehen soll, wenn sie auch in dem Antrage um ein Jahr herabgesetzt wird, doch eine recht große Garantie dafür gegeben, daß die Ausschüsse auch so absolut der Sozialdemokratie anheimfallen. Ein Schlußantrag wird angenommen.

Der Antrag Fischbeil wird abgelehnt, ebenso der Antrag Vodelberg.

Dem Antrag Friedberg wird auf Wunsch des Abg. Fischbeil über den Passus, der die Suspendierungsmöglichkeit der Arbeiterausschüsse festlegt, getrennt abgestimmt. Da das Bureau über das Ergebnis der Abstimmung zweifelhaft bleibt, findet Auszählung statt. Sie ergibt die Annahme des Passus mit 209 gegen 137 Stimmen.

Angenommen wird ferner der Passus betreffend die geheime Wahl und ebenso der Rest des Antrages Friedberg, so daß also der ganze § 80f in der Fassung des Antrages Friedberg angenommen ist.

Die Bestimmungen betreffend die Arbeitszeit 83a—f werden mit dem Antrage Stengel angenommen, wonach eine Verlängerung der Arbeitszeit, die zur Umgehung der einschlägigen Bestimmungen erfolgt, unzulässig ist.

Ferner wird angenommen § 102a (Verwaltungsstreitverfahren) und der Rest des Gesetzes mit einem redaktionellen Antrage ledig.

Abg. Fischbeil (fr. Sp.) erklärt, trotzdem die Anträge seiner Partei abgelehnt seien, biete sie die gefassten Beschlüsse im ganzen für einen Fortschritt für die Arbeiter und werde daher dem Gesetz im ganzen zustimmen. (Weifall.)

Hierauf erfolgte sogleich die Gesamtabstimmung, weil kein Widerspruch dagegen erhoben wird. Sie ergibt die Annahme des Gesetzesentwurfs gegen die Stimmen der Konservativen und vereinzelter Nationalliberalen.

Sodann vertagt sich das Haus auf Sonnabend 11 Uhr (Gesetz über die Stilllegung der Leichen).

Schluß 4 Uhr.

Central-Leihhaus, Berlin, Jägerstr. 72, Ecke Kanonierstraße.

40 Räume in drei Etagen.

Größtes Stablisement seiner Art in Berlin.

40 Räume in drei Etagen.

Täglicher Verkauf von eleganten, modernen Frühjahrs- und Sommer-Paletots und Anzügen von M. 10, 12, 15, 20, 25—30 Prima. Knaben- und Jünglings-Anzüge, Kammgarn-Anzüge, Hochzeits-Anzüge, Abonnements-Sachen, fast neu, teils auf Seide gearbeitet, welche von Kavaliern nur sehr wenig getragen sind, spottbillig. Ein Posten Teppiche, Herren- und Damenschuhe und Damenbekleidung. Tausende eleganter Herren-Garderoben sind jetzt zur Frühjahrs-Saison zum Verkauf gestellt und sind Bauchsachen, selbst für die korpulentesten Herren passend, in großer Auswahl vorhanden. Gummi-Mäntel. Alles labelhaft billig.

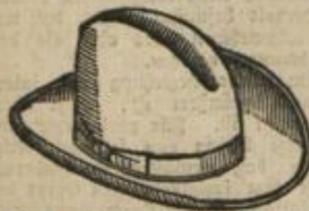
Poliz. konz. Leihhaus.

Bitte genau auf No. 72, Ecke Kanonier- und Jägerstraße zu achten.

Die Verwaltung.

Sonntags geöffnet von 7—10 und von 12—2 Uhr.

Größtes Specialgeschäft für Hüte und Mützen



Dieser weiche, schwarze Herrenhut mit Futter kostet 1,50. In Herrenhüten weich und steif ca. 150 verschiedene Sorten bis zu den feinsten Qualitäten

Oskar Arnold
Dresdenerstr. 116

Kein Laden (am Oranienplatz).

Filzhüte, Cylinderhüte,
Strohüte,
Stoffhüte und Mützen!

Engros! Export!

Einzelverkauf
zu auffallend, billigen aber
streng festen Preisen,
aussergewöhnlich reich-
haltige Auswahl!

Partiewaren
führe ich
nicht!

sondern nur moderne,
fehlerfreie Ware.



Dieser moderne, schwarze, steife Hut mit Futter kostet 1,75 Mk. in nur feblerer, realer Ware.



Diese Form führe in Filz-, Stroh- und Stoffhüten. Stoffhüte für Herren und Kinder in sehr reichhaltiger Auswahl.



Knaben- und Mädchen-Mützen in allen Formen (ca. 100 verschiedene Muster).



Strohüte für Herren, Knaben und Mädchen in allen gangbaren Formen von den billigsten bis zu den feinsten Sorten (ca. 300 verschiedene Muster).



Herren-Mützen schon von 40 Pfg. an, ca. 150 verschiedene Sorten in allen Preislagen vorrätig.

Versandhaus Germania

seit 15 Jahren
Unter den Linden 21, II. Fahrstuhl.
neben der Passage.

Zweiggeschäfte unterhalten wir nicht.
Hochvornehme Herren-Paletots und -Anzüge
aus feinsten Maßstoffen 25 bis 40 M.
hochelegante Beinkleider 9 bis 12 M.
Vorjährige Herrengarderoben wesentlich billiger.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige Herren-Garderoben.
Ersatz für Maß.
Anfertigung nach Maß.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Große Frankfurter-Str. 87, II.,
Eingang Strausberger Platz.

Steppdecken.

Parpur, echt rot, à 5, 3,25 u. 250 Mk.	Türkisch-Cretonne, à 4,50, 3 u. 225 Mk.
Wollatlas, à 10, 8, 6, 5 u. 4 Mk.	Satin, gemustert, à 7,50, 6 u. 450 Mk.
Seidenart. Lasting, à 14, zwois. 12, 9 u. 750 Mk.	Excelsior Cloth, à 9, doppels. 8, 6,50 u. 475 Mk.
Daunen-Decken, à 30, 20 u. 18 Mk.	Seiden-Atlas, alle Farb., 20, 15, 12 u. 10 Mk.

Vorjährige Muster fast für die Hälfte des Preises.
Steppdeckenfabrik
B. Hurwitz, Rotes Schloss,
vis-à-vis dem National-Denkmal.
Telephon I, 8911.

Jeder Leser des „Vorwärts“

beachte beim Einkauf

die Vorzüge

grössten Spezial-Haus

Herren- und Knaben-Bekleidung

fertig und nach Maß.

Dieselben sind:

Die anerkannt billigsten Preise!
Die unerreicht große Auswahl!
Die Selbstfabrikation in meiner
Schneiderwerkstatt im größten Stile!

Ferner führe ich gleichfalls in bester Qualität und sehr preiswert:

sämtliche Herren-Artikel.

Adolph Wormann

77 Kottbuser Damm 77

Ecke Pflügerstraße. Parterre u. I. Etage. Ecke Pflügerstraße.

Mein Geschäftsprinzip war und wird stets sein:

--- **Streng feste Preise!** ---
--- **Streng reelle Bedienung!** ---

Kleine Reparaturen und Aufbügeln gratis!

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen.
Klein-Verkauf. Sehr hartes Leder in
praktischen grauen u. braunen Streifen,
auch einfarbig. Am Bund aus einem
Stück gearbeitet. Sehr feste Kap-
nähte. Patentierte Klett-Laschen.
Große Hütten uniconst. Die Hufe

bei Aufnahme von 4 Wrt. 50

- schwarze Monteur-Jacke 1 R. 90
- schwarze Monteur-Hose 1 R. 90
- schwarze Monteur-Jacke
- Prima Körper-Gewebe 2 R. 50
- schwarze Monteur-Hose
- Prima Körper-Gewebe 2 R. 10
- Manchester-Hose 9.-, 5.50, 4.50, 3 R. 50
- Geflücht. Manchester-Jacke 13.-, 8.75
- Weisse Freizeid-Jacke 3.50, 2 R. 75
- Ronditor-Jacke, Preisig 4 R. 50
- Waler-Mittel 3.-, 2.50, 2 R. 25
- Redantier-Mittel (braun) 3.-, 2 R. 40
- Weisse Leder-Jacke, Preisig 7.50, 3 R. 75
- Weisse Lederhosen 4.50, 2 R. 90
- Reifeleiner-Anzüge, blau, nach Vorchrift 5 R. 50

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chaussestr. 21a/25, Bräunerstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Das 25. Jubiläum 1905 wird
kostenlos und portofrei angeblät.
Bei Bestellung von Hosen ist die
Bundweite und die Schrittlänge, bei
Jackets und Mitteln die Brustweite
anzugeben. 35802*

— Versand von 20 R. an franco. —

Nachdruck verboten!

17. Ziehung 5. Kl. 212. Kgl. Pruss. Lotterie.

Ziehung vom 26. Mai 1905, vormittags.

Nur Gewinne über 240 Mk. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

47 112 [500] 457 62 782 84 872 1083 297 381 534 69
640 [3000] 78 807 24 [3000] 913 99 2085 100 255 89 332
608 893 891 945 3001 49 90 303 433 65 597 793 823 25
951 [1000] 4091 157 75 268 314 45 25 588 884 5013
83 145 253 423 70 [500] 557 636 732 849 901 86 [500]
6012 224 97 319 414 537 876 7057 69 209 36 84 346
691 [1000] 620 22 [1000] 62 743 809 36 [500] 39 947
[500] 8043 132 [3000] 48 [500] 226 691 60 86 536 9001
37 77 618 51 95 776 82 [3000] 586 935

10066 221 356 [500] 620 893 86 11211 354 92
[1000] 591 660 712 25 943 [2000] 181 80 244 82
680 711 [1000] 43 [1000] 39 89 805 25 615 59 13330
483 506 891 14065 105 [3000] 23 33 43 317 446 699
89 803 67 72 84 15023 [500] 156 63 276 488 558 74
[1000] 16044 86 107 284 326 75 627 715 39 [1000] 61
883 997 [3000] 17095 [500] 98 542 88 811 18038 103
[3000] 34 72 209 36 942 77 405 581 848 909 19038 62
238 [1000] 314 62 81 [500] 515 37 634 74 84 85 04 [500]
831 923 [3000] 28

20159 78 99 350 484 603 893 95 21034 80 123 203
0 43 45 492 694 66 809 18 90 22637 69 811 42 [3000]
609 37 23016 70 337 [500] 450 503 [3000] 729 885 24113
62 [500] 238 82 81 323 432 523 [3000] 654 872 25003
63 116 21 214 22 584 6 635 755 933 50 76 94 26079
121 229 364 725 39 815 89 929 27152 393 89 423 587
635 63 68 794 988 28265 354 [1000] 495 25 903 853 57
29221 413 625 708 544 944

50028 46 378 [3000] 403 64 527 691 [3000] 782 900
31217 53 [1000] 325 443 40 85 592 21 671 772 [1000]
850 65 65 67 945 32199 577 882 33020 215 469
713 881 34043 60 577 741 35004 322 467 835 894
30685 123 49 51 229 347 77 81 425 85 [1000] 96 528
625 787 908 37064 98 107 41 224 89 315 57 475 677 50
729 814 36601 243 576 615 39023 [500] 66 [3000]
139 [3000] 227 316 84 467 74 802 37 990
40827 326 419 50 79 90 [500] 732 801 73 41128
[3000] 238 65 [3000] 355 544 792 [1000] 919 4220 40
63 553 694 67 43130 200 321 484 596 974 44011 12
234 599 [500] 62 692 58 812 945 43039 69 4 333 838
46831 89 116 240 [3000] 78 [500] 349 512 907 [500] 55
913 39 47010 65 166 311 481 599 721 37 845 938 48006
60 119 61 214 311 29 [500] 99 551 82 635 728 89 813 70
95 947 401604 178 220 428 95 89 594 998

50117 70 251 65 265 [500] 621 23 85 984 61281
319 463 58 519 858 933 62244 54 456 567 603 817 965
93086 [500] 136 71 285 545 909 [3000] 68 64001 126
60 923 486 609 23 39 698 738 65 933 54 66 65167
475 671 966 60923 168 357 685 605 67077 105 385 545
[500] 673 37 718 [10000] 43 68318 538 [500] 675
626 858 94 69440 1005 83 701 830 988
70051 85 344 34 72 70 621 802 [500] 12 71545 659
505 [500] 66 [500] 67 72077 104 283 304 96 96 450 73
706 [1000] 75 649 749 73025 83 94 241 49 [3000] 69
652 744 890 74078 110 [3000] 20 220 310 457 [500]
652 790 953 72 70125 33 237 488 82 76 953 76038
314 718 396 83 700 45 57 800 57 77359 602 89 717 65
[1000] 84 78069 342 83 353 67 461 532 634 59 799
933 [1000] 38 79123 42 214 70 90 459 618 84 738 30 82
800 21 929

80089 201 57 635 821 68 81006 169 422 [500] 27
632 706 66 845 75 82644 214 510 378 622 735 97 822
911 83069 68 110 66 226 314 473 514 60 640 788 84149
93 249 [500] 208 595 676 83 744 85274 366 639 844
86178 263 300 400 400 801 34 45 648 903 87105
275 482 691 704 109 15 21 88004 [500] 136 207 72 389
408 537 43 619 62 942 95 89174 206 8 483 590 764 818
90052 [500] 116 48 78 217 307 500 85 675 795 923
01072 207 341 482 531 61 610 574 912 92025 146 507
768 805 900 93145 712 [500] 535 51 63 923 63 94002
82 95 417 36 731 [500] 63 966 90 95111 36 43 67 361
201 96 96224 348 50 86 93 753 [500] 824 26 27 [500]
935 97030 [500] 176 276 592 66 693 929 41 98075
[500] 488 [3000] 722 43 895 99005 43 [500] 216 370
511 900

100041 113 219 31 340 50 548 614 [3000] 732 64 810
[500] 101990 637 75 677 814 37 953 102121 47
[1000] 270 82 371 [500] 476 83 [1000] 633 729 809
100930 53 [1000] 301 422 [1000] 749 836 104024 135
[1000] 44 94 300 26 34 45 93 501 532 [1000] 98 976 83
305665 133 63 26 918 975 94 106103 239 322 718 78
832 57 934 107010 55 292 66 82 334 35 51 [500] 673
100071 191 202 414 45 85 699 697 726 802
110031 47 156 [500] 504 641 85 732 51 224 26 94
111325 612 712 835 918 21 85 112032 73 470 858
111310 202 [1000] 33 404 81 557 658 735 75 829
1114173 253 [500] 503 783 817 969 115601 200 [1000]
331 444 584 617 973 116000 93 260 510 28 896 [500]
255 85 [1000] 812 49 269 112727 112 35 555 [500] 849

17. Ziehung 5. Kl. 212. Kgl. Pruss. Lotterie.

Ziehung vom 26. Mai 1905, nachmittags.

Nur Gewinne über 240 Mk. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

208 49 65 437 595 877 907 38 1086 321 83 93 594
87 634 894 2023 44 02 118 80 403 83 531 3009 139 78
627 83 87 107 17 937 89 73 95 4011 80 84 249 688 874
994 5159 478 909 6025 [1000] 91 235 53 83 316 89
528 650 [500] 781 7082 101 11 [500] 23 [3000] 320
408 [500] 42 58 900 8085 [500] 147 97 229 437 542 640
843 916 9041 407 31 550 [1000] 790 855 980

10146 91 [3000] 260 421 504 22 636 65 80 805 26
27 919 89 11298 328 44 48 627 [500] 634 771 912
12113 39 314 471 502 705 27 902 3 36 99 13071 94
169 256 85 385 90 [500] 499 617 807 73 [1000] 930 84
14688 138 282 390 [500] 422 61 607 28 833 935 15014
31 522 65 [1000] 955 16148 67 71 347 549 17078
156 63 [3000] 94 [500] 215 [3000] 304 440 322 54 94 790
624 18094 128 [500] 41 250 [500] 19015 54 405 25
803 743 931

20224 383 [3000] 738 62 [1000] 851 933 [1000] 90
[3000] 21275 570 96 665 832 39 947 22256 353 488
545 46 60 631 719 888 977 23007 74 [3000] 153 307 49
[1000] 82 601 610 [500] 34 [1000] 723 91 910 24117
36 60 74 265 355 423 46 819 37 54 823 39 25042 322 434
35 75 540 682 821 68 917 62 68 26015 73 373 510 820
901 27042 [500] 75 122 259 436 71 96 98 [3000] 664
816 28655 283 [3000] 427 70 589 58 86 967 29340
86 422 870 937

30085 [500] 96 [500] 274 345 [3000] 434 537 80 939
54 31083 [3000] 254 447 60 562 63 699 708 76 837
32683 488 505 [500] 73 751 937 49 33204 84 [500]
309 424 796 34035 187 240 451 592 712 35156 59
402 547 722 75 998 36910 561 63 704 913 59 37010
55 168 244 350 997 607 84 [1000] 802 35010 [3000] 254
380 470 [500] 599 65 66 713 80 870 39007 233 392 422
[500] 523 868 934

40982 208 381 [1000] 620 85 [3000] 739 934 [3000]
41094 [500] 33 321 326 43 500 781 997 42129 1001
223 [500] 427 372 [500] 820 [500] 948 43026 32 48 101 56
370 435 64 67 74 578 621 750 803 40 918 44300 135 255 77
459 97 008 17 23 64 92 [1000] 857 71 85 45444 571 878
46255 98 329 426 73 601 47040 [500] 117 74 85 275
368 781 818 99 43902 208 79 [3000] 314 447 680
[1000] 69 790 827 900 54 49015 48 109 59 95 390 514
29 42 82 85 88 641

50226 188 205 62 [500] 76 421 681 81 [3000] 721 31
82 858 953 83 51159 71 394 73 56 879 52302 [30000]
29 [500] 695 790 843 55 53165 96 342 79 [1000] 85
[3000] 411 573 891 99 901 15 54066 350 533 637 77 850
329 46 55001 [1000] 68 346 78 426 62 83 97 502 31
32 44 54 612 748 851 91 [500] 56173 [3000] 282 336
466 338 819 57085 [500] 282 349 434 87 521 638 91
420 46 838 59318 507 810 903 69000 [1000] 99 230
73 [3000] 430 712 815

60004 [500] 11 17 276 396 421 [500] 500 744 848 75
87 965 71 61074 62 229 46 73 311 26 72 536 658 735 43
62474 65 [1000] 521 650 635 63018 122 61 94 [500]
205 327 82 420 47 81 808 [500] 665 83 639 72 97 64006
[1000] 33 43 279 88 426 626 725 50 900 15 [3000] 915
65046 17 62 260 379 97 [1000] 639 779 915 63 60633
34 206 302 [500] 401 9 [500] 655 71 85 923 [1000] 71
67022 181 216 30 82 377 78 68003 12 157 533 688
715 805 69226 54 73 324 434 51 90 507 607 786 86 887
[3000] 651 51 89 [500]

70010 196 251 [3000] 428 75 86 509 602 61 741 56
805 [500] 71 988 [3000] 71300 97 469 [1000] 36 82
861 664 72027 124 290 324 424 641 83 51 74 962
[3000] 73115 49 220 356 433 37 [3000] 683 713 54 866
74001 151 277 720 59 75313 15 27 475 623 701 78162
212 334 405 61 698 909 77031 75 141 53 [1000] 394 482
87 513 800 61 695 785 78218 343 445 794 79028 [500]
154 375 415 81 699 781 833 947

17. Ziehung 5. Kl. 212. Kgl. Pruss. Lotterie.

Ziehung vom 26. Mai 1905, nachmittags.

Nur Gewinne über 240 Mk. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

118143 [500] 57 219 531 783 823 70 81 119004 71 225
403 71 831 918 [1000] 41
120077 275 [1000] 306 514 [500] 708 26 [500] 801
924 39 [3000] 121099 59 38 258 430 83 [500] 639 76
833 93 925 63 78 122090 117 [500] 72 [3000] 397 433
307 [500] 642 746 526 62 67 73 971 123323 820 749
67 91 124024 [500] 664 125082 223 312 663 838
126123 [1000] 65 315 472 87 514 39 807 699 [3000]
49 [500] 127062 532 476 79 [500] 705 92 128042 185
446 326 76 777 877 129006 154 97 444 99 315 53 601
69 733 90 909 39

130016 330 47 96 663 131084 328 82 430 700
[500] 41 77 877 979 132394 454 504 80 84 654 817 42
133109 74 [1000] 962 134012 295 303 410 42 83 639
689 779 841 65 74 135298 [500] 447 518 39 891 99
919 [500] 51 136131 235 348 471 [500] 533 [500] 44
[500] 682 805 137013 208 587 816 33 35 947 52 138016
39 300 346 [500] 418 22 [1000] 613 [1000] 139020
114 80 241 411 40 70 [1000] 643 759 810 12 64 [500]
140074 88 203 410 28 37 607 [500] 622 [10000]
855 929 67 341196 [500] 698 737 38 838 69 942 94
142117 219 301 95 765 143039 195 837 737 63 803
[3000] 144026 161 [500] 64 281 455 94 547 98 634 727
893 [1000] 145031 [500] 230 [500] 65 86 600 [500]
67 [500] 74 769 836 689 146016 244 366 62 95 601
314 914 53 147119 223 28 67 303 [500] 554 69 899
[3000] 746 [500] 801 148017 139 70 239 50000
347 73 87 427 86 802 [3000] 85 906 713 [500] 810
149088 185 [500] 262 72 314 520 30 49 83 782 93 812
42 921 [500]

150156 308 337 61 85 [3000] 400 42 69 760 67 82
[1000] 576 151909 312 456 628 624 707 896 152024
[300] 63 97 279 89 511 19 831 63 73 [1000] 905 85
153296 [3000] 55 409 21 526 [500] 678 780 905 40 49
154241 [500] 70 311 77 982 155068 144 321 60
[500] 550 610 751 925 [3000] 156947 382 94 [3000]
[500] 405 79 627 [500] 89 91 834 [500] 157033 280 302
65 904 16 72 830 63 158149 39 300 49 430 687 60
61 [500] 762 807 16 941 159167 375 510 635 757 72
[500] 870 90

160045 53 136 239 [1000] 341 407 65 62 541
161122 445 673 827 81 162004 105 223 47 302 529
[3000] 655 890 998 163014 104 63 74 81 296 3

Die Grosse Berliner Strassenbahn-Gesellschaft
hat uns den
Verkauf ihrer Marken
à **7.50 10.00 20.00** Mark
zu den
Strassenbahn-Abonnements
übertragen. — Der Verkauf erfolgt von
8 Uhr früh bis 9 Uhr abends
in allen unseren Geschäften, in der
Zeit vom 28. des laufenden Monats
bis zum 4. des kommenden Monats

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt 16/17 Belle Alliance-Strasse 1/2
Ecke Leipziger Str. Am Blücherplatz
Brunnen-Str. 19/21 Grosse Frankfurter Str. 113
Ecke Veteranen-Str. Ecke Andreas-Str.

Ausflüglern
empfehlen wir folgende
Spezial-Karten
der Umgebung Berlins.

Bernau-Biesenthal, Zante-See, und
Wandlitz-See 1 M.
Sulow u. Umgegend mit angehängtem
Führer 75 Pf.
Eberswalde und Umgegend
75 Pf. und 1 M.
Ortner und Umgegend 75 Pf.
Freienwalde-Fallenberg 75 Pf.
Freienwalde, Britz, Oberberg,
Probowitz 1 M.
Friedrichshagen, Köpenick, Grünau,
Schmöwitz 75 Pf.
Grünwald und westliche Vororte,
2, 3, 5 u. 8-farbig 25, 50, 75 Pf.
und 1 M.
Königsbrunnhausen und Umgegend
5-farbig 1,50 M.
Nördliche Vororte, Spandau, Tegel etc.
1 M.
Potsdam und Umgegend 75 Pf.
Potsdam und Berder 1 M.
Häckerbörger Anklamer, Umgegend
von Haldersdorf u. Ortner 75 Pf.
Spreewald mit praktischem Touristen-
führer 75 Pf.
Straussberg u. der Plamental 1 M.
Tegel und Umgegend 75 Pf.

erner empfehlen wir:
Wanderbuch für die Mark Brandenburg, 3 Bände. Zusammen 6,00 M.
I. Teil: Nördliche Umgegend Berlins, umfasst die Gegend von Potsdam, Spandau, Drammlenburg, Königsbrunnhausen 1,50 M.
II. Teil: Westliche Hälfte der Umgegend Berlins bis Brandenburg a. H., Stendal, Tangermünde, Neu-Ruppin, Neu-Strelitz 2,00 M.
III. Teil: Südliche Hälfte der Umgegend Berlins bis Eberswalde, Frankfurt a. O., Schwedt, Küstrin, Labden, Spreewald, Ruckau 2,50 M.
Diese Wanderbücher bieten prächtige Schilderungen der Mark, viele detaillierte Karten und Pläne und sind so dem Wanderer ein zuverlässiger Führer und Berater. 234/14

Buchhandlung Vorwärts,
Berlin SW. 68,
Lindenstr. 69, Laden.

•••••
Schriften, alle Goldsachen,
Wattmatten, Blattgold, Red-
gold kauft zu höchsten Preisen
Goldgeschäft Elsasserstr. 91
(Baden), 30312
•••••
Nähe Vorfigstraße.

Pereat



30 Pf. 2,25 M.
60 Pf. 4,00 M.
1,10 M. etc.

Pereat
gefehllich geschätzt, wirkungskräftigstes
Insektenpulver als
Bestes Mittel
zur vollständigen Vertilgung von
Schwaben
Fliegen, Motten, Mäuse, Ameisen,
Kakerlaken 30222

Wanzen etc.
Bekannt.
Nur echt in Originalboxen mit dem
Namen „Pereat“
Fritz Kratz, Droger,
Berlin N. 30,
Reinholdenstraße 70.

Filz- u. Seidenhüte.



Diese Façon 1,50 M.
Svestalut 3,50 M.
Beste Qualität 4,00 M.
Haarhüte von 5,00 M. an.
Strohüte von 35 Pf. an.

Schirme
Regenschirme, Sonnen-
schirme größte Auswahl
von 1,50 M. an

Krawatten
Wattein a. 90 Pf. an
Schleifen a. 15 Pf. an

Wäsche
Oberhemden, Kragen, Hand-
schellen, Seiw-
teure in bester
Qualität

Handschuhe, farbige Glacés,
Paar 1,50 M. 11

Gottmann,
Gr. Frankfurterstr. 130.

Nathan Wand
129 Stalinerstr. 129.
Die schönsten 31202

Herren - Sommer - Paletots
und Anzüge in neu
so wie speziell
Monats-Garderobe
von Kavaliereu getragene Sachen,
samt neu, für jede Figur passend,
speziell Bauchanzüge sind in
großer Auswahl stets zu staunend
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand
129 Stalinerstr. 129.
Eichbühnenstr. Rottbuser Tor.
Hüte auf Hausnummer zu sehen.

Carl Stier,

Berlin SO. Berlin W.
Oraniensstr. 166. Potsdamerstr. 118a.
Potsdam, Nauenerstr. 23.

Herren- und Knaben-Garderobe.

Prachtvolle Qualität. Beste Verarbeitung.

Vornehme Ausstattung.

Tadelloser Sitz. Schicke Façons. Moderne Muster.

Vollständiger Ersatz für Maßarbeit.

Sämtliche
Frühjahrs-Neuheiten

sind in größter Auswahl am Lager.

Jackett-Anzüge von
Buckskin
Cheviot oder Kammgarn, ge-
streift, kariert oder meliert,
deutsche od. engl. Fabrikate
17,50, 20, 22,50, 25,
30, 35, 40 bis 55 Mk.

Rock-Anzüge farbig ge-
mustert od.
schwarz 27, 33, 38, 43,
48 und 58 Mk.

Gebrock-Anzüge
marengo, farbig gemustert
oder schwarz 30, 36, 42,
48, 54, 60 und 66 Mk.

Frühjahrs-Paletots
von modernen Stoffen und
Farben, kariert, gestreift od.
meliert 18, 20, 25, 30,
35, 40, 45 u. 50 Mk.

Havelocks von wetter-
festem Loden,
olive, bräunlich, grün, ma-
rengo od. grau 8,50, 12,
15, 20, 22,50, 25, 30 u.
35 Mk.

Pelerinen von imprägnier-
tem Loden,
dunkelgrau od. olive, die
Länge beträgt je nach Größe
115-120 cm, 10,50 u. 12 Mk.
Pelerine mit Kapuze kostet
1,50 mehr.

**Haus-, Jagd- u. Sport-
Joppen** von Cheviot oder
Loden, grau, grün,
bräunlich od. mode 4,50, 6, 7,50, 9, 12, 15, 20, 25 Mk.
2931L

Herren-Hosen
von gestreiftem Buckskin, Cheviot oder Kammgarn
3,50, 4,50, 5, 6, 7, 8, 9 bis 18 Mk.

Herren-Westen
von hell-, mittel- oder dunkelfarbigem Fantasiestoffen,
entzückende Muster 2,50, 3,50, 4,50 bis 18 Mk.

Große Werten für extra starke Herren stets vorrätig.



Seiden-Hut-Fabrik v. Carl Renz

I. Geschäft: Berlin SO.,
Oraniensstr. 3.
II. Geschäft: Charlottenburg,
Kantstr. 134a.
Weiße Hüte v. 1,75 Mk. an
Stiefe Hüte 1,75 „ „

Großes Lager
in Mützen, Schirmen.
Großes Strohhutlager. • Reelle Bedienung.

Hüte. Verkauf zu mäßigen, streng festen Preisen Schirme.

Gegr. 1875 Gegr. 1875

Max Kaplan
1 Friedrichstraße 1.

Maß-Anfertigung in allen Preislagen und bekannter Güte.

Sommer-Paletots, neueste Muster M. 15, 16, 18, 20, 24 usw.

Sommer-Paletots, Seidenfutter, hervorragend elegante Ausführung M. 42

Jackett-Anzüge in allen Farben, neueste Fassons M. 20, 21, 22,50, 24, 25, 26 usw.

Entzückende Neuheiten
in **Knaben-Garderobe.**

Wäsche. Leichte Sommer-Jacketts 1⁰⁰ M. an Krawatten.
in Lustré, Alpaca usw. von .

Wir reparieren und bügeln jeden bei uns gekauften Gegenstand gratis.

Jeder Leser des Parteiorgans,
welcher Wert darauf legt, eine gut sitzende Bekleidung
zu tragen, muß seinen Bedarf zu Pfingsten im Spezial-Geschäft guter
Herren- u. Knaben-Bekleidung
Anfertigung feiner Herren-Moden nach Maß
Spezial-Abteilung:
Bekleidung für sämtliche Berufe
der Firma
Leske & Lehrer
78 Kottbuser Damm 78

decken. Wir können mit Recht behaupten, daß wir jeder Konkurrenz
die Spitze bieten können.

Unsere Grundsätze:

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.
Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.
Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
Wir verkaufen zu billigen aber streng festen Preisen.
Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit
Zahlen vermerkt.

Leske & Lehrer
78 Kottbuser Damm 78

Jeder Arbeiter muß unsere Leder-Hose „Eisen“ tragen 4,50 M.

Heute Sonnabend und Sonntag verabsolgen wir beim
Einkauf eines Anzuges oder Paletots eine elegante bunte
Weste gratis.

Wir bitten genau auf unsere Firma zu achten.

Wir reparieren und bügeln jeden bei uns gekauften Gegenstand gratis.

Fünfter deutscher Gewerkschafts-Kongress.

85 In, 26. Mal. (Privatbesprechung des „Vorwärts“.)

Sonntagsbesprechung.

Fünfter Verhandlungstag.

Zum Punkte Arbeits- oder Arbeiterkammern erhalten die Referenten das Schlusswort:

Umbreit: Ich behaupte außerordentlich, daß Quers Referat mit persönlichen Polemiken unangenehmster Art gegen mich durchgezogen war. Was hat denn diese Frage der gesetzlichen Arbeitervertretungen mit Radikalismus und Revisionismus zu tun. Ich lehne sie durchaus ab, mich in eine dieser bestimmten Schachteln stecken zu lassen, die man stets benutzt, wenn man unbedeutende Gegner tot machen will. Aber ich nehme noch immer für mich in Anspruch, wenn es gilt, Rechte für die Arbeiter zu verlangen, auf dem radikalsten Standpunkt gestanden zu haben. Was ist radikal für die Arbeitervertretungen, eine möglichst selbständige Form zu verlangen oder mehr Rechte für sie zu fordern, ihren Einfluß unzufügen in mehr Regierungsgewalt oder mehr Selbstverwaltungsfreiheit. Darum nannte ich die Forderung der Arbeiterkammern unsere mindeste, weil sie den schon bestehenden Arbeiterorganen der Meinungsbildung gleichsam den amtlichen Stempel aufgedrückt sehen will. Aber ich fordere darüber hinaus für paritätische Arbeiterkammern Rechte bei der Durchführung des Arbeiterschutzes, eine Reihe von direkt gewerbetreibenden Funktionen. Quers wollte schon der amtlichen Statistik der reinen Arbeiterkammern einen sehr großen Wert beilegen, weil die Bureaukraten die Gewerkschaftsstatistik nicht achteten. Aber werden sie, wenn man einmal diese Aversion gegen die Arbeiterstatistik festgestellt hat, mehr Wert auf die statistischen Arbeiten reiner Arbeiterkammern legen? Quers nannte es Illusion und Utopie, auf die Hebung der Schmarotzer in den Arbeiterkammern zu rechnen. Aber Gewerbeprüfungsausschüsse und Tarifämter haben gezeigt, daß die Arbeitgeber sehr wohl mit Arbeitern paritätisch zusammenarbeiten können. Voraussetzungen dafür ist allerdings ein direktes demokratisches Wahlrecht, das den Tölpeln und Stinnes nicht einen Punkt mehr Wahlrecht gibt, als dem kleinsten Arbeitgeber — genau wie das Wahlrecht, das zu den Gewerbeprüfungen tatsächlich besteht. Nur dann kann es zum Ausdruck kommen, daß eine große Zahl von Arbeitgebern sich viel besser mit ihren Arbeitern verständigen wird, als mit den Monopolisten von Kohlen und Eisen. Genau wie bei den Arbeitgebern lehne ich bei den Arbeitern jedes korporative Wahlrecht ab. Die Resolution Quers fordert von den reinen Arbeitervertretungen die Forderung der korporativen Arbeitsverträge. Das ist ein Widerspruch in sich. Sie stehen im Begriffe, mit der Forderung reiner Arbeiterkammern eine Forderung preiszugeben, die Sie seit Jahrzehnten vertreten haben, die Forderung der Organisation des Arbeiterschutzes. Aber noch mehr: Sie wollen den Stab brechen über eine Taktik, die die parlamentarische Arbeitervertretung seit Jahrzehnten verfolgt und programmatisch festgelegt hatte. Sei sich jeder einzelne der Genossen auch dieser Bedeutung seiner Abstimmung bewußt. (Bravo!)

Korreferent Quers: Die deutsche Arbeiterklasse hat sich leider mit dieser Frage der gesetzlichen Interessenvertretung noch recht wenig beschäftigt, somit wäre es unmöglich, daß Genosse Körten von der Einflußlosigkeit der Handelskammern spräche. Ich hoffe mit aller Bestimmtheit, daß die genauere Kenntnis des Materials mit der Zeit alle Gewerkschaftler, auch den aufrichtigen Genossen Umbreit, zum Anhänger der Arbeiterkammern machen wird. Körten nannte diese ganze Frage eine Doktorfrage. Wenn sie das wäre, so hätte ich mich unter keinen Umständen zum Referenten über diese Frage hergegeben. Das hätte ich den Doktoren überlassen. (Heiterkeit.) Aber es wäre wirklich nicht nötig, der Regierung noch das Argument zu liefern, als sei es den Arbeitern selbst noch nicht ernst mit der Verwirklichung dieser Forderung. Körten meinte, ich sei so sehr gegen alle Parität, weil mir der Vergarbeiterstreik noch schwer im Magen läge. Ich kann ihm versichern, daß ich einen sehr guten Magen habe; aber der Vergarbeiterstreik kam doch nur bestätigt, was ich über die gemeinsame Vertretung aller Arbeiter gesagt habe. Die Siebener-Kommission war eine reine Arbeitervertretung und wir haben stets sehr leicht verständigt. Unser Telegramm an den Reichskanzler steht mit unserer Interpellation durchaus auf einer Stufe. Besonders aber nimmt mich wunder, daß gerade die Metallarbeiter mit ihren Rühmehäusern an eine paritätische Tendenz in der Unternehmerklasse glauben. Wollen Sie wirklich diesen Vertretern des Unternehmertums, die mit allen Säulen gerieben sind, die weniger geschickten Arbeitervertretungen entgegenstellen? (Unruhe.) Daß Sie nicht in jede Arbeitskammer vollkommen ausgebildete Arbeitervertreter einschicken können, weiß doch jeder aus der Praxis. (Cohen-Kollonarbeiter: Ja nicht!) Ja, wir können doch nicht überall den Kollegen Cohen einschicken. (Große Heiterkeit.)

Kum zu Umbreit. In welche Adresse sich meine Vertretung doregen richtete, auf Grund irgend einer Neuherung jemand in die radikale oder Revisionistenrubrik einzuschicken, wird wohl jeder empfinden. Ich möchte in meinem Referat betonen, daß es sich nicht um eine prinzipielle sondern nur um eine rein praktische Frage handelt, damit jedenfalls nicht unsere Entscheidung als ein Projekt oder eine Demonstration gegen die Reichstagsfraktion angesehen werden könnte. Nicht aus Radikalismus fordere ich Arbeitervertretung, sondern einfach um der Gleichberechtigung der Arbeiter willen, die ihnen doch schon gewissermaßen in der Verfassung gewährleistet ist. Sie bilden hier eine reine Arbeiterkammer, die der Regierung und der Gesetzgebung nicht partiellisches Material zu unterbreiten hat, sondern einfach die Forderungen der Arbeiterklasse. Und da verziehe ich nicht, wie sich Umbreit gegen das korporative Wahlrecht sträuben kann. Den Unorganisierten das Wahlrecht geben, heißt Mittel gegen die Organisation schaffen. Jede Wahl Unorganisierten verleiht in der „paritätischen“ Kammer den Unternehmern das Übergewicht. Der Kampf gegen das korporative Wahlrecht ist ein Kampf gegen die Anerkennung der Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiter. Umbreit warf mir vor, daß ich mich auf den Beschluß der Hiss-Dunderschen für Arbeiterkammern besaßen hätte, der in Aufhebung gegen eine doktrinal veraltete harmoniedulde Vereinigung gefaßt sei, aber daß ich nichts von der entgegengesetzten Auffassung der Christlichen gesagt hätte. Aber die christlichen Arbeiterführer, die sich für paritätische Arbeiterkammern entschieden haben, täten das nur unter dem Einflusse höchst verdächtig bürgerlicher Sozialpolitik. Schließlich warnte Umbreit vor der Schaffung eines Gegensatzes zwischen der Fraktion und diesem Kongress. In der Fraktion, in der ein sehr erheblicher Teil der Kollegen für Arbeiterkammern eintrat, hat niemand diese Frage der Prinzipialität gehalten. In der Fraktion handelt es sich nur um die Frage der Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit, nur darum, was die Fraktion zu erreichen könnte. Wir aber wollen hier nur als Arbeitervertreter der Regierung und den Parteien unsere Ueberzeugung kundgeben, daß auch die Arbeiter das Recht auf eine reine Interessenvertretung haben und das Prinzip der bürgerlichen Gleichberechtigung nicht im Stich lassen wollen. (Lebhafte Beifall.)

Es folgt die namentliche Abstimmung. Für Arbeitskammern stimmen geschloffen die Delegierten der Bäcker, Handlungsgeschäften, Auslieferungsbetriebe, des Metallarbeiter-Verbandes, der Sattler und der Büchsenmacher; außerdem die Mehrheit der Delegierten der Schmiebe und Winderleiten unter den Vergarbeitern (1), Wildbauer (1), Buchbinder (1), Buchdrucker (1), Fabrikarbeiter (2), Formstecher (1), Gasenarbeiter (1), Maurer (3), Schuhmacher (3), Schlosser (1), Textilarbeiter (6) und Zimmerer (1). Diese 48 Delegierten vertreten 379 431 Mitglieder. Für Arbeiterkammern entschieden sich die übrigen Delegierten (151), sie vertreten 771 663 Mitglieder, also die Mehrheit. Der Gewerkschafts-

Kongress hat sich also für Arbeiterkammern entschieden. Den beiden Referenten Umbreit und Quers wird aufgegeben, auf Grund dieser Entscheidung eine Resolution auszuarbeiten. Der Kongress nimmt hierauf die reaktionell etwas geänderte Resolution über Gewerkschaften und Gewerkschaften mit dem Zusatzantrag der Glaser und Transportarbeiter gegen zehn bis fünfzehn Stimmen (v. Ein und andere) an. Der nächste Punkt der Tagesordnung ist die Stellung der Gewerkschaften zum Generalstreik.

Referent ist Reichstags-Abgeordneter Bömelburg: Das Thema ist im Auslande häufiger erörtert worden, als in Deutschland, aber auch bei uns ist seit dem vorigen Jahre darin eine Veränderung eingetreten. Die Frage des Generalstreiks, des politischen Massenstreiks, wird nicht bloß in der Presse und in Versammlungen erörtert, auch der letzte sozialdemokratische Parteitag hat ihm einige Stunden gewidmet und es ist dem Parteivorstand überlassen worden, ihn auf die Tagesordnung eines Parteitages zu setzen. Soweit ich die Stimmung in der Parteileitung kenne, wird sich der Parteitag in den nächsten Jahren mit der Sache nicht befassen. Ob aber die sozialdemokratische Partei einer erneuten Erörterung der Frage aus dem Wege gehen könne, möchte ich sehr bezweifeln und es wäre eine Unterlassungsblende, wenn die Gewerkschaften nicht ihrerseits Stellung nehmen wollten, sonst laufen sie Gefahr, wenn sie heute nicht sprechen, sich Beschläffen fügen zu müssen, die an anderen Orten gefaßt sind. Auf der Tagesordnung stände besser „Stellungnahme der Gewerkschaften zu politischen Massenstreiks“. Es gibt ja jetzt eine ganze Anzahl von Streikarten, die ich gar nicht alle nennen kann. (Heiterkeit.) Da gibt es die Auffassung der Anarchisten, die Auffassung des Genossen Friedeberg, die Auffassung der Holländer, der Franzosen, der Italiener, die Auffassung der internationalen Kongresse von Generalstreiks und alle unterscheiden sich untereinander. In neuester Zeit hat man die Bezeichnung politischer Massenstreiks aufgebracht, der nach der Ansicht der Erfinder dieses Wortes etwas anderes sein soll, als der Generalstreik. Ein Generalstreik wurde auch der Vergarbeiterstreik genannt. Dazu eine Bemerkung: Die deutschen Gewerkschaften haben alle Verantwortung, dem Unfug entgegenzutreten, der in der Arbeiterpresse, hier und da auch in Versammlungen sich breit macht. Wenn nämlich einmal ein Streik nicht mit einem unmittelbaren Erfolg endet, dann wird sofort von einer großen Niederlage geredet; ein größerer Unfug ist nicht zu denken. (Lebhafte Zustimmung.) Wie oft schon ist von solchen großen Niederlagen gesprochen worden. So 1890 und 1891, wo es schon hieß, die Gewerkschaften seien ohnmächtig im Kampf gegen den Kapitalismus. Wie oft aber sind ein Jahr nach einer solchen angeblichen Niederlage die Forderungen der Arbeiter bewilligt worden. Haben das die Arbeitgeber aus gutem Herzen getan? Nein, aber sie wollten nicht zum zweiten Mal einen solchen „Sieg“ gewinnen. Wenn der Vergarbeiterstreik zu nichts weiterem führte, als zu einer starken, finanziell gut fundierten Organisation, so ist das allein schon ein ganz gewaltiger Erfolg. (Lebhafte Zustimmung.) Und nun kommen Leute und sagen, jetzt ihr, so könnt ihr nichts erreichen, ihr müßt eine ganz andere Taktik einschlagen. Wenn die Arbeiter einer Gewerkschaft nicht folgen können, so sollen andere Arbeiterkategorien die gesamte Produktion lahm legen, um so auf die Unternehmer und die Staats- und Gemeindefürsorge und alle Kreise des Publikums einen starken moralischen und materiellen Druck auszuüben. Aber sollten z. B. beim Vergarbeiterstreik die Solidaritätsstreiks wirken, so hätten nicht nur alle deutschen Vergarbeiter, sondern auch die belgischen, englischen und russischen Vergarbeiter in den Streik treten müssen. Hätte das wohl die Chancen des Ausstandes verbessert? Diese Beispiele für derartige umfassende Sympathiestreiks haben wir nicht. In Spanien soll einmal zur Unterstützung eines Vergarbeiterstreiks die Arbeiterchaft eines ganzen Ortes in den Ausstand getreten sein und binnen wenigen Tagen gesiegt haben. Derartige „Siege“ haben wir in Deutschland auch bei Forderungen Unorganisierter gehabt. Aber dann fragt es sich noch, ob bei den viel schärferen Klassenverhältnissen in Deutschland durch solche Sympathiestreiks die Kämpfe nicht noch viel schärfer werden würden. In ihrem „Generalstreik“ laborieren die Glasarbeiter noch heute und wahrscheinlich noch ein Jahrzehnt. Die meist betroffenen Maschinenarbeiter sind noch heute fast vollkommen der Organisation verloschen. Gemiß ruft die Arbeiterchaft im Kampfe, wenn sie nicht anders mehr siegen kann, nach allen Seiten um Hilfe. Aber der ihnen predigt, daß diese Hilfe durch Sympathiestreiks möglich ist, der versteht nichts vom praktischen Leben oder glaubt an den anarchischen Generalstreik, der die soziale Frage im Handumdrehen lösen soll. Wie erklärte aus diesem Gedankengange heraus der Vorsitzende der holländischen Gewerkschaften, seine Organisation sei viel besser als unsere, denn sie sei klein, aber bestehe aus freien Persönlichkeiten und zielbewußten Genossen, die einst alle anderen mit sich fortziehen könnten. So ist in den letzten Tagen den Redaktionen ein Buch zugegangen „Der soziale Generalstreik“ von Reinhold Koller. Da wird das anarchische Rezept des Generalstreiks auseinandergesetzt: „Erst streiken die Eisenbahnarbeiter“. Ich bezweifle, daß die deutschen Eisenbahner die ersten zum Generalstreik sein werden. Danach die Vergarbeiter. Die gehen Väter und Fleischer nach sich. Dann läßt der Generalstreik zum ersten Male die herrschende Klasse das entsetzliche Gespenst des Hungers verstehen und fühlen.“ (Große Heiterkeit.) Nun ist es ja erheblich leichter mit dem Produzenten aufzuhören als mit dem Konsumieren. (Heiterkeit.) Aber Koller löst die Frage, die bisher nur die Bourgeoisie beantwortet konnte, konsumieren ohne zu produzieren. (Heiterkeit.) Die Väter- und Fleischerläden werden geplündert.“ (Heiterkeit.) Wenn man daneben noch ein paar Telegraphendrähte abschneidet und Eisenbahnlinien aufreißt, so müssen sich die Truppen in kleine Gruppen auflösen, werden machtlos und... das Proletariat hat gesiegt — die soziale Frage ist gelöst. (Stürmische Heiterkeit.) Da wundere ich mich nur, daß wir, die doch auch das ABC der Arbeiterbewegung gelernt haben, nicht längst schon die soziale Frage gelöst haben. (Heiterkeit.) Aber die Propaganda so unsinniger Ideen im Proletariat ist recht gefährlich, weil sie von dem langsam Vorwärtsschreiten ablenkt, mit dem wir allmählich das Ziel der Arbeiterbewegung erreichen. Deshalb bedauere ich, daß im Gegensatz zu den früheren Beschläffen der internationalen Kongresse von Zürich und London, der Amsterdamer Kongress den ausgedehnten Streik in einzelnen wichtigen Betriebszweigen als das äußerste Mittel anerkannt hat, um bedeutende wirtschaftliche Veränderungen herbeizuführen oder sich reaktionären Ansätzen auf die Volkseege zu widersetzen. Ich sehe darin nur eine sehr bedauerliche Konsequenz an den Generalstreik. Kaum irgend wo anders haben sich die Klassenverhältnisse so zugespitzt, als in Hamburg. Die Reaktion ist sehr stark und ich bin überzeugt, die Reaktion wird siegen, aber der politische Massenstreik würde nur dazu führen, daß die Senatsvorlage eine noch größere Majorität fände. (Zuruf: Und noch schneller angenommen würde. Zustimmung.) Genosse Biesenthal in Berlin rief ja den Massenstreik an, weil die Polizei das Streikpostenlegen hindere. (Stürmische Heiterkeit.) Dabei kämpft es sich doch viel billiger, wenn die Polizei ein bißchen dabei ist. (Heiterkeit.) Aber ist der politische Massenstreik im Ernstfalle ein neues Kampfmittel gegen politische Entrechtung? Die Taktik im Kampfe gegen die Reaktion läßt sich nicht jeweils voraus bestimmen, sondern richtet sich nach den jeweiligen Verhältnissen. (Sehr richtig.) Welche Mittel wir wählen, wenn in Zukunft die Reaktion versucht, die Volkseege zu beschneiden, können wir ruhig der Zukunft überlassen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Massenstreik scheint vielmehr ein äußeres zweifelhafte Kampfmittel zu sein. Demonstrationen durch Arbeitseinstellung, die im voraus auf 3 bis 4 Wochen bestimmt sind, werden dem Staate nicht wehe tun. Wenn wir etwas Ernsteres erreichen wollen, müssen wir wirklich zu etwas ernsteren

Mitteln greifen. Wir sollen das Vaterland vor eine öffentliche Kalamität stellen, aber die Eisenbahner werden nicht so leicht streiken und bei jeder anderen Arbeiterkategorie mühte der Streik 4 bis 5 Wochen dauern, um die Vorräte zu erschöpfen. Und wer weiß, ob die Indifferenten und Andersorganisierten uns erlauben, den ganzen Produktionszweig still zu legen. Jedenfalls könnte ein so langer Streik nicht ohne Unterstützungen durchgeführt werden. Selbst wenn wir siegen, hätten wir uns in diesen Kämpfen so verausgabt, daß die Unternehmer leicht mit uns abrechnen könnten. Unterliegen wir aber, so wäre das verloren gegangene Vertrauen in langen Jahren nicht wieder herzustellen. Die bisherigen Massenstreiks haben auch keinen dauernden Erfolg gehabt. In Italien haben die Arbeiter das wertlose Versprechen gewonnen, nicht mehr auf die Streikenden schießen zu lassen, aber das Koalitionsrecht der Eisenbahner ist verloren. In Schweden ist man sich über eine erneute Probe auf den Generalstreik keineswegs einig und die Resultate in Belgien und Holland sind auch nicht gerade ermutigend. Das sind Argumente, die gegen die Anwendung des Streiks überhaupt sprechen. Aber wir haben keine Veranlassung heute zu sagen, daß er nie angewendet werden dürfe. Die Entscheidung über eine solche Frage gibt man am besten auf. (Lebhafte Zustimmung.) Die fast jeden Tag des Meiners bis zum Schluß begleiten. Wir können über den politischen Massenstreik wohl diskutieren, aber wir müssen uns ernsthaft überlegen, ob wir ihn anwenden. Welche ungeheueren Mühe, welche ungeheueren Opfer hat es gekostet, bis die deutsche Gewerkschaftsbewegung die jetzige hohe Stufe ihres Könnens und ihrer Macht erreichte; sie ist die Frucht mühsamer Arbeit von drei bis vier Jahrzehnten. Zum Weiterstreben bedürfen wir der Ruhe. Aber da legen sich die Literaten hin und schreiben und schreiben. Der Ede Stein ist weis einmal nicht, wie weit er nach rechts gehen soll und dann spielt er sich plötzlich wieder auf den Radikalen hinaus. Mögen die Literaten tun, was sie wollen, einen Dienst erweisen sie der Arbeiterchaft nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Wo hat denn der Genosse Friedeberg seine praktischen Erfahrungen in der Arbeiterbewegung her? (Sehr gut!) Er redet von der Anwendung des politischen Massenstreiks und versteht nichts von der praktischen Arbeiterbewegung. (Sehr wahr!) Aber man fragt, was wir anfangen sollen, wenn wir kein Wahlrecht mehr hätten? Wie werden dann im Kampf die Mittel anwenden, die wir für jetztgemäß betrachten und wenn uns die Reaktionen trotzdem das Wahlrecht nehmen, glauben Sie, daß wir da am Ende unseres Latein sind? (Lebhafte Zurufe: Nein, noch lange nicht.) Und wenn man uns auch noch das Koalitionsrecht nimmt, glauben Sie, wir wären dann am Ende unseres Latein. (Erneute Zurufe.) Heute hat das Gefühl in der Arbeiterchaft Burge, gefaßt, daß wir ungerecht behandelt werden. Wie wissen, was wir für Menschenrechte haben und keine Reaktion wird imstande sein, diesen Gedanken in der Bevölkerung auszuwurzeln. Wenn wir die Organisation stärken und ihre Mitglieder zu klaffenbenutzten überzeugungstreuen Genossen erziehen, können wir mit ruhigen Mute der Zukunft entgegensehen. Dann wird, wenn es heißt kämpfen, die Arbeiterchaft am Platze sein, sie wird siegen und das Ziel erreichen, das sie sich gesetzt hat. (Lebhafte, lang anhaltender Beifall.)

Ein Antrag Bloth, in der Resolution Bömelburgs den Absatz 3 zu streichen, der sich gegen die Propagierung des politischen Massenstreiks wendet, findet etwa nur 15 Stimmen Unterstützung. Die Unterstützung reicht nicht aus. (Lebhafte Zurufe bei der Mehrheit.)

In der Diskussion erzählt das Wort Limm-München: Die Frage des politischen Massenstreiks ist zu ernst, als daß man es bei Bömelburgs abweichender Meinung darüber mit den Schlagworten Revisionismus oder Radikalismus abtun könnte. Auch die Art, wie Bömelburg über die Literaten geurteilt hat (Zuruf: war sehr gut. Heiterkeit), kann ich nicht billigen. (Zuruf: Na, na!) In der Konsequenz war es die schärfste Kritik an Karl Marx und Friedrich Engels. (Sehr richtig!) und lebhafter Widerspruch. Zuruf: Ach, der ist ja längst tot.) und ein Appell an die Denkfähigkeit. (Sehr richtig!) bei der Wiederholung. So lange wir auf parlamentarischem und politischem Gebiete Ellenbogenfreiheit haben und vorwärts bringen können, haben wir nicht den mindesten Anlaß, an den Generalstreik zu denken und können alles der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung überlassen. Nach meiner Meinung kann es auch nichts schlimmeres geben, als bei jeder Kleinigkeit mit dem Generalstreik zu drohen. (Sehr richtig!) Solch untaffisches Propagieren ist politisch durchaus unklug. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben noch eine lange Reihe evolutionistischer Pfaffen zurückzulegen, ehe wir uns der politischen Macht bemächtigen können. Wir haben noch ungeheure Massen aufzuklären und sehen noch lange nicht an der Welt Ende. (Sehr wahr.) Wenn man sich sehr, wie die englische Gewerkschaftsbewegung kogniert aus Mangel an politischer Macht, so kann ich mich des Gedankens nicht erwehren, daß Sachsen, Hamburg und Lübeck auch in Deutschland die erste Etappe einer Entwicklung sind, die darauf hinauslaufen würde, auch in Deutschland die politische Bewegung der Arbeiterklasse zu unterdrücken und die gewerkschaftliche Bewegung allein zu stellen, damit die beiden großen Arme des Proletariats nicht mehr ineinander greifen können und da habe ich keinen solchen Zukunftsglauben, daß ich glaube, jeder werde in der verantwortungsvollen Stunde wissen, was er zu tun hat. Ich weiß aus Erfahrung, daß sich das anders abspielt, daß in der Stunde der Entscheidung auch ein allgemeiner Wirrwarr herrschen kann. Aber auch das Schicksallassen hat eine Grenze. Die deutsche Arbeiterchaft wird sich nicht russische Zustände aufhalten lassen. Deshalb kann ich nicht sagen, diskutiere die Frage des Generalstreiks nicht. Mit dem Absatz 3 ist die Resolution Bömelburgs für mich unmombar. (Vereinzelter Beifall.)

Präsidenten-Buchum hält die Äußerung des Referenten über die Literaten doch für berechtigt. Als er Liebrecht auf dem preußischen Parteitag habe sagen hören, man solle die Arbeiter auf die Schanze rufen, habe er sich gesagt, o mein lieber Mann, wenn du in der Schanze stehen und rufen wirst, dann möchte ich einmal sehen, wieviel Arbeiter dir da folgen werden. (Heiterkeit.) Einen Unterschied zwischen dem anarchischen Generalstreik und dem sozialpolitischen Massenstreik vermag ich nicht zu erkennen. Die Massenstreikpropagierer sagen, wir wollen in friedlichen Massenstreiks einige Tage lang der bürgerlichen Gesellschaft zeigen, daß sie ohne Arbeit nicht existieren könne. Das ist sehr richtig und das weiß die bürgerliche Gesellschaft. Sie weiß aber auch, daß die Arbeiter ohne Arbeit nicht leben können. (Sehr richtig!) Ein dreitägiger Generalstreik würde das Vaterland schwer schädigen, aber gerade diejenigen nicht treffen, die wir treffen wollen. Denken Sie an den Generalstreik der Vergarbeiter. Da hatten wir alles für uns, die Sympathie des ganzen Landes, und konnten nicht einmal dem Kohlenhändler etwas auf den Kopf geben. Ich befreite gar nicht, daß ein Generalstreik einmal kommen mag, aber ihn zu propagieren ist Generalunfug; es ist Generalunfug, den Glauben zu verbreiten, als könnten wir durch dreitägige Generalhungerkuren so etappenweise in den Zukunftsstaat hineinkommen. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Kloth (Wahlbinder): Ich wünschte, der Referent hätte etwas tiefer gefaßt. (Zuruf: Wie Du!) So hat er Belgien gar nicht erwähnt. (Widerpruch.) Und die Tatsache, daß das Wahlrecht doch die Folge des Generalstreiks der 90er Jahre ist. Wenn er von den Literaten nichts hält, solle er sich auch nicht auf den Literaten und Advolaten Turati berufen, der meines Wissens auch noch niemals einen Pieseglein in die Hand genommen hat. (Heiterkeit.) Auf der Vorlesung der Gewerkschaftsvorstände hat Bömelburg gesagt, wir kämen um die Erörterung nicht mehr herum, nachdem Kautsky und Frau Betkin in Bremen für den Generalstreik Propaganda gemacht hätten. Die Gewerkschaften können in der Tat am wesentlichen Bestande der bürgerlichen Gesellschaft nichts ändern. Vergessen wir aber nicht, welche Rolle jetzt in Ausland der Streik spielt. Aber der Referent hat eben den Fehler begangen, ungeschickliche Erfolge

... mit gewöhnlichem Maße zu messen. Alle seine Argumente lassen sich gegen jeden Streik anwenden. Die Dresd. „Vollstimm“ hat gemeint, wenn es in Hamburg zum Wahlrechtsstreik käme, könnte man doch einmal mit dem Generalstreik die Probe aufs Exempel machen. Ich halte es für vollkommen unangebracht, in einer einzelnen Stadt wie Hamburg oder auch in einem Lande wie Sachsen bei einem Wahlrechtsstreik zum Generalstreik zu greifen, weil er in so kleinen Wirtschaftsbereichen nicht seine volle Wirkung entfalten kann. Wenn es aber im Deutschen Reich wieder zu einer politischen Entrechtung kommen sollte wie unter dem Sozialistengesetz, dann werden die Arbeiter zu politischen Massenstreiks greifen müssen. Gegen Zustände wie in Russland müssen alle Mittel angewandt werden.

Reichstags-Abgeordneter Robert Schmidt: „Alle Mittel“, das ist bloß eine schöne Phrase. „Alle Mittel“ kann man nicht anwenden. Man hat zu prüfen und abzuwägen, ob ein Mittel erfolgreich ist. Dafür halte ich nun den politischen Massenstreik gegen die reaktionären Maßnahmen einer Regierung nicht. Alle Erfahrungen lehren, daß die Anwendung dieses Mittels nur die Reaktion stärkt, genau so wie die Anwendung der Gewalt. Man solle nicht immer das Schreckgespenst der Wahlfälschung an die Wand malen. Seien wir nicht so nervös und zimperlich. Schreien wir nicht immer, was wird kommen. Unsere Machtposition ist eine ganz andere als früher. Wir haben die Stärke, der Gefahr ruhig ins Auge zu schauen. (Lebhafte Zustimmung.) Nicht eindringlich genug kann der Arbeiterklasse die Gefahr des Massenstreiks vor Augen geführt werden. Es ist nichts anderes, als ihr die Schlinge um den Hals legen und der Bourgeoisie zugunsten: Nun zieht zu! (Lebhafte Beifall.) Die Mittagspause tritt ein.

Aus der Partei.

Der Parteitag in Jena wird nach einer im sozialdemokratischen Verein in Jena gemachten Mitteilung in der Woche vom 17. bis 24. September stattfinden.

Wolff, 26. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Bürgervertreterwahl wurden zwei Parteigenossen gewählt, so daß wir jetzt über drei Mandate verfügen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Zum Angehörigen gegen die Militärbehörde soll der Genosse R. Albert in seiner früheren Eigenschaft als verantwortlicher Redakteur der Magdeburgischen „Vollstimm“ aufgefordert haben und dafür wurde er mit 200 M. Geldstrafe belegt. Das Bezirkskommando in Magdeburg hatte bei Erfahrungsberichten angefragt, ob

... sie als Freiwillige nach Südwestafrika gehen wollten und darauf hatte Albert den Angefragten geraten, die Anfrage unbeantwortet zu lassen. Er hätte ihnen raten sollen, die Anfrage abzuweisen zu beantworten, dann wäre die fein gedrehte Falle nicht möglich gewesen.

Theater.

Deutsches Theater. Anzengruber-Spiele. „Der G'wissenswurm“. Bauernkomödie mit Gefang in vier Akten. — Der schweren Gewissensfrage des Meineidbauern hat Anzengruber hier mit gleicher Meisterschaft der Charakteristik eine Art Gewissenskomödie gegenübergestellt. Beide Bauern, der grobe und der kleine Sander, stehen unter dem beherrschenden Einfluß pfäffisch-katholischer Erziehung; was sie in Schule und Kirche vom lieben Gott, seinem Himmelslohn, seinem Hegefeuer und Höllenstrafen gehört haben — gilt ihnen ein für allemal als selbstverständliche, handfeste Wahrheit. Aber wenn beim Meineidbauern sich die Gewissensangst auf bloße Furcht vor der jenseitigen Vergeltung reduziert, eine Furcht, die ihrem Wesen nach durchaus so egoistisch ist, wie die Begierde, die ihn zum Meineid trieb und ihn an dem gestohlenen Gute festhalten heißt, offenbart sich in den Gewissensnöten des alten, durch einen Schlaganfall eingeschüchterten Grillhofer außer dieser Furcht auch ein Untergrund menschlich guter Regungen. Er beschönigt nicht die Schuld, daß er vor Jahren auf seinem Hofe eine Wadl verführte und sie schulplos weiterziehen ließ; es tut ihm ehrlich leid; von Herzen möchte er das Unglück, das leibliche und seelische, in das er, wie er sich hartnäckig hypochondrisch ausmalt, sie getrieben, wieder gut machen. Dieser Zug verleiht mit seiner urteilslosen blinden Frömmerei, die der erblickende Dusterer, ein gleichfalls meisterlich gezeichnete bäuerlicher Charakter, listig auszunutzen sucht. Man muß dem Alten gut sein und freut sich selbst noch an der etwas gewaltsamen Komödienführung, die ihn just im Augenblick tiefer Verzweiflung in der reizenden Horlacherles sein uneheliches Kind wiederfinden und ihn in der Liebe für sie zu neuem Lebensmut ermahnen läßt. Ganz volksspielmäßig naiv wird Dusterer, der schlechte Kerl, mit derbem Spotte heimgeschickt und das Mädel, ein echtes Anzengruberblut, jubelt, ähnlich der Bronni am Schluß des „Meineidbauern“, wie schön es auf der Welt bestellt sei: „Der Herrgott hat's Leben — zum Freudigsein geb'n — Und was wir oft schlecht — Er macht's do noch recht.“

Martinelli, der in der Rolle des Meineidbauern nicht sonderlich gewirkt hatte — es fehlte ihm die Macht und Kraft fanatisierter Leidenschaft — war in der Komödienfigur des Dusterer ganz vorzüglich. Hier paßte seine dämpfende diskrete Art

des Spiels. Er wirkte, selbst was beim Lesen hier und da von der Gestalt outriert anmutet, mit dem Schein vollkommener Natürlichkeit wiederzugeben. Ein verfeinertes Vergnügungsschauspiel aus den kleinen bürgerlichen Kreisen, den wein-geröteten mageren Backen und gab, in seinem Einklang mit der Stimmung des Stückes, dem Gallumstreichchen noch einen Stich ins Eulenspiegelmäßig-Humoristische. Köstlich brachte er in dieser Art die detaillierten Höllen-Schilderungen heraus. Ebenbürtig stand ihm Billy Thaler als Grillhofer-Bauer zur Seite, und Hansi Riese war wieder unvergleichlich. Der sprühende Lebermut ihrer Horlacherles hätte noch ganz andere Melancholiker als den alten Grillhofer zur Lebensfreude befehlen können. Leider kam in der Gesamtdarstellung der vierte Akt, die Begegnung des Bauern mit der „armen Verführten“, aus der ein unausstehlich zankfüchtiges, hochmütiges Bauernweib geworden, nicht recht zur Geltung. Das Reizen war so ausdruckslos, daß man den Sinn, die feine Ironie der Szene kaum mehr spürte. Souff griff in dem Ensemble alles sehr glücklich ineinander. — dt.

Eingegangene Druckschriften.

„Kommunale Praxis“, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber Dr. Albert Schädelum. Die Artikel der jetzt ausgegebenen Nummer 10 der „Kommunale Praxis“ beschäftigen sich vorwiegend mit den städtischen Beamten- und Arbeiterfragen. Das vorliegende Material wird übersichtlich dargestellt und kritisch gewürdigt; es ist aber gerecht ist die Kritik, die Dr. Schädelum an der Arbeiterpolitik der Stadt Frankfurt übt. Der Notwendigkeit dieser Nummer ist ganz besonders reichhaltig und enthält zahlreiche Originalbeiträge aus den verschiedensten Gemeinden.

Die „Kommunale Praxis“ erscheint monatlich zweimal und kostet im Vierteljahre nur 2 M. Probeummern sind jederzeit kostenlos zu beziehen vom Verlage der „Kommunale Praxis“ Berlin W. 15.

„Der Städtebau“, Monatschrift für die künstlerische Ausgestaltung der Städte nach ihren wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sozialen Grundfragen. Verlag von Ernst Wachsmuth, Berlin W. 8. 2. Jahrgang, Heft 6, Juni. Preis des Jahrgangs 20 M. Das neue Heft enthält einen beachtenswerten Beitrag von G. Ube, Berlin: Stadt und Haus, Gartenkunst.

Professor Anton Wenger: Die neue Moralssysteme. Verlagsbuchhandlung Karl Korneger (Ernst Stämpel), Wien.

Marx Steiner: Die Rückständigkeit des modernen Freidenkertums. Eine kritische Untersuchung. 125 Seiten Groß-Oktav. Verlag von Ernst Hofmann u. Co. in Berlin W. 35. Preis 2/4 M.

Deutschlands Arme auf der Höhe der Zeit? Eine Studie für Deutschland Volk und Jugend von William Freimuth. Verlag Continent. (Abo Guimann), Berlin W. 50.

Zweiter Bericht des Arbeiter-Sekretariats und Gewerkschafts-Karrells Harburg (Elbe). Erstattet für das Geschäftsjahr 1904.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 27. Mai. Anfang 7 1/2 Uhr: Opernhaus, Romeo und Julia. Schauspielhaus, Wilhelm Tell. Anfang 7 Uhr. Neues Opernhaus, Jung-Heidelberg. Berliner, Die Sturmglocke. Wehlen, Der Rigeunerbaron. Nachmittags 3 Uhr: Symont. Anfang 8 Uhr: Deutsches, Der G'wissenswurm. Lessing, Die Frau vom Meer. Neues, Künstler. Thalia, Bekanntschaft. Hieraus: Die Bäder von Lucca. Residenz, Herzogin Crevette. Schiller O. (Wallner-Theater.) Der artesische Brunnen. Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schiller-Theater.) Die Logenbrüder.

Kleines, Salome. National, Frizzo. Zentral, Die kleinen Dämmer. Trianon, Ihr zweiter Mann. Lustspielhaus, Der Familien-tag. Belle-Milane, Liebesmönch. Carl Weiß, Der Freischütz. Reichshallen, Stettiner Sänger. Casino, Hotel Klingebusch. Perrinsfeld-Theater, Winter-Tymians-Sänger. Apollo, Am Hochzeitsabend. Spezialitäten. Wintergarten, Otto Reutter. Spezialitäten. Hoftheater, Spezialitäten. Metropol, Die Herren von Maxim. Urania, Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Der Simplon und sein Gebiet. Jubiläumsstraße 57/62, Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater. Ensemble-Gastspiel d. Lustspielhauses. Täglich: Der Familientag. Anfang 8 Uhr: Kleines Theater. Anfang 8 Uhr: Salome. Sonntag: Angela. Abschied vom Regiment. Montag: Salome.

Nene Königl. Oper (Kronl.). Jung-Heidelberg. Anf. 7 1/2 Uhr. Billetverk.: Kgl. Opernhaus, Schalter 2, Wertheim. Invalidentank und Abendkasse. Sonntag, den 28. Mai, nachm. 3 Uhr zu halben Preisen: Frühlingluft. Im Garten täglich: Großes Militär-Konzert.

Metropol-Theater. Der größte Erfolg der Saison! Zum 202. Male: Die Herren von Maxim. Große Ansstattungsposse mit Gesang und Ballett in 5 Bildern. Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Urania, Taubenstr. 48/49. 8 Uhr: Der Simplon und sein Gebiet. Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S ANOPTICUM. Friedrichstr. 105. Mlle. Vallée aus Paris, armlöse Faskünstlerin! Sig. Garcia, phänomenaler Schatten-Silhouettist! Lebende Photographien. Italien. Damenkapelle „Revell“.

WOLZOGEN-OPER REKLAME. Hieraus: DIE BÄDER VON LUCCA. Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater. Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr. Anf. nachm. Sonntag 3. Wahrsagt 5 Uhr. Auftreten der lebendigen phänomenalen 4 1/2 jährigen Sängerin und Schauspielerin Angelika Walter. Emmi Kröchert prolongiert. Oriona und das glänzende Mai-Prgr.

Apollo-Theater. 8 Uhr: Die Mai. Spezialitäten. 9 1/2 Uhr: Am Hochzeitsabend. Wulf von Paul Lincke mit Hona Sperr vom Königl. Schauspielhaus in Berlin a. G.

WINTERGARTEN Otto Reutter. Das Liserl vom Schillersee. The Griks, Akrobaten. La Wima, Sandmalerin. Woodbe Wonders, komische Akrobaten. O'Neil und Torp, amerikanische Excentrics. Leslie Bros, musikalische Excentrics. La belle Davies mit 2 Negerjungen. The Hartleys, Springer. The Heers, Drahtsilikonstl. Mlle. Lo, lebende Bilder. Romain Nolset, Kunststradfahrer. Biograph, Serienbilder.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater. Frankfurter-Allee 85. Das großartige neue Mai-Programm. 20 erstklassige Nummern. Täglich: Großer Ringkampf Parodie.

Schiller-Theater Friedrich-Wilhelm-Schiller-Theater. Sonnabend, abends 8 Uhr: Der artesische Brunnen. Hofe in 3 Abteilungen und 4 Aufzügen mit Gesängen und Tänzen von Gustav Harber. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Kabale und Liebe. Sonntag, abends 8 Uhr: Der artesische Brunnen. Montag, abends 8 Uhr: Der artesische Brunnen.

Max Kliems Sommer-Theater Hasenheide 13-15. Artistische Leitung: Paul Milbitz. Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung. Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag. Die Kaffeehäuser ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet. 2 hochgelegte Regelbühnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand etc. In den Sälen: Großer Ball.

Residenz-Theater. Dir.: Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Herzogin Crevette. Schwan in 1 Vorpiel u. 3 Akten von Georges Feydeau, Deutsch von Benno Jacobson.

Kasino-Theater Lothringerg. 37. Anf. täglich 8 Uhr. Schlussvorstellung Sonntag, den 28. Mai. Bis dahin auf Wunsch: Neu einstudiert Hotel Klingebusch. Vorher das brillante Mai-Programm. Sonntag nachmittags 4 Uhr: Gebrüder Zorn.

Trianon-Theater. Heute und folgende Tage: Ihr zweiter Mann. Anfang 8 Uhr. Carl Weiß-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. Gesamt-Gastsp. d. National-Theaters. Der Freischütz. Romantische Oper in 3 Akten von Fr. Lind. Anfang 8 Uhr. Morgen 8 Uhr: Undine. Montag: Die Fiedermaus. Dienstag: Undine. Mittwoch: Regimentsstochter. Im Sommergarten: Spezialitäten- und Theater-Vorstellung. — Anfang 5 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16. Extra-Elite-Vorstellung. Nora oder: Ein Puppenheim. Schauspiel in 3 Akten v. D. Ibsen. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Bei schönem Wetter: Vorstellung im Garten. Bernhard Rose-Theater. Gesundbrunnen, Badstraße 58. Große Extra-Benefit-Vorstellung für W. Neumann und E. Meesters. Gastspiel des Direktors Wilh. Richter vom Gebr. Richter-Theater. Lustige Friesacker. Große Hofe mit Gefang in 3 Akten von W. Richter. Außerdem das großartige Spezialitäten-Programm. Anfang 5 Uhr. Großer Sommerachts-Ball.

Schweizer-Garten. Am Königsfor. Am Friedrichshain. Straßenbahn Nr. 1, 2, 4, 17, 62, 63, 74. Von Sonntag, den 21. Mai, ab bis Pfingsten: Jeden Sonntag, Montag, Mittwoch und Donnerstag Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellungen sowie Ball und Volksbelustigungen. Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Gebrüder Herrfeld-Theater. Täglich die weltberühmten, einzig dastehenden 15 Winter-Tymians 15. Enormer Erfolg. Riesenbeifall. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr. Bedeutend ermäßigte Sommer-Entréepreise.

Otto Pritzkows Abnormitäten-Ausstellung Münzstr. 10. Täglich: Das neue Riesen-Prgr. Der 18jährige Rüstelkönig Fred Rollon. Das größte Wunder der Rusekulatur, zum erstenmal in Berlin. Mit Anita, total inkomplett Schönheit. Mizar Kaplans, der berühmte taubstumme Schneegöhrner. Erich v. Doener, der amüsante Bauerkünstler in neuest. Tracht. Riehn Hona, 455 Pfund schwer, schönste Dame, die je gelebt. Entree 20 Pf.

Etablissement Buggenhagen Moritzplatz. Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch. Der große Naturgarten ist geöffnet. Täglich: Streich-Konzert. Ricardo Munez.

POMPEJI täglich Concert 7, Vorstell 8 1/2 Uhr. KURFÜRSTENDAMM. Preis der Plätze von 50 Pf. bis 5 Mk.

Victoria-Brauerei Lützowstr. 111/112. Täglich: Horst's Sänger. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Greift zu!! dem Besten Monats-Anzüge u. Paletots v. 8,50 M. an. Abonnements-Anz. u. Pal. 9,50. Partie-Anz. u. Paletots, teils mit ummerbaren Fellein. 10,50. Kamm-Hos. od. Jacketts. 3.-. Gefragte Kleidungsstücke von soliden, Reisenden, aus den feinsten Werkstätten Deutschlands, teils von Dollegeranten, kolossal billig. 7/13. Bitte Zentral-Keller, Berlin, 35 Neanderstr. 35, Köpenickerstr. 3. Pfand v. Stadtbahn Jannowitzbrücke. Straßenbahnverbind.: 1, 2, 9, 11, 27, 28, 29, 30, 35, 36, 37, 41, 49, 50, 83, 84, 87, 98.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Unsere süßen Dienstmüdel. Beste von Weyl. Anf. Montag 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Zigarren! Billigste 3150 L. Bezugsquelle für Händler! Bell & Co. Rosenstr. 18, I.

Hüte Mützen Engros. Export. Einzelverkauf zu Fabrikspreisen. Herrenhüte von 1-3 M. Knabenhüte von 65 Pf. an. Hülfen von 3 M. an. Chapeau 4,50 M. an. Haarhüte 2,50 M. bis 5 M. Größtes Lager zu staunend billigen Preisen. 31382.

Albert Friedlaender, Landsbergerstr. 90, 1 Trepp. Hochwaldparzellen, 60jähr. Bäume, direkt Bahn, idyllisch, Angelegenheit, vert. bei kleiner An- und Abzahlung. Auszahlung sofort. Aug. Puchert im Vorort Dabendorf (Polld. Bahn). 32632.

Eine Mark wöchentl. Teilzahlung liefert elegante, fertige Herren-Moden. Ersah für Maharbeit. Anfertigung nach Maß. feinste Verarbeitung. Garantie tadelloser Sitz. Spezialgeschäft für Herren-Bekleidung. Kein Waren-Kreditthans. J. Kurzberg An der Jannowitzbrücke 1, I. Bahnhof Jannowitzbrücke.

Herren-Hüte v. 1,70 - 4,50. Zylinderhüte 4 - 12 Mark. Haarhüte 3-6. Strohhüte große Auswahl nur Waldemarstr. 44.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Möbelpolierer!

Wittwoch, den 31. Mai 1905, abends 8 Uhr, bei Kubat, Blumenstr. 38:

Sitzung der Branchen-Kommission.

Voranzeige: Sonntag, den 2. Juli 1905:
Billetts sind in der Zahlstelle von Kubat, Blumenstr. 38, Tschadisch, Rammstr. 6, Maack, Brunnstr. 95, Franke, Hornsdorferstr. 8, beim Kollegen G. Schulz, Hornsdorferstr. 57 und beim Kollegen A. Niese, Landsberger Allee 151 zu haben.
86/4

Der Obmann.

Bürstenmacher!

Die Bürstenfabrik von Schächter, Warschauerstr. 88, ist gesperrt.
Die Branchenkommission der Bürstenmacher. J. H. Schmalbach.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Dienstag, den 30. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1, Engel-Ufer Nr. 15:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Der paritätische Arbeitsnachweis. Referent: Kollege Berngardt
2. Diskussion.
Um vollständiges und pünktliches Erscheinen ersucht
24/3 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Album-Branche! Achtung!

Montag, den 29. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den „Zentral-Fest-Sälen“, Oranien-Strasse 180:
Branchen-Versammlung

sämtlicher in

Albumfabriken beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Beschlusfassung über unsere Lohnbewegung. 2. Branchen-Angelegenheiten und Verschiedenes.
Die wichtige Tages-Ordnung erfordert das vollständige Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen. Niemand darf am Montag fehlen!
Der Vertrauensmann.

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme am Seddinsee.
(Endstation der „Stern“-Dampfer.)
Hermann Peter. Telefon: Grünau No. 39.
Empfehle mein auserlesenes, herrlich am Wald und Wasser belegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
Einsparnung und Dampferstege, Regelmäßigkeit, große Kasseküche.
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Restaurant Leuchtturm, Tegelerort.

Direkt an der Havel und am Tegeler See gelegen. 30502*
Großer herrlicher Garten v. Wald und Wasser umgeben.
Schutzhallen. — Tanzsaal. — Kegelbahnen. — Spielplätze. — Ausspannung.
Kaffeeküche. — Dampferverbindungen nach allen Richtungen.
Für Vereine, Fabriken etc. zu Partien sehr geeignet.
Die herrliche Uferpromenade ist nur vom Leuchtturm halberbar. Von Tegeler mit den Holzischen Dampfern 15 Pf., Retourbilletts 25 Pf.
H. Wehrauch, Telefon: Ami Tegeler, Nr. 121

Billig!  Billig!
Brennabor
Hellas & Alright.
Teilzahlung gestattet.
Sulante Bedingungen. Rubedor
Billigt: Gloden 15 Pf., Laufgloden
25 Pf., Dreiecksche 50 Pf., Pedale 1 Pf.
Motorräder u. Zubehör, Guppen
von 1 Pf. an. 32662*

Karl Röper,
O., Petersburgerstraße 1,
Gde Frankfurter Allee.

Jeder Arbeiter,
jeder Handwerker,
welcher Wert darauf legt,
Hüte, Wäsche,
Krawatten, Trikotagen
gut u. billig zu kaufen,
bede seinen Bedarf nur bei der
Firma 32762*
New England,
Kottbuser Damm 78
und
Oranien-Strasse 162.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 34, Amt IV, 3353.

Montag, 29. Mai, abends 8 Uhr, im großen Saale von Louis Keller, Kopenstr. 29:
Allgem. Versammlung der Rohrleger und Helfer
Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: Wie soll unser neuer Tarif aussehen?

Da in dieser Versammlung allen Kollegen Gelegenheit gegeben wird, ihre Wünsche in bezug auf den neuen Tarif auszusprechen, so erwarten wir einen zahlreichen Besuch.
117/18

Montag, den 29. Mai 1905, abends 8 1/2 Uhr:

Klempner-Versammlung

in den „Andreas-Sälen“, Andreas-Strasse Nr. 21.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Dr. Heinrich Braun über:
„Eindrücke vom Kölner Gewerkschafts-Kongress“.
 2. Diskussion. 3. Erwählung zur Agitations-Kommission. 4. Verbands-Angelegenheiten.
- Das überaus wichtige und aktuelle Thema des Vortrages ist für jeden Kollegen so wichtig, daß das Erscheinen eines jeden unbedingt notwendig ist.
NB. In dieser Versammlung muß über die Biletts emgällig abgerechnet werden.

Zur besonderen Beachtung! Zur leichteren und einfacheren Erledigung unserer Bureaugeschäfte ersuchen wir unsere Mitglieder, jeden Wohnungswechsel unverzüglich unter Angabe der Cris- oder Hauptnummer schriftlich durch Postkarte dem Bureau mitzuteilen. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß Ersatzbücher für verlorene nur nach genauer Angabe der Cris- oder Hauptnummer, als auch wann und wo der Verlust seinen letzten Beitrag gezahlt hat, im Bureau gegen Zahlung von 20 Pf. ausgestellt werden können. Schriftliche Gesuche ohne Einleitung obiger Angaben und des Betrages werden nicht berücksichtigt. Die Ortsverwaltung.

Bitte ausschneiden!
Neu! Billigste Neu!
Dampfer-Sonder-Fahrten
Abfahrt Schillingbrücke.
Som 1. Pfingstfeiertag ab täglich außer Sonnabends nach:
Waltersdorfer Schleuse
Abfahrt morgens ca. 8 Uhr, nachmittags ca. 2 Uhr.
An Sonn- und Feiertagen hin- und zurück 1 Mark, einfache Tour 50 Pfennig.
Wochentags hin- und zurück 30 Pfennig.

Am 1. und 2. Pfingstfeiertag **Ruder-Regatta**
Extrafahrten nach Grünau zur
von morgens 8 Uhr ab ca. stündlich a. Berlin 50 Pfennig.
Gesellschaften, Vereinen, Schulen stehen meine Dampfer
unter kulanen Bedingungen zur Verfügung.
Rührers an der Station Schillingbrücke oder Nieder-Schönevelde. Tel. Nr. 14.
2000b **Robert Tismer.**

S. Piket
jetzt nur: 44 Prinzenstraße 44
Laden u. I. Etage 30592*
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in
Monats-Garderobe
sowie neuer Garderobe zu bekannten billigen Preisen.
Sommer-Paletots von M. 7,00 an.
Anzüge von M. 8,00 an. Hosen von M. 2,00 an.
Bitte genau auf No. 44, Laden, zu achten!

Dankagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und die reichen Blumenpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes nebst Kindern sage allen Freunden und Bekannten herzlichsten Dank.
W. Else Kaz geb. Schöndorff
nebst Eltern und Geschwister.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für 28/10,
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4

Reste
Damentuche, schwarz u. farb.
Costumes-Stoffe, neueste
Kammgarne (Muster
Staubmütel-Stoffe
Corkscrew
Sammet, Plüsch 2285L*
Confection
Jaquett, Deilmann
Staubmütel, Costumes
Costum-Röcke, Blousen.
**C. Pelz, Kottbuser
Straße 4.**

Restaurant „Waldschänke“.
Station Stolpe an der Nordbahn.
Empfehle meinen werten Genossen
mein herrlich im Walde gelegenes
Restaurant. Jeden Sonntag freier
Lanz. Vergehe auch Sonntags meinen
Saal an Vereine und Gesellschaften.
Fernsprecheramt Birkenwerder Nr. 16.
19976* **H. Gädicke.**

Julius Jacobsohn
Meta Glas
Verlobte. 8287L
Sozialdemokrat. Wahlverein
i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis
(Süd-Ost).
Den Mitgliedern hiermit zur
Kenntnis, daß unser Genosse, der
Rahbarerbilder
Wilhelm Besselin,
(wohnt bei Kiegnitzerstr. 16, Stadt-
bezirk 113A) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 28. d. M., um 3 1/2 Uhr
von der Leichenhalle des Emmaus-
Kirchhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Verband der Maschinisten und
Heizer sowie Berufsgenossen
Deutschlands.**
Verwaltungsstelle Berlin u. Umg.
Todes-Anzeige.
Am Donnerstag, 25. d. M.,
verstarb das Mitglied Kollege
Franz Nietzschmann.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 28. d. M., mittags
12 Uhr, von der Leichenhalle des
Samariter-Kirchhofes in Hohen-
Schönhausen, Berlinstr. 33/34,
aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
138/15 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Freien Gast- und
Schankwirte Deutschlands.**
Zahlstelle Stralau-Rummelsburg.
Todes-Anzeige.
Die Frau unseres Mitgliedes
Max Worlitzer, Gürtelstr. 34,
Klara Worlitzer
geb. Hauptmann
verstarb am 24. d. M. nach
schweren Leiden.
Die Beerdigung findet Sonnt-
tag, den 28. d. M., nachm. 4 Uhr,
von der Leichenhalle des Licht-
berger Friedhofes am Krugtag
aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Am Mittwochvormittag 11 1/2 Uhr
verstarb nach langen geduligten
Leiden meine inniggeliebte Frau,
unsere gute Mutter
Klara Worlitzer
geb. Hauptmann.
Die Beerdigung erfolgt am
Sonntag, den 28. Mai, nachm.
4 Uhr von der Leichenhalle des
Lichtenberger Gemeinde-Friedhofes,
Krugtag, aus.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Max Worlitzer
19065 nebst Kindern.

**Zentralverband der Töpfer
Deutschlands.** Filiale
Berlin.
Todes-Anzeige.
Am 23. Mai verstarb plötzlich
unser Mitglied
Willi Stein.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 27. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, auf dem Razareth-
Kirchhof, Reinickendorf, Berliner-
straße, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
196/2 Der Vorstand.

Stöcklich und unerwartet ent-
schied am 22. Mai unser lieber
Sohn, Bruder und Schwager, der
Geschäftsführer 2911B
Arthur Marfer
im 39. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 27. d. M., nach-
mittags 5 1/2 Uhr, von der Halle
des alten Jullien-Kirchhofes in der
Bergmannstraße aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Karl Marfer.

Köpenick.
Den Mitgliedern des Frauen-
u. Mädchen-Bildungsvereins
zur Nachricht, daß unser treues
Mitglied, Fräulein
Johanna Esser
nach kurzem Leiden verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 28. d. M., nach-
mittags 3 Uhr, vom Trauerhanje
(Machstraße) aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
289/19 Der Vorstand.

Dankagung.
Allen Firmen, Kollegen, Freunden,
Bekanntem für die reichen Kranz-
penden am Grabe meines lieben
Mannes herzlichsten Dank. 32852
Frau Witwe Kramer nebst Kindern.

Allen Zigaretten-Rauchern
zur gefl. Beachtung, dass durch die seitens des Arbeitgeber-Verbandes beab-
sichtigte Arbeitersperrung **unser Betrieb nicht berührt** wird, da **wir diesem**
Verbande nicht angehören, sondern die
Forderungen unserer Arbeiterschaft
sofort voll und ganz bewilligt haben!
Gebr. Selowsky, Zigarettenfabr., Dresden.

Unsere bekannten Spezialmarken sind:
≡ Zenith – Bolero – Hâkim. ≡

Sommer-Paletots	von 18 M. an.	Paletots nach Maß	von 35 M. an.
Sommer-Joppen	von 6 „ „	Anzüge nach Maß	von 38 „ „
Jackett-Anzüge	von 17 ⁵⁰ „ „	Hosen nach Maß	von 10 „ „
Rock- u. Gehrockanzüge	von 25 „ „	Knaben-Anzüge	in größter Auswahl.

M. Schulmeister
Schneidermeister
Am Kottbuser Tor, **Dresdenerstr. 4.** Ecke Adalbertstr.
26832*

Streng feste Preise.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 30. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, in der Bodbrauerei, Tempelhofer Berg, statt. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Dritter Wahlkreis Süd-Ost. Für die Mitglieder des Wahlvereins findet am Himmelfahrtstage eine Hauptversammlung in der Schönebeide, Sabowa, Pferdebrücke, Friedrichshagen statt. Treffpunkt früh 7 Uhr vor dem Schlesischen Tor (Dragenburg). Für Nachzügler 9 Uhr Waldhänke in Niederschöneweide. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Fünfter Wahlkreis. Sonntag früh 1/8 Uhr findet für die Expedition im fünften Kreise eine umfangreiche Flugblattverbreitung statt. Sie erfolgt von folgenden Stellen aus: I. Abteilung: Rausch, Wilsstr. 12. II. Abteilung: Passole, Linienstr. 3a, und Pörschke, Georgenkirchstr. 14. III. Abteilung: Andrich, Hirtenstr. 10. IV. Abteilung: Pfeffer, Rosenthalerstr. 57. V. Abteilung: Wirth, Auguststr. 51. VI. Abteilung: Wittchow, Eißenerstr. 68, Ecke Kleine Hamburgerstraße. VII. Abteilung: Weier, Luisenstr. 28. Die Genossen sind verpflichtet, Mann für Mann und recht pünktlich anzutreten, damit die Verbreitung sich rasch erledigt. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Lesehallen.

Eine öffentliche Lesehalle soll ein Erfrischungsräum für den Geist sein und eine Nahrungsquelle, die frei und reich fließen muß, soll sie Labung bringen. Öffentliche Lesehallen sind für das Bildungstreben in den Volksmassen von großer Bedeutung. Wir haben elf städtische Lesehallen, sehr wenig für das weit ausgedehnte Berlin. Sie sind frei zugänglich für jedermann in den Abendstunden von 6-9 Uhr und Sonntags vormittag. Der Zutritt zum Lesesaal und Zeitschriften-Lesezimmer (letzteres Eingang Behrenstraße) der großen Bibliothek ist ebenfalls frei, aber mit einigen Umständen verknüpft. Es sind noch viele andere Lesehallen da, diese gehören bestimmten Vereinen und Gesellschaften oder sie sind nur gegen Eintrittsgeld geöffnet, wie z. B. die Akademische Lesehalle im Kastanienwaldchen. Einen prächtigen Lesesaal hat die Korporation der Kaufmannschaft in der Börse, Eingang Wolfgangstraße, und es ist unter Umständen für den einzelnen auch nicht schwierig, durch ein liberal gefittetes Mitglied der Korporation dort Eingang zu gewinnen und auch die Bibliothek benutzen zu dürfen, aber im allgemeinen ist dieser Lesesaal natürlich nur der Kaufmannschaft offen. — In der Kurstraße 22 befindet sich eine Lesehalle, wo nach der Ankündigung etwa tausend Zeitungen ausliegen; ein Eintrittsgeld von 10 Pf. wird erhoben. Die Räume sind etwas eng, und dadurch ist der Aufenthalt daselbst nicht sehr beaglich. — Ein dergleichen Bequemlichkeit, gutes Licht und gute Luft sind sehr notwendig in einer Lesehalle. — Eine vielbesuchte und von unseren Genossen bevorzugte Lesehalle, die der sozialdemokratische Stadtverordnete Neumann eingerichtet hat und (nebst Bibliothek) unterhält, befindet sich Alexandrinenstraße 26. Hier finden die Genossen ihre Parteipresse aus dem ganzen Deutschen Reich vertreten, daneben aber auch die Presse aller anderen Parteischattierungen, des Zentrums, der Konservativen, der Freisinnigen, der Rationalliberalen, der Anarchisten. Eine reichhaltige Nachschlagelbibliothek steht den Besuchern zur Verfügung; die Garderobe wird unentgeltlich in Verwahrung genommen. Zeitungen, Zeitschriften und Bücher sind vielen doch die liebste Gesellschaft, das lehrt ein Blick über die vielen eifrigen Leser. Jeder ist seiner Umgebung entrückt und lebt in einer Geisteswelt, die aufsteigt aus den schwarzen Leitern einer Schrift und ihn einspinnt. Kritisch legt sich hier die Stirn in Falten, schmunzelnd verklärt sich dort ein Gesicht, und je stiller es ringsum hergeht, desto lauter und lebhafter ist jeder mit seinem Gegenstande beschäftigt, desto kräftiger fließen die Gedankenströme.

An warmen, sonnigen Tagen ist der Besucher der Lesehallen weniger stark als gewöhnlich, und das ist natürlich. Wenn Mutter Natur ihr großes Buch aufschlägt, geht mit Frühlingsgrün und Blumen illustriert, da gibt es auch viel zu studieren.

Eine neue Taktik?

Ein Metallarbeiter schreibt uns: Donnerstag gegen Mittag ging ich vor der Maschinenfabrik von Kappeler u. Co. in der Pringelallee hin und her. Ich bin arbeitslos und meine Absicht war, bei einem in der Fabrik beschäftigten Kollegen, der Uhr zwölf zu Tisch ging, über die Aussicht, dort an der Redolberbank Beschäftigung zu finden, nähere Erklärungen einzuziehen und dann beim Meister um Arbeit anzusuchen. Während ich so auf den Kollegen wartete, kam ein Schumann mit der Aufforderung zu mir, nicht mehr hin und her zu gehen, da er keine Fensterparade dulde. Als ich mich nach dem Grunde dieses wunderlichen Verlangens erkundigte, deutete der Beamte an, daß die Modellkünstler der Fabrik streikten. Selbstverständlich erklärte ich dem Schumann, daß dieser Umstand mich in keiner Weise veranlassen könne, seinem Verlangen nachzukommen; die Folge war schließlich, daß ich nach der Revierwache gebracht wurde. Dort wurden meine Personalien festgestellt und ein Beamter fragte, ob ich ein Messer bei mir hätte. Da ich mit einem Taschenmesser aufwarten konnte, bejahte ich diese Frage. Mittlerweile erschien ein Polizeileutnant, dem der Schumann die Meldung machte, daß ich Streikposten gestanden habe. Ich überzeigte nun den Leutnant davon, daß ich arbeitsloser Metallarbeiter bin, worauf er die Antwort fand, er wisse wohl, daß auch andere Gewerkschaften für Streikende eintreten. Schließlich meinte er aber, daß er meine Angaben zwar nicht nachprüfen könne, doch wolle er mich glauben lassen und ich könne gehen. Ich ging nun in der Absicht, meinen Kollegen zu sprechen, zurück nach der Fabrik. Dort traf ich wieder einen Schumann auf der Straße, der mir mit der frohen Botschaft entgegenkam, daß ich nicht glauben dürfe, ohne Strafanzeige davon zu kommen, wenn auch der Leutnant mich entlassen hätte. Wenn ich mich weiter vor der Fabrik aufhielte, würde er mich von neuem festnehmen und dann müßte ich bis abends 7 Uhr auf der Wache bleiben. Ich ging nun, antwortete dem Schumann aber, daß ich mich über ihn beschweren würde.

Wir wollen den Metallarbeiter von seinem Vorsatz nicht abhalten, glauben aber, diese Mitteilung als einen Wechsel der politischen Taktik deuten zu müssen. Bisher war es zahlreichen Gerichtsurteilen zum Trotz bei der Polizei Brauch, jeden Streikposten von der Straße zu weisen. Wenn ein Schumann jetzt jemanden mit derselben Maßregel bedroht, wenn er in einer von ausständigen gesperrten Fabrik sich nach Beschäftigung umsehen will, dann können wir dies zwar auch nicht billigen, weil wir auf dem Standpunkt stehen, daß die Polizei sich in geordnete Ver-

hältnisse überhaupt nicht hineinmischen soll, doch empfinden wir immerhin solchen Frontwechsel als einen Akt ungleicher Gerechtigkeit. Keugierig sind wir allerdings, was die Unternehmer zu solcher Verhinderung an freiwilliger Arbeit sagen werden.

Die neue Polizei-Verordnung, betreffend die Sonntagsbeschäftigung in Eishandel, tritt mit dem morgigen Sonntag für den Landespolizei-Bezirk Berlin in Kraft. Es sind danach für Berlin, Charlottenburg und Nixdorf die Vormittagsstunden von 8 bis 10 Uhr, für Schöneberg von 6 bis 9 1/2 Uhr freigegeben; zur Versorgung der Kundschaft mit Roheis dürfen Arbeiter auf der Betriebsstätte (Depot, Eiselleu usw.) schon von 4 Uhr morgens ab beschäftigt werden. Für den Gewerbebetrieb der Eisfabriken sind die Stunden von 4 bis 10 Uhr (in Schöneberg bis 9 1/2 Uhr) vormittags freigegeben, das Ausfahren an die Kundschaft darf aber erst um 8 Uhr vormittags beginnen. Die Rückbeförderung der Eiswagen, das Ausspannen und Abrechnen usw. darf auch nach 10 Uhr noch erfolgen. Den an Sonntagen länger als fünf Stunden beschäftigten Gehälften usw. oder länger als drei Stunden beschäftigten Arbeitern muß aber jeder dritte Sonntag mit 86 Stunden oder jeder zweite Sonntag von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends freigegeben werden.

Die dekorierten Droschkenkutscher. Der Polizeipräsident hat den Droschkenkutschern, die bei dem auf dem sogenannten Concours hippique veranstalteten Droschken-Wettbewerb wegen ihrer guten Leistungen im Fahren und wegen des guten Zustandes ihres Gefährtes einen Preis erhalten haben, gestattet, die ihnen bei dieser Gelegenheit verliehenen Brustknighte im öffentlichen Fahrdienst zu tragen. — Diese Einrichtung sollte weiter ausgebaut werden, schon damit ordenslustige Kutscher, deren Sehnsucht nach nicht gestillt ist, in ihrem Ehrgeiz nicht etwa ihr Gewerbe an den Nagel hängen und den Droschkenkutschern Konkurrenz machen.

Die Große Berliner Straßenbahn hat den Verkauf von Wertmarken zu 7,50, 10 und 20 M. der Firma Jandorf u. Co. übertragen. Die Monatsmarken werden verkauft: Belle-Alliancestr. 1/2, Spittelmarkt 18/17, Gr. Franzfurterstr. 113, Brunnenstr. 19/21, und zwar nur in der Zeit vom 28. des laufenden bis zum 4. des folgenden Monats in der üblichen Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends.

Die Dampfschiffahrt-Gesellschaft „Stern“ bringt ihren Sommerfahrplan am Himmelfahrtstage, 1. Juni, zur Einführung. Von der Jannowbrücke in Berlin gehen dann werktäglich Dampfer nach der Obersee 12 1/2 Uhr und von 2 bis 6 1/2 Uhr halbtägig. Sonntags folgt von 8 1/2 Uhr morgens bis 8 Uhr abends alle halbe Stunden ein Dampfer, abgesehen von etwaigen Einlege-Dampfern. Die Dampfer um 8 1/2, 10 1/2, 12 1/2, 2 1/2, 4 1/2 und 6 1/2 Uhr haben in Köpenick Anschlag nach dem Müggelsee. Die eine halbe Stunde nach voll abgehenden Dampfer finden in Grünau unmittelbaren Anschlag nach Schmüdow. Vom Schlesischen Tor gehen die Dampfer eine Viertelstunde später. Die letzte Rückfahrt erfolgt werktäglich von Schmüdow 7 1/2 Uhr, Sonntags 9 1/2 Uhr, von Grünau werktäglich 8 1/2 Uhr, Sonntags 10 Uhr. Zwischen Friedrichshagen und Müggelsee auf dem Müggelsee verkehren Dampfer von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends, zurück von 9 1/2 Uhr bis 8 Uhr 10 Minuten, Sonntags bis 9 1/2 Uhr. Auf der Havel gehen werktäglich Dampfer von Spandau nach Potsdam 10 1/2, 12 1/2, 2 1/2, 4 1/2, 6 1/2 und 7 1/2 Uhr. Sonntags beginnt der Betrieb schon um 9 1/2 Uhr. Außerdem geht 8 1/2 Uhr noch ein Dampfer bis Wannsee. An Sonn- und Feiertagen geht auch um 9 Uhr morgens von der Weidendammer Brücke in Berlin, 9 Uhr 25 Minuten von Moabit, 9 Uhr 50 Minuten von der Schlossbrücke in Charlottenburg ein Dampfer nach Spandau und Potsdam. Auch zwischen Spandau und Schildhorn werden Sonntags weitere Dampfer eingelegt.

Der Bahnhof Zoologischer Garten erfährt jetzt wieder eine Erweiterung. Bei der Erhöhung der Bahnsteige ist auch die Abfahrts- und Ringbahn gegen Westen verlängert worden, um die längsten Züge unter Dach abfertigen zu können. Die Kernhöhe werden ebenfalls immer länger, so daß die Halle der Stadtbahnhöfe ebenfalls nicht mehr ausreicht. Die Verabreichung wird deshalb jetzt auf dem Fernbahnhofs des Zoologischen Gartens verlängert. Am dem östlichen Ende der Halle wird ein Schuttdach errichtet.

Eine Kindesmörderin?

Eine zerstückelte und verfohlte Kindesleiche wurde gestern in einem Hause der Französischenstraße entdeckt. Einer Heimmachefrau, die auf dem Boden zu tun hatte, fiel ein unaussehlicher Geruch auf, der aus einem bestimmten Verschlage zu kommen schien. Sie veranlaßte eine nähere Untersuchung dieses Verschlags und nun machte man einen graußigen Fund. In einem alten Reiseforb, der zuletzt zur Aufnahme von Papier- und anderen Abfällen gedient hatte, lag in einer blauen Schürze eingewickelt die Leiche eines neugeborenen Kindes. Der Kopf, die Arme und die Beine waren vom Kumpf getrennt, einige Teile, besonders der Kopf, stark angebrannt und zum Teil verfohl. Allen Anschein nach hat man es mit einem Morde zu tun. Die Mutter hat aber von der Verbrennung der kleinen Leiche wohl Abstand nehmen müssen, um sich nicht durch den Geruch zu verraten. Die von der Kriminalpolizei sofort eingeleiteten Nachforschungen ergaben, daß der Morb, der die Leichenteile enthielt, bis um Ostern herum auf dem Boden in der Nähe der Mädchenkammer einer in demselben Hause wohnenden Herrschaft gefunden hatte, dann war er plötzlich verschwunden. Niemand aber hatte sich um seinen Verbleib sonderlich gekümmert, weil er nicht viel wert war und auch nur wertlose Sachen enthielt. Die Mutter des Kindes hat wohl gehofft, einmal eine Gelegenheit zu finden, die eingehüllten Leichenteile wegzuschaffen, bevor sie einen allzu starken Verwesungsgeruch verbreiten, ist aber nicht dazu gekommen. Nach Aufnahme des Befundes durch die Kriminalkommission für besondere Vorkommnisse wurde die Leiche nach dem Schauhaus gebracht. Die Vernehmung der Hausbewohner, namentlich des Dienstepersonals der betreffenden Herrschaft, führte noch gestern zur Verhaftung des 21 Jahre alten aus Rariental gebürtigen Dienstmädchens Verta S. Auf diese fiel der Verdacht deshalb, weil sie bis zur Zeit des Verschwindens des Kindes den anderen Mädchen körperlich verändert vorgekommen war und über Schmerzen geklagt hatte, die mit einer solchen Veränderung verbunden zu sein pflegen. Die Verhaftete bekennt jede Schuld und leugnet, ein Kind geboren zu haben. Sie wird daher zunächst einer gründlichen ärztlichen Untersuchung unterzogen werden.

Verhätetes Eisenbahnunglück. Gestern früh um 2 Uhr 30 Minuten stieß nach einem Telegramm aus Minden (Westfalen) der Ruruszug 11 Köln-Berlin vor dem Bahnhof Wöhne auf fünf Kohlenwagen, die von einem Güterzuge abgerissen waren und auf dem Hauptgleis standen. Das Hindernis wurde trotz Redens vom Lokomotivführer des Ruruszuges so rechtzeitig bemerkt, daß er noch bremsen konnte. Der Anprall wurde so abgemildert, daß keine Verletzung von Reisenden und vom Zugpersonal erfolgte. Es wurden durch die Trümmer zunächst beide Gleise gesperrt. Um 5 Uhr 30 Minuten morgens war ein Gleis wieder geräumt. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Eingeschränkte Augenbuck. Den Schülern und Schülerinnen ist es von seiten der Schuldirektoren und Direktoren auf Veranlassung der vorgelegten Behörde untersagt worden, sich zu theatralischen, der Leitung der Schule entgegenstehenden Aufführungen vor einem großen Publikum zusammenzutun. In jeder Hinsicht an solchen Aufführungen ist die besondere Genehmigung des Direktors notwendig.

Die Kronprinzenhochzeit schenken sich auch Industrieller zu nütze zu machen. Zu einem Hochzeitsgeschenk für das Kronprinzenpaar veranstaltet gegenwärtig ein Schwinder eine Geldsammlung. Der etwa 25- bis 30jährige gut gekleidete Betrüger besucht hauptsächlich Geschäftsleute in Berlin und den Vororten, denen er Listen zu Beiträgen für ein Hochzeitsgeschenk für das Kronprinzenpaar unterbreitet. Auf den Listen sind Namen von Klug fälschlich mit Zeichnungen in Höhe bis zu 300 M. eingetragen. Der Gauner behauptet, im Auftrage eines Komitees, bald auf Wunsch des Hofmarschallamtes die Sammlungen vorzunehmen.

Wegen eines schweren Verbrechen ist der Messer Kämpel aus der Petersburgerstr. 64 verhaftet worden. Der verheiratete Mann, dessen Frau ebenso wie er in einer Wadbeanstalt beschäftigt ist, hat vier Kinder. Eins ist geisteschwach. Dieses und außerdem ein jetzt 31 Jahre altes geisteschwaches Mädchen hatte ihn die Stadt gegen Entgelt in Pflege gegeben. Für die Zeit, in der er und seine Frau in der Wadbeanstalt Dienst hatten, sah sich eine Pflegerin nach den beiden Geisteschwachen um. Leuten im Hause fiel nun das fremde Mädchen in der letzten Zeit auf. Sie erstatteten Anzeige und nun ergab sich, daß es die Folgen des Verkehrs mit Kämpel selbst waren, die sich an seiner Pflegebefohlenen bemerkbar machten. Der Verhaftete gestand im Laufe des Verhörs, das Mädchen schon seit zehn Jahren mißbraucht zu haben. Er wurde in Untersuchungshaft genommen.

Die geistliche Erbschaft. Rahrungsorgen haben den 10 Jahre alten Arbeiter Ernst Sprung aus der Prosauerstraße 12 in den Tod getrieben. Der Mann war früher Schlächter, konnte aber seit vier Jahren in seinem Berufe nicht mehr arbeiten, nachdem er infolge einer Erkältung auf dem rechten Auge das Licht fast ganz eingebüßt hatte. Seitdem beschäftigte er sich als Kohlenträger, während seine Frau nähte und die Hausreinigung besorgte. Nach Eintritt der wärmeren Jahreszeit aber hatte Sprung schon wochenlang nur noch halbe Tage Arbeit. Die Sorge um die Zukunft trieb ihn zur Verzweiflung. Während gestern nachmittag seine Frau auf dem Wäscheboden zu tun hatte und die beiden kleinen Kinder auf dem Hofe spielten, erhängte er sich an der Türklinke.

Einer der Paketmörder, die seit einiger Zeit die Bier- und Kaffeehäuser der Friedrichstadt unsicher machten, wurde gestern abend in der Person eines 24 Jahre alten Handlungsgehilfen August Wojanek aus der Hildesheimerstr. 8 festgenommen. Der junge Mann wollte aus dem Pilsenerbräu mit einem fremden Ueberzieher verführten. Als er sich mit einem Irrtum entschuldigte, wurde er aufgefordert, seinen eigenen zu zeigen. Nun behauptete er, der Ueberzieher gestohlen sein. Für diese Dreistigkeit wurde er der Polizei übergeben, die 15 Pfandschneide über verjagte Ueberzieher bei ihm fand. Zwölf Fälle gab er schließlich zu, jedenfalls sind es aber noch viel mehr. Der Verhaftete ist der Sohn eines achtbaren Beamten aus der Provinz.

Zeugen gesucht. Personen, welche gesehen haben, wie am Montag, den 13. März d. J., abends gegen 1/2 8 Uhr, am Alexanderplatz, in der Nähe der Prenzlauerstraße, ein junger Mann von der Straßenbahn überfahren wurde, werden gebeten, ihre Adresse bei G. Richter, Wagnersstr. 6, vorn parterre, abzugeben.

Feuerbericht. Nur wenig Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. Nach der Dresdenerstr. 55 wurde sie gerufen, weil dort im vierten Stock des Quergebäudes in einem Arbeitsraum der Berliner Stamm- und Haarschmuckfabrik von Thomas u. Cramer Feuer entstanden war. Die Gefahr konnte leicht beseitigt werden. — Garbinnen und Decken gingen dann in der Sebestianstr. 42 in einer Wohnung in Flammen auf. — Außerdem mußten noch abends in der Philippsstr. 5 und in der Jagowstr. 12 Kellerbrände abgelöscht werden. Allerlei Gerümpel und alter Hausrat wurde in beiden Fällen im wesentlichen eingeschert.

Vom National-Theater hieß es vor einiger Zeit bereits, daß es den Weg mancher hochstrebenden Kunst gehen und als Variété Richtung suchen wolle. Ob dieser nicht wünschenswerte Schritt früher oder später getan werden muß, wissen wir nicht; fast aber sah es danach aus, als ob ein gestern eröffnetes Gastspiel dem Operntheater so eine neue Aera einleiten sollte. Es trat nämlich der italienische Verwandlungsschauspieler Frizzo auf, ein erfolgreicher Konkurrent des bekannten Fregosi. Auch Herr Frizzo befaßt die schwierigsten Sachen, aber mit Kunst im höheren Sinne hat er nichts zu schaffen. Er will amüsieren, aber nicht erheben, ja nicht einmal Menschen auf die Bühne bringen, und muß sich daher zufrieden geben, wenn er in das achtungswürdige Völlein derer eingereiht wird, die am Trapez oder an wunderlichen Musikinstrumenten erstaunliche Fertigkeiten zeigen. Der Künstler will diese Rangstellung wohl auch kaum überschreiten, denn er regalierte in der gestrigen Vorstellung das Publikum mit einem Variété, dessen Kosten er ganz allein bestritt. Er war Variété, Chansonette, Geldbariton, musikalischer Clown, Zauberflüster, Mimiker, Darsteller von einem Tugend berühmter Komponisten, Serpentinanzängerin und sonst noch verchiedenes in einer Person. Alles in der Fiktion, daß das Personal eines Variétédirektors davongegangen sei und nun Freund Frizzo in seiner Vielseitigkeit dem Bedrängten aushelfe. In diesem Stile tritt der Künstler seiner Verdingung nach in hundert Rollen auf, in einem vorhergegangenen in achtzehn Rollen und immer mit einer Geschicklichkeit in Verkleidung und Stimmwechsel, die ans Wunderbare grenzt. — Um das National-Theater nicht ganz seiner ursprünglichen Bestimmung zu entziehen, wurde vor dem Gastspiel Suppés „Schöne Galathee“ aufgeführt. Selbstmitleidig unterhält das lustige Griechenland.

Theater. Im Deutschen Theater werden auf vielseitiges Verlangen am Sonntag, den 28. d. M. „Die Kreuzschreiber“ wiederholt. An diesem Abend spielt Herr Martelli den „Steinlocherhannes“, gleichzeitig ist dies das letzte Auftreten des genialen Künstlers. Montag, den 29., Dienstag, den 30. und Mittwoch, den 31. kommt der „Doppelselbstmord“ zur Aufführung. Herr Direktor Lautenburg beschließt die Waispiele am 1. Juni und zwar mit dem „Harrer von Kirchfeld“ mit Otto Sommerhoff in der Titelrolle und Frau Theresina Gehner als „Annet“, in welcher Rolle sich die Künstlerin von dem Berliner Publikum verabschiedet. — In dem Schwank „Die Logenbrüder“ von Karl Laus und Kurt Kraatz, der heute, Sonnabend, im Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater) zum erstenmal gegeben wird, sind die Damen Prod, Binger, Frey, Gräber, Wpde und die Herren Holthaus, Köstlin, Kirchner, Rembe, Senger, Trautsheld beschäftigt. „Die Logenbrüder“ werden am Sonntag abend auf der gleichen Bühne zum erstenmal wiederholt. — Im Neuen Theater beginnt heute, Sonnabend, das Ensemble-Gastspiel des Lustspielhauses mit der 178. Aufführung von Adelburgs „Der Familienstag“. — Im Lustspielhause gelangen heute, Sonnabend, und die folgenden Tage „Biederleute“ von Robert Miß zur Darstellung. — Karl Weh-Theater. Das Opern-Gastspiel des National-Theaters ist bis Mittwoch verlängert worden. Das Repertoire bis zu diesem Zeitpunkt ist folgendermaßen zusammengestellt: Sonnabend: „Der Jesuit“, Sonntag und Dienstag: „Madame“, Montag: „Die Fledermaus“, Mittwoch: „Die Tochter des Regiments“. — Heute findet im Zoologischen Garten das Wohltätigkeitsfest statt, welches der Verein zum Schutze der Kinder vor Ausnutzung und Mißhandlung zu seinen Gunsten veranstaltet. Billets a 75 Pf., Kassenpreis 1 M., sind in allen Bigarettenläden von Löfer u. Wolff zu haben. — Gegen das Urteil, das Bedelins Tragedie „Die Wähe der Pandora“ frei gab, hat die Staatsanwaltschaft Verurteilung eingelegt. Die nunmehr seit Jahresfrist konfiskierte Tragedie bleibt daher vorerst auch fernherhin verboten.

Der geschäftsführende Ausschuss zur Schillerfeier ersucht und bittet die Besitzer von Anzeigen auf Schillers Werke die Bücher bis Pfingsten bei der Geschäftsstelle, Lützowstraße 62, abholen müssen.

Trepow-Sternwarte. Auf dem Mars, der jetzt täglich den Besuchern der Trepow-Sternwarte gezeigt wird, sind im Riefen-Refektor die beiden sogenannten Eisblöcke am Nord- und Südpol des Mars, wie auch die Meeresflächen und sogenannten Kanäle deutlich sichtbar geworden. — Am Sonnabend, 8 1/2 Uhr abends, spricht Direktor Kruchenold über: „Altes und Neues vom Mars“. Am Sonntag, nachmittags 6 Uhr: „Ueber das Geheimnis des Wellenbaues“, um 7 Uhr: „Ueber die diesjährige Sichtbarkeit des Mars“ mit anschließender Beobachtung. Das Thema für den 9 Uhr-Vortrag am Montag lautet: „Unsere Erde und ihre Atmosphäre“.

An die Arbeiterinnen und Genossinnen Berlins.

Zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit sind vom Mai dieses Jahres ab zunächst vier städtische Fürsorgestellen — die ganze Stadt umfassend — für bestimmte abgegrenzte Bezirke eingerichtet worden, in denen bedürftige Mütter und Pflegerinnen von Säuglingen (Kinder des ersten Lebensjahres) sich unentgeltlich spezialärztlichen Rat über die Wartung und Ernährung der Säuglinge einholen können. Diese Fürsorgestellen befinden sich:

- Für den Norden: Wasserstraße 27,
- „ „ „ Osten: Blumenstraße 78,
- „ „ „ Südosten: Lützen-Platz 35,
- „ „ „ Nordwesten (Koblenz): Arminiusplatz, Parkstraße.

Die Sprechstunden sind von 2—3 Uhr nachmittags. Die ärztlichen Leiter dieser Fürsorgestellen, die renommirten Kinderärzte: Sanitätsrat Dr. Kuffel, Privatdozent Dr. Neumann, Dr. Salge und Dr. Wallin, werden in erster Linie darauf hinzuwirken suchen, daß die Mütter die Säuglinge selbst füttern. — Soweit es notwendig erscheint, kann bedürftigen, in Berlin ortsbekannteren Müttern, um ihnen das Stillen zu ermöglichen, auf Antrag des Arztes eine Beihülfe gewährt werden. — Ferner sind die ärztlichen Leiter der Fürsorgestellen ermächtigt, Müttern, die nicht stillen können, oder Pflegerinnen zubereitete Milch, oder andere Nährpräparate in der für den speziellen Fall geeigneten Menge und Zubereitung bis zur Dauer von acht Tagen unentgeltlich abzugeben. Und zwar soll die Milch, dem Zustande des Kindes angepaßt, in Portionsflaschen fertig zubereitet, den Müttern zugestellt werden, damit nicht erst durch vieles Säutieren in der engen, meist elenden Häuslichkeit Staub und andere schädliche Stoffe der Milch beigemengt werden.

Ueber den Zeitpunkt von acht Tagen hinaus soll eine derartige Abgabe der Regel nach nur gegen Erstattung des Selbstkostenpreises erfolgen. Ausnahmsweise darf in Berlin ortsbekannteren Müttern oder Pflegerinnen auf Antrag des Arztes der Bezug von Milch und Nährmitteln länger als acht Tage unter dem Selbstkostenpreise gewährt werden, wenn die Bedürftigkeit durch Organe der städtischen Verwaltung nachgewiesen ist. — Die Benutzung und die Gewährung der Nährmittel erfolgt nur so lange, wie der ärztliche Leiter dies nach dem Gesundheitszustande für notwendig erachtet und die Mütter sich der Kontrolle durch die Aufsichtsdamen — in erster Reihe die weiblichen Mitglieder der Gemeindevorstände — unterwerfen.

Ferner sollen, um die Not zu lindern, in welcher sich stillende Mütter besonders zur Zeit der Entlassung aus den Entbindungsanstalten häufig befinden, geeigneten Vereinen Zuschüsse zum Pflegegeld gewährt werden, bei Anfallspflege oder bei Unterbringung in Familien. —

Die Fürsorge-Einrichtungen sind keine Armenunterstützung, sondern ein Recht, welches jede bedürftige Mutter in Anspruch nehmen soll. Den Müttern dieser Frauen, wie den Vätern dieser Säuglinge können hierdurch politische Rechte nicht gekürzt werden.

Genossinnen, Arbeiterinnen Berlins! Ueberall, wo sich Gelegenheit bietet, in der Arbeitstätte, bei den Nachbarinnen, in Bekanntenkreisen, macht auf diese Veranstaltungen aufmerksam, damit dieselben stark in Anspruch genommen werden.

Der durch jahrelange Agitation in der Öffentlichkeit und durch zähen Kampf im Stadtparlament erungene Erfolg ist zwar winzig. Er schließt jedoch in sich die prinzipielle Anerkennung der sozialdemokratischen Forderungen auf Säuglings- und Mutterfürsorge. Nur durch Ausnutzung des Erreichten und zähen Kampf für weitere Verbesserungen wird mehr erreicht, ja schließlich das Elend überwunden werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik in den Dresdener Zigarettenfabriken beschäftigt eine sehr stark besuchte Versammlung von Arbeitern und Arbeiterinnen der Berliner Zigarettenindustrie, die am Donnerstag im Dräfersaal tagte. Das Referat hielt Rühge aus Dresden, der Leiter der dortigen Filiale des Tabakarbeiter-Verbandes. Im Namen der Streikenden in Dresden dankte er den Berliner Kollegen und Kolleginnen für ihr solidarisches Verhalten. Dann gab der Redner eine eingehende Darstellung der Dresdener Bewegung. Es handelt sich um die Einführung eines Lohnstarifes, der bereits von 14 Fabrikanten anerkannt ist. Im Laufe der Bewegung hatten die Arbeiterinnen einer Fabrik, die betwilligt hat, das Verlangen gestellt, nicht mit Streikbrechern zusammenarbeiten zu müssen. Der Fabrikant war bereit, diesem Verlangen nachzukommen, die Lohnkommission der Tabakarbeiter hat aber, als sie von dem Vorgehen der Arbeiterinnen Kenntnis erhielt, dem Fabrikanten gegenüber ausdrücklich erklärt, daß sie das Verlangen der Arbeiterinnen nicht billige und dasselbe deshalb zurückziehe. Trotzdem hat der Fabrikantenverein diesen Vorgang zum Anlaß eines Aussperrensbeschlusses gemacht. In den Fabriken ist eine Besetzung durch Ausschüsse worden des Inhalts, daß wegen des Verhaltens gegen die Arbeitswilligen am 27. d. M. allen Arbeitern und Arbeiterinnen gekündigt werden soll, die bis dahin nicht ihren Austritt aus dem Verbande der Tabakarbeiter erklärt haben. — Die Begründung des Aussperrensbeschlusses ist hinsichtlich, da ja die angegebene Ursache: mit Streikbrechern nicht zusammen zu arbeiten, gar nicht besteht. Es handelt sich nur um einen Vorwand, durch den die wirkliche Absicht der Fabrikanten: Vernichtung des Verbandes, der eine erfolgreiche Lohnbewegung durchführt, verschleiert werden soll. Als Antwort auf den Was der Fabrikanten haben die Dresdener Arbeiter und Arbeiterinnen der Zigarettenindustrie beschlossen, so lange im Streik zu verharren, wie die Fabrikanten den Aussperrensbeschluß aufrecht erhalten. Auch das Dresdener Gewerkschaftsamt hat so gleich zu der Angelegenheit Stellung genommen und einmütigen Beschluß gefaßt, der darauf hinausläuft, daß dem konsumierenden Publikum empfohlen wird, Zigaretten aus den betreffenden Fabriken nicht zu kaufen. Der Redner sprach die Erwartung aus, daß auch in Berlin ein dementsprechender Beschluß gefaßt werde. Insbesondere ersuchte er die Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen der Branche um solidarisches Verhalten und festen Zusammenschluß in der Organisation.

Im Laufe der Versammlung traf eine telegraphische Solidaritätskundgebung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Zigarettenfabriken ein. In der Diskussion kam die ungeheilte Ueberstimmung mit dem Referenten zum Ausdruck, die durch einstimmige Annahme der folgenden Resolution bekräftigt wurde:

„Die Versammlung drückt den im Streik befindlichen Dresdener Kollegen und Kolleginnen ihre volle Sympathie aus und erklärt weiter: Falls am 27. Mai von den 24 Dresdener Fabrikanten gefordert wird, daß am selben Tage der Austritt aus dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband von den bei ihnen beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen an Eidswort zu erklären sei, nimmere die organisierte Arbeiterschaft Berlins aufzufordern, den ausgesperrten Dresdener Kollegen und Kolleginnen die volle moralische und finan-

zielle Unterstützung zuteil werden zu lassen. Alles in dieser Angelegenheit nötige haben die Delegierten der Tabakarbeiter bei der Berliner Gewerkschaftskommission zu veranlassen.“

Der Vorsitzende Börner teilte mit, daß er, gemäß dem letzten Passus der Resolution die Angelegenheit unverzüglich dem Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission vortragen werde.

Die Freie Vereinigung der selbständigen Barbier, Friseur etc. beschloß in der außerordentlichen Generalversammlung am 25. nach längerer Debatte betreffs der Gehältsforderungen das Einigungsamt anzurufen. Die Direktiven für die gewählten fünf Vertrauensmänner wurden festgelegt. Ferner wurde beschlossen, im „Vorwärts“ am Dienstag das Mitgliederverzeichnis zu veröffentlichen, da viele Vertrauensleute ohne Recht unter der Flagge der Freien Vereinigung segeln. Die vielfach ausgehängten Bewilligungsplakate sind wertlos. Als Leiter der Bewegung von seiten der Vereinigung wurde Eichsel, Pappel-Allee 9, gewählt, an den sämtliche Zuschriften zu richten sind. Mitglieder, die bis Sonnabend (heute) mittag die angeforderten oder ausgehängten Preise nicht entrichtet haben, sollen ausgeschlossen werden.

Der Streik der Drehtreter und Drehtschneider. Wie wir bereits gestern in einem Teil der Auflage mitteilten, haben die Drehtreter und Drehtschneider Berlins am Mittwoch beschloßen, bei den Firmen, die ihre Forderungen nicht bewilligt haben, in den Streik zu treten. Der Beschluß wurde mit einer die erforderliche Zweidrittelmajorität weit übersteigenden Stimmenzahl gefaßt. Die Widerheit war auch für den Streik, nämlich jedoch, daß man den Unternehmern noch bis Sonnabend Frist gewähren sollte. — In den Streik getreten sind, soweit sich die Situation gestern nachmittag übersehen ließ, gegen 200 Arbeiter. Ohne Einschränkung bewilligt hatten den Tarif bis zur selben Stunde zwei Firmen. Mehrere Firmen wollen das Verlangte annähernd zugehen; schroff ablehnend haben sich nur sechs verhalten. Offenbar hat der Streik infolge des Entgegenkommens der meisten Firmen noch keine so große Ausdehnung angenommen, wie es sonst der Fall gewesen wäre. Vor Zugang von Hafenarbeitern nach Berlin wird erwartet. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck dieser Notiz ersucht.

Preisurgeschäften! Aus Anlaß der Lohnbewegung werden die bisher gesperrten Geschäfte freigegeben. Die bisherigen roten Kontrollkarten verlieren mit dem heutigen Tage ihre Gültigkeit und sind dieselben umgehend an unser Bureau, Rosenhalestraße 57, von 9—12 Uhr vormittags, einzuliefern.

Verband der Preisurgeschäfte Deutschlands. Zweigverein Berlin.

Achtung, Schuhmacher! In der hiesigen Filialfabrik von Lachmann legen wegen vorgenommener Lohnabzüge sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit nieder. Zugang ist fernzuhalten!

Deutsches Reich.

Die Potsdamer Steinmeien haben, infolge des energischen Eintretens der Organisation, einen neuen Tarif erreicht. Damit sind unbillbare Zustände beseitigt, die dadurch entstanden waren, daß die Berliner und Potsdamer Steinmeien, besonders bei den Arbeiten am Neuen Palais, durch zweierlei Löhne und verschiedenartige Arbeitsverhältnisse zu Konflikten und zur Arbeitseinstellung getrieben wurden. Beginnlich wurden diese Verhältnisse dadurch, daß der hiesige Hofsteinmeister Ziebig er gewissermaßen als Zwischenmeister für die Berliner Firma Wimmel u. Co. tätig war resp. noch ist, wodurch für die Arbeiter neben anderen auch materielle Nachteile entstanden. Der neue Tarif entspricht den Berliner Sätzen, der Stundenlohn beträgt 75 Pf., die Arbeitszeit 9 Stunden. Die Alltagspreise sind ebenfalls nach dem Berliner Tarif festgelegt.

In der Lohnbewegung im bremischen Baugewerbe hing die Entscheidung, nachdem die Maurer, Zimmerer und Baugewerksmeister dem vereinbarten Vertragsentwurf zugestimmt hatten, von den Bauarbeitern ab. Diese hatten in ihrer Versammlung am Sonntag den Vertrag abgelehnt. Die Differenz zwischen ihren Löhnen und denen der gelernten Arbeiter im Baugewerbe betrug bislang 15 Pf. pro Stunde. Sie erstreckte diese Differenz bis auf 10 Pf. herabzumindern und hatten deshalb ihre Forderung auf 55 Pf. statt bisher 45 Pf. gestellt. Indessen waren auch ihnen schon jetzt nur 2 1/2 Pf. und weitere 2 1/2 Pf. vom 1. Januar 1907 ab zugewilligt worden. Die Versammlung unterbreitete daher den Baugewerksmeistern erneut das Ersuchen, den Lohn jetzt um 2 1/2 Pf., vom 1. Oktober d. J. ab um weitere 2 1/2 Pf. und vom 1. Januar 1908 ab auf 52 1/2 Pf. zu erhöhen. Die Unternehmer lehnten diese Forderung aber rundweg ab. — In der Versammlung am Donnerstagabend nahmen nunmehr jedoch auch die Bauarbeiter den Vertragsentwurf mit erheblicher Majorität an, namentlich auf die Aussparungen von Berufscollegen an verschiedenen Orten. Damit ist nun auf drei Jahre, soweit vorauszugehen, der Friede im bremischen Baugewerbe gesichert.

Lohnbewegung der Kieler Fischer. Die Kieler Fischer haben am Mittwochabend in einer von circa 650 Kollegen besuchten Versammlung mit 600 gegen 11 Stimmen beschloßen, ihren Arbeitgeber folgende Forderungen zu unterbreiten: Einführung der neuen ständigen Arbeitszeit, Festsetzung eines Minimallohnes von 53 Pf. für Rangefellen, von 58 Pf. bei Arbeiten am Bau, von 56 Pf. für Maschinisten. Die Arbeitgeber werden aufgefordert, bis zum Dienstag nächster Woche Bescheid zu geben.

Die Bauhandwerker-Aussperung in Tuche beendigt. Nachdem die Bauhandwerker einen Teil ihrer Forderungen bewilligt erhalten und die Arbeit wieder aufgenommen, stellten die Unternehmer die ausgesperrten Bauhandwerker wieder ein.

Die Aussperung der Fliesenleger in München ist beendet, und zwar mit einem Erfolge der Arbeiter. Die Unternehmer sahen sich durch deren Standhaftigkeit veranlaßt, ihren Vertragsentwurf zurückzugeben und den Forderungen der Lege Rechnung zu tragen. Es wurden folgende Vereinbarungen getroffen: die Arbeitszeit beträgt neun Stunden bei einem Lohn von 65 Pfennig pro Stunde. (Waher 10 Stunden und 60 Pfennig Lohn). Die Alltagsarbeit ist abgefaßt. Ein schöner Fortschritt gegen den vorjährigen Vertrag. Die Arbeit ist in vollem Umfange wieder aufgenommen worden.

Achtung! Metallarbeiter aller Berufe! Die Aussperung der Arbeiter organisierter Metallarbeiter ist perfekt geworden. Gegen 1200—1300 Arbeiter sind davon betroffen. Das Arbeiter-Unternehmertum hat sich einen Gewaltakt geleistet, wie er bisher wohl ziemlich einzig dastehet. Auf die bloße Einreichung eines Tarifes von seiten der Formier antworteten die „Scharmacher“ mit der Aussperung. Es soll eine Aussperung nach dem Muster der Hierlohrer werden. Man will die Ortsgruppe des deutschen Metallarbeiterverbandes vernichten. Wir hoffen, daß uns die Metallarbeiter Deutschlands in dem aufgedrungenen Kampfe unterstützen und jegliche Arbeit von Vebert prompt verweigern. Also Vorsicht vor Streikarbeit!

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Weibert (NfL).

Berichtigung. Wie uns telegraphisch aus Dresden gemeldet wird, trifft die uns von unserem dortigen Mitarbeiter zugegangene Mitteilung, daß sämtliche 14 Dresdener Zigarettenfabriken, die bereits die Forderungen ihrer Arbeiter bewilligt hatten, ihre Bewilligung wieder zurückgezogen haben, nicht ganz zu. Drei Firmen, nämlich die Gebr. Selowoski, Casanova und Kasch haben weder ihr Zugeständnis zurückgezogen, noch von ihren Arbeitern und Arbeiterinnen verlangt, daß sie aus dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband austreten sollen.

Die Firmen, die ihren Arbeitern das Koalitionsrecht nehmen wollen, sind: Adler Compagnie, Alexandria, Arabia, Delta, A. R. Edstein u. Söhne, Epirus, A. Jas, mahi, Josetti, Kios, Kosmos, Compagnie Laferme, Compagnie Macedonia, J. Rajmann, Konopol, Berner Alex Müller, Odmanie, Perzia,

Reunion, Serail, Sulima, Tuma, Jean Bouris, A. Weller, Kanti, Yenidje.

Der Deutsche Tabakarbeiter-Verband erwartet von allen Zigarettenkonsumenten beim Einkauf ihres Bedarfs ein solidarisches Verhalten und bittet alle Arbeiterblätter um Abdruck des obigen Firmenverzeichnisses.

Vermischtes.

Am Ende des Wonnemonds. Aus München wird gemeldet: In den letzten Tagen sind in verschiedenen Gegenden der bayerischen Hochebene harter Neuschnee. Hochgelegene Orte haben Schnee bis zu ein Fuß Tiefe, während in den Tälern statt des Schnees kalter Regen fiel. Der härteste Neuschnee wird aus der Gegend Kochel-Nicht-Wolfratshausen gemeldet. Der Schaden, den insbesondere die Obhägerien erleiden, ist sehr bedeutend, da ganze Gärten durch die Last des Schnees erdrückt sind. Auch aus Mainz kommen ähnliche Nachrichten: In der Nacht zum 24. d. M. sank am Mittelrhein die Temperatur unter Null, wodurch die Weinreben empfindlich litten. So späte Nachfröste sind selten konstatiert worden.

Baron Alphon Rothchild ist, wie aus Paris gemeldet wird, gestern vormittag dort gestorben. Der Verstorbene wurde im Jahre 1827 als der Sohn des Leiters des französischen Hauses, James Rothchild, geboren. Nach dem Tode seines Vaters im Jahre 1868 übernahm Alphon Rothchild die Leitung des Pariser Bankhauses Rothchild.

Selbstmord eines Offiziers. Aus Reustelch wird gemeldet: Oberleutnant Freiherr v. Stenglin aus Schwerin hat sich erschossen. Wahrscheinlich hat er sich den Tod des Arbeiters zu Bergen genommen, den er im Januar auf einer Treibjagd tödlich verletzete. Von der Anklage der fahrlässigen Tötung war der Offizier freigesprochen worden.

Der Untergang des Dampfers „General Locum“. Aus New York wird gemeldet: Auch in dem dritten Verjahre gegen den früheren Hülsinspektor der Dampfschiffe, Henry Lundberg, der wegen Totschläges angeklagt war, weil er durch Nachlässigkeit den Untergang des Dampfers „General Locum“ verschuldet habe, erklärten sich die Geschworenen außerstande, einen Wahspruch zu fällen.

Stürme in Texas. Noch Meldungen, die in New York eingegangen sind, soll die Orkandst (Chicago (Texas), die 200 Einwohner zählt, durch einen Sturm dem Erdboden gleichgemacht worden sein. Auch in den Städten Fortworth und Paris (Texas) sind mehrere Häuser umgeweht worden.

Bergstürze und Erdbeben infolge heftiger Regengüsse haben in Kuba im Arimat viele Häuser schwer beschädigt; sie wurden auf polizeiliche Anordnung sofort geräumt. Der ganze Ort droht, in die Erde zu sinken oder verschüttet zu werden.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag den 28. Mai, vorm. 9 1/2 Uhr, im Bürgercafe des Rathhauses, Einung Abnichte 15—18: Verlesung „Freireligiöse Vorlesung“. — Um 10 1/2 Uhr vormittags in der Schul-Halle, Kleine Frankfurterstr. 6: Verlesung „Vortrag des Herrn Prof. Dr. Albert Gedde: „Pioniere der Aufklärung.“ Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Wasserstand am 25. Mal. Höhe bei Ruffig + 1,20 Meter, bei Dresden — 0,31 Meter, bei Magdeburg + 1,84 Meter. — Unkrut bei Strausfurt + 1,30 Meter. — Ober bei Raibor + 3,70 Meter, bei Dresden Ober-Regel + 5,20 Meter, bei Dresden Unter-Regel + 0,54 Meter, bei Frankfurt + 2,25 Meter. — Weichsel bei Brohembünde + 3,18 Meter. — Warthe bei Posen + 1,31 Meter. — Rege bei Ulf + 0,82 Meter.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Frau Weg. Rein, nur für Vormündermeister. — N. S. 23. In erster Ordnung erben die Abkömmlinge (Kinder, Enkel usw.). Sind solche nicht vorhanden, so erben in zweiter Ordnung die Eltern und deren Abkömmlinge. Leben beide Eltern, so erben sie allein; dieser Fall scheint von Ihnen gemeint zu sein. Ist ein Elternteil gestorben, so treten dessen Abkömmlinge an seine Stelle. Es können also Stiefgeschwister einander erben. — Penna H. Ein Recht auf Rückgabe steht den Erben nicht zu. — S. V. 150. Vollzähliche Genehmigung ist nicht erforderlich. — N. S. 100. Ihre Behauptung, Sie würden als Stiefkind behandelt und erben deshalb keine Antwort, ist der Wahrheit widersprechend. Ihre Anfrage vom 12. Mai, eingegangen am 13. Mai, ist in der Nummer vom 14. Mai beantwortet. Ihre angeblich vor etwa drei Monaten erfolgte Anfrage ist ebenfalls längst und zwar am 17. Februar beantwortet. Daselbst Thema ist auch am 10. Mai zur Beantwortung gelangt. Ihre vermeintlichen Vorwürfen bei mündlicher Rede müssen schon deshalb irrtümlich sein, weil der von Ihnen genannte Genosse in jener Zeit Ihnen Antwort gar nicht erteilt haben kann. Sie können die jüdischen Nummern nachlesen und sollten mit unzutreffenden Behauptungen etwas vorbringen sein und nicht zweifelse getriebene Unterstellungen veranlassen. — C. D. Ein Anspruch auf Rückerstattung eines Teiles des bereits gezahlten Honorars würde Ihnen nur dann zustehen, wenn Sie etwa einen Beweis für ein betrügerisches Vorgehen der Frau führen könnten. — C. T. 1. Festhaltung des Kindes, die den Dienst bei den Fuhrtrappen erschwert. 2. Rein. — C. B. 18. 1. Sofern nicht Bauarbeit vorliegt: nein. 2. Rein. Die Genossenschaft besitzt ebenso wie eine Kranken- oder dem Vermögenslosen oder Kranken ohne Rücksicht darauf, ob der versicherungspflichtige Betrieb oder der fränkenerversicherungspflichtige Arbeiter angemeldet war. Voraussetzung ist lediglich, daß Versicherungspflicht vorliegt. — C. F. 1899. Ja. — C. G. 68. 1. Nach dem vom Reichsgericht geteilten Ansicht besteht für Frauen eine Rückzahlungspflicht hinsichtlich Almosengelder nicht. Ausweis- und Landgerichte schweifen in ihrer Rechtsprechung. Ihre Mutter tut gut, sich in der Sache vertreten zu lassen. 2. Ist eine Erbenzahlungspflichtig, so ist ihrer Eltern verpflichtet, daß die Vermögensverwaltung in das Vermögen ihrer Frau veräußert zu lassen. — S. 62. Das Gericht würde voraussichtlich zur Beurteilung gelangen. — J. W. Reiter nicht mehr. — C. T. 100. 1. Wegen das Urteil des Schiedsgerichts ist Reiter an das Reichsoberverwaltungsamt innerhalb eines Monats nach der Zustellung des schiedsgerichtlichen Urteils zulässig. Beispiele für solchen Reiter sind Sie Seite 678 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden „Arbeiterrecht“, 4. Auflage, 2. Ihr Anspruch ist nicht verjährt. Sie haben ihn innerhalb zwei Jahren nach dem Infall bei der Berufsgenossenschaft anzumelden. Die Durchführung Ihres Anspruches dürfte schwierig, aber nicht völlig aussichtslos sein. Je länger Sie zögern, desto schwieriger wird Ihnen die Beweisführung. — Orden 500. E. 237 Nr. 33 des dem „Arbeiterrecht“ beigefügten Führers finden Sie Anträge auf Ausweisung eines Erbischen. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — C. G. Rein. — W. N. 15. Rückzahlung der Hälfte der geliehenen Waren erfolgt nur in folgenden Fällen: 1. Es kann den Anspruch auf Rückerstattung geltend machen 1. nur Unfälle und deshalb keine Unfallsrenten erhält, 2. bis 6. unter der Voraussetzung, daß mindestens für 200 Wochen Beiträge geleistet sind; 2. Frauen innerhalb eines Jahres nach Ehebruch; 3. Witwen und noch nicht 15 Jahre alte Halbweisen; 4. Waisen und uneheliche Kinder unter 15 Jahren; 5. noch nicht 15 Jahre alte Kinder, deren Vater sich der bündeligen Gemeinschaft und der Erfüllung seiner Unterhaltungs- pflicht ferngehalten hat; 6. der erwerbsfähige Witwer, dessen Frau die Eheverhinderung der Familie war. — W. O. 112. 1. Rein. 2. Der Anspruch ist noch jetzt bei der Genossenschaft geltend zu machen. Dementselben werden auch erst jetzt schädliche Folgen aufgetreten sind. Der Zimmermeister würde nur dann halten, wenn sein Betrieb nicht versicherungspflichtig wäre. — 215. C. W. 6—20 Nr. für den Bestand der der Geburt und 1—3 Nr. für jeden Besuch werden als angemessen erachtet. — J. 110. Ja. — N. T. 100. 1. 15 bis 24 Nr. werden als angemessen erachtet. — N. G. 224. 1. An das Polizeipräsidium. 2. Nach dem Gesetz nein. — Abonnet 45. Nach § 44, 41a der Gewerbeordnung müssen Sie sich als Arbeiter für Deutschland eine Legitimationskarte durch die Kreispolizeibehörde anstellen lassen, welche Ordnungsstelle für andere Länder bestehen, wofür wir nicht. — N. S. 88. Eine Seleidung liegt in der vorwurfs- lichen Handlung nicht. Segen Sie sich mit dem Betroffenen über den Antrag vor der Jahresmonat auseinander oder verziehen Sie auf dieselbe. — C. S. 35. Wir sind nicht in der Lage, Ihnen für die teilweise rechtlich- fräftig entchiedenen Klagen Rat zu erteilen; wenden Sie sich an Ihren Anwalt. — W. 562. Wenden Sie sich an das Patentamt oder an den Vorstand der Patentämter, Unter den Linden 19, dort erhalten Sie Auskunft. Bei der Anmeldung des Patentes sind 20 Mk., vor der Patent- erteilung 30 Mk., für das zweite Jahr nach Patenterteilung 50 Mk. und dann alljährlich je eine 50 Mk. höhere Gebühr zu zahlen. Das Verfahren bis zur Erteilung dauert etwa fünf Monate.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 27. Mai 1905. Vorwiegend heiter und trocken bei schwachen südlichen Winden und zunehmender Erwärmung. Berliner Wetterbureau. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.